Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 180 — Gelsenkirchen, Dienstag, den 5. August 1930 — 12. Jahrgang

Unkenruf der Reaktion

Arbeitersportler! Aufgemerkt!

Von Karl Severing

Auf dem Nürnberger Bundestag des Arbeiterturn- und Sportbundes, der im Juli 1929 stattfand, habe ich von einem Plan gesprochen, alle aus Reichsmitteln unterstützten Zentral-Kultur-Organisationen, insbesondere die Sänger-, Turner- und Theaterbünde, zu gelegentlichem gemeinschaftlichem Wirken zusammen zu fassen. Dabei habe ich selbstverständlich nicht daran gedacht, das organisatorische Eigenleben der Bünde auch nur im leisesten anzutasten, denn jede Einschränkung der organisatorischen Selbständigkeit der in Betracht kommenden Vereinigungen hätte den Bestrebungen der Reichsregierung auf eine Gesundung, Verbreiterung und Förderung der Leibesübungen, des Chorgesanges und der Kunstpflege beträchtlichen Abbruch getan. Worauf es mir ankam, war: Durch das Zusammenwirken der verschiedenen staatsbejahenden Bünde, z. B. bei Verfassungsfeiern, einer künstlichen Uebertreibung der Weltanschauungen und parteipolitischen Gegensätze auf dem genannten Kulturgebiete zu begegnen und ferner einer vielfach beobachteten Einseitigkeit in den Arbeiten der Bünde entgegenzutreten. Man kann sich zu diesem Plan stellen wie man will, er hat in der Presse keine ungünstige Beurteilung gefunden. Nur wenige bayerische Blätter erblickte in der Ausführung des Planes die Inanspruchnahme einer Zuständigkeit durch das Reich, die nach ihrer Auffassung zu den Rechten der Länder gehörten. Daß seine Ausführung in Verzug geriet und warum die Ausführung verzögert wurde, hat mit den nachfolgenden Betrachtungen nichts zu tun. Jedenfalls ist der Plan selbst ein Beweis dafür, daß mir eine einseitige Bevorzugung bestimmter weltanschaulich oder parteipolitisch beeinflußter Richtungen in den Kulturbünden durchaus fern gelegen hat.

Die Berliner Börsenzeitung ist anderer Meinung. Unter der Ueberschrift „Reichssubventionen für das Reichsbanner" veröffentlicht sie vor einigen Tagen einen Artikel, der die Sozialdemokratische Partei im allgemeinen und mich im besonderen beschuldigt, Staat und Partei miteinander zu verwechseln, d. h. die Bedürfnisse des Staates den Interessen der Partei unterzuordnen durch die Verteilung von Staatsgeldern zu reinen Parteizwecken. Zum Beweise für diese Behauptung führt das Blatt an, daß aus einem vom Reichsminister des Innern verwendeten Fonds mit der Zweckbestimmung „Förderung des Turn- und Sportwesens" neben einer Reihe parteipolitisch neutraler Organisationen auch Verbände mit ausgesprochen sozialistischem Charakter Zuwendungen erhalten haben. Das sind nach ihrer Meinung u. a. die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege der Arbeiterturn- und Sportbund, der Arbeiter-Athletenbund, der Verein für Naturfreunde, der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend, das Haus der Jugend in Frankfurt a. M., der Deutsche republikanische Pfadfinderbund und endlich — das Schrecklichste — das Reichsbanner. Zu diesen Auslassungen ist zunächst folgendes zu bemerken:

Ob die aus dem Turn- und Sportbund unterstützten Organisationen parteipolitisch beeinflußt sind, berührt die Zweckbestimmung des Fonds nicht. Sie ist an keine Voraussetzung parteipolitischer oder weltanschaulicher Neutralität gebunden. Deshalb hat es auch keinen Sinn, sich mit der Börsenzeitung über den Charakter des republikanischen Pfandfinderbundes oder des Hauses der Jugend auseinanderzusetzen, die wohl höchst erstaunt darüber sind, mit sozialistischen Organisationen gleichgestellt zu werden. Ebensowenig wird es sich lohnen, mit dem Blatt darüber zu streiten, ob die von ihm als parteipolitisch neutral anerkannten Organisationen ohne sozialistische Färbung dieses Prädikat tatsächlich verdienen. Neutral ist der Börsenzeitung eben alles, was nicht sozialistisch oder entschieden republikanisch ist.

Richtig ist, daß die von der Börsenzeitung aufgeführten Organisationen aus dem Sportfonds Zuwendungen erhalten haben. Der Arbeiterturnerbund wie die Deutsche Turnerschaft, die sozialistische Jugend wie die Jugend anderer weltanschaulicher Gruppen soweit sie den Staat von heute bejahen. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich die staatliche Unterstützung von Organisationen, die ihr Ziel durch Gewaltanwendung erreichen wollen, für übertriebene Selbstverleugnung, ja, für staatlichen Selbstmord gehalten habe, an dem ich nicht mitwirken wollte. Darum fehlen die Bünde der Thälmann und Genossen in dem Staatsfonds der unterstützten Vereinigungen ebenso begründet wie die Goebbelsgarde oder die Hugenberger Volksbegehrenorganisationen.

Der Artikel der Börsenzeitungen wirft mir vor, daß die Höhe der dem Reichsbanner zugewiesenen Summe in einem Sammelbetrag „getarnt" sei. In meiner Verwaltung des Sportfonds gab es nichts zu tarnen und wenn in den Unterlagen der Börsenzeitung die Zuwendung an das Reichsbanner, das schon im Jahre 1928 eine Sportabteilung eingerichtet hat, nicht spezialisiert erscheint, dann darf das hier nachgeholt werden. Aus dem Ein-Million-Fonds des Jahres 1929 hat das Reichsbanner 2 500 Mark erhalten.

Würden die Auslassungen der Börsenzeitung mich nur persönlich berühren, dann hätte ich auf diese Darlegungen getrost verzichten können. Ich habe nicht nötig, mich gegen Vorwürfe parteipolitischer Verwendung von Staatsgeldern zu verteidigen. Diese Methode des politischen Kampfes war die Eigenart des alten Regimes, dessen Nachahmung mir nicht liegt. Der Artikel der Börsenzeitung hat jedoch eine nicht geringe politische Bedeutung. Drum ist eine eingehende Beleuchtung nicht ganz überflüssig. Der Artikel schließ mit einem Appell, um nicht zu sagen Befehl an den Reichsminister Dr. Wirth: es wird Aufgabe des Reichsministers Dr. Wirth sein, dafür zu sorgen, daß von nun an Staatsmittel nur noch Organisationen zukommen, deren parteipolitische Neutralität garantiert ist.

Die Kreise der Börsenzeitung — das sind die Schwerindustriellen, die Konservativen und ihre Soldschreiber — wittern Morgenluft. Das ist kein Geheimnis. Aber daß sie ihre Wünsche ausgerechnet Herrn Wirth gegenüber so ungeschminkt vortragen, das ist nicht nur für sie außerordentlich bezeichnend. Denn die von der Börsenzeitung beanstandeten Organisationen sind auch in früheren Jahren aus dem gleichen Fonds unterstützt worden. Sie haben in den einzelnen Jahren folgende Beihilfen erhalten: 1926 unter Dr. Külz 95 000 Mk., 1927 unter Keudell 101 500 Mk., 1928 unter Severing aus dem auf 1,5 Mill. Mk. erhöhten Fonds 149 500 Mk., 1929 unter Severing, nachdem der Fonds wieder um 500 000 Mk. gekürzt war, 133 850 Mk. Herrn Wirth wird also bedeutet, die Zuwendungen an Arbeitersportorganisationen zu verweigern, die schon unter dem deutschnationalen Minister von Keudell bewilligt worden sind.

Der Artikel der Börsenzeitung kommt zur rechten Zeit. Er zeigt allen wahren Sportfreunden im republikanischen Lager, wohin der Weg geht, wenn nicht der Reaktion am 14. Sept. ein deutliches Halt zugerufen wird. Herrn Wirth aber wird im stillen Kämmerlein der Stoßseufzer sich entringen: Der Herr behüte mich vor meinen Freunden.

Waffenstillstand?

Gemeinsame Front gegen die Sozialdemokratie? Neue Besprechungen der Mittelparteien mit Einschluß der Staatspartei und der Konservativen

Berlin, 4. August 1930. (Eig. Drahtber.)

Am Donnerstag hat der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz nochmals eine Besprechung mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Staatspartei, nicht über die Frage, ob Scholz oder Koch-Weser ihre Aemter als Parteiführer niederlegen werden, wie es Koch vorgeschlagen hat oder über die Frage einer organisatorischen Verschmelzung der Volkspartei mit der Staatspartei wird verhandelt werden, sondern darüber, ob sich die Staatspartei zu dem von Scholz vor mehreren Tagen für die Dauer des Wahlkampfes in Vorschlag gebrachten Waffenstillstandes der Mittelparteien und der Konservativen Volkspartei doch noch entschließen wird oder nicht. Die Verständigung über diesen Waffenstillstand soll nach außen ihren Ausdruck finden in einem gemeinsamen Aufruf, der im Entwurf bereits fertiggestellt und in dem die Unterzeichner sich u. a. auch zu so etwas wie einer Arbeitsgemeinschaft im neuen Reichstag verpflichten. In der Deutschen Volkspartei ist man sicher, daß die Staatspartei, die den „Burgfrieden" anfänglich nicht mitmachen wollte, sich die Sache inzwischen anders überlegt hat und jetzt bereit ist, mit der Volkspartei des Herrn Scholz und den schwarz-weiß-roten Herren Westarp und Treviranus gegen die Sozialdemokraten in den Wahlkampf zu ziehen.

Volkspartei Westfalen-Süd gegen die Staatspartei

Dortmund, 4. August. (Drahtmeldung.) Der Hauptvorstand der Deutschen Volkspartei von Westfalen-Süd beschloß in seiner heutigen Sitzung nach einem Referat des Wahlkreisvorsitzenden Hembeck-Lüdenscheid einstimmig, die bisherigen Reichstagsabgeordneten Bergmann August Winnefeld-Wattenscheid und Bergassessor Hueck-Gelsenkirchen als Wahlkandidaten aufzustellen. Der Hauptvorstand nahm denn eine Entschließung einstimmig an, in dem die von etwa 300 Mitgliedern besuchte Hauptvorstandssitzung dem Parteivorsitzenden Dr. Scholz für seine unermüdliche Arbeit in der Sammlung der bürgerlichen Parteien dankt und bedauert, daß die linkseinseitige Sondergründung der sogenannten Staatspartei der wirklichen Zusammenfassung des staatserhaltenden Bürgertums geschadet habe. Der Hauptvorstand sei überzeugt, daß die Deutsche Volkspartei das große Ziel der Sammlung mit allen Kräften weiter verfolgt werde, bis das Ziel erreicht sei.

Brand in einem Lichtspieltheater

Neuyork, 4. August. (Drahtbericht.) Während einer Kindervorstellung in einem Lichtspieltheater in Sao Paulo brach ein Brand aus, wobei 23 Kinder schwer verletzt wurden und zehn lebensgefährliche Brandwunden davontrugen. Das Unglück soll dadurch entstanden sei, daß ein Kind unvorsichtigerweise mit Streichhölzern spielte, wodurch sich ein Stapel Filme entzündete.

Wirbelsturm

an der Schleswig-Holsteinischen Westküste

Meldorf, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Die etwa 5000 Einwohner große Stadt Meldorf in Schleswig-Holstein und deren Umgegend wurde am Montag nachmittag von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht, der einen Schaden von mehreren hunderttausend Mark anrichtete. Aus der Ortschaft Bunsenhof wird berichtet, daß mehrere Wirtschaftsgebäude von dem Wirbelsturm umgerissen und dem Erdboden gleichgemacht sind. Jahrhunderte alte Bäume wurden wie Streichhölzer umgeknickt. Aehnlich lauten die Berichte vom Hof Bethlehem. Hier wurden mehrere Häuser abgedeckt. In Meldorf selbst wurden einige Häuser durch den Sturm völlig zertrümmert und in den Anlagen sämtliche Bäume umgeknickt.

Sturm auf den niederländischen Inseln

Amsterdam, 4. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Auf der niederländischen Insel Putten wütete in der Nacht zum Montag ein furchtbarer Sturm. Von zahlreichen Bauernhäusern wurden die Dächer abgerissen. Auf dem Kleinbahnhof wurden drei Güterwagen, von denen einer vollbeladen war, umgeworfen. Mehrere Menschen, die in der Nähe des Bahnhofes arbeiteten.

Friedrich Engels

Von Paul Kampffmeyer

Am 5. August 1895 wurde die sozialdemokratische Arbeiterschaft durch folgendes Telegramm des „Vorwärts“ auf das tiefste erschüttert:

London, den 5. August, 1 Uhr nachmittags. Gestern abend 10 Uhr 30 Minuten starb Engels ohne Todeskampf. Seit Mittag bewußtlos.

Nach dem internationalen Sozialistenkongreß in Zürich 1893 hatte Friedrich Engel unter der Berliner Arbeiterschaft geweilt. Sie hatte die besten Eindrücke von der kraftstrotzenden, gradliniegen Persönlichkeit dieses großen Mitbegründers der Internationale erhalten. Kopf und Herz der Berliner Arbeiterschaft hatten von Friedrich Engels Besitz ergriffen — und nun wurde ihr der Mann, der in ihnen Fleisch und Blut geworden war, durch den Tod entrissen! Ihre Trauer war allgemein und bewegte sich in wahrhaft erhebenden Formen.

Wenn die deutsche Sozialidemokratie die Gedenktage ihrer führenden Männer festlich begeht, so gräbt sie an diesen Tagen nicht Tote aus. Sie feiert diese Männer, weil sie sich als lebendige Kräfte noch unter uns sichtbar auswirken. In jedem theoretischen Aufsatz der Sozialdemokratie unserer Tage leuchten noch die Grundgedanken auf, die einmal in Friedrich Engels erglühten, als er seine klassische Schrift: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ niederschrieb. In dieser Schrift war die Brücke zwischen der praktischen Arbeiterbewegung und dem theoretischen Sozialismus geschlagen. Aus den Regimen des abstrakten Gedankens oder aus den bunten Gefilden einer schwärmerischen Phantasie wurde der Sozialismus in das Leben überführt. Wahrhaft dramatisch rollte sich in der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ die Geschichte der englischen Chartistenbewegung ab. Aus dem grauenvollen Elend englischer Fabrikstädte sah man unheimlich — flackernd das Brandrot einer kommenden sozialen Revolution aufsteigen. Eine Generation, die tief in die abstrakten Ideengänge der Hegelschen Revolutionsphilosophie verstrickt war, erschaute in der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ ein grandioses Stück tatsächlicher greifbarer Entwicklung. Die Dampf- und Werkzeugmaschinen stampften ein neues wirtschaftliches und politisches England aus dem Boden, schufen eine ganz neue Struktur der Gesellschaft: den sich zum Sozialismus bewegenden revolutionären Kapitalismus. Die wegweisende Schrift von Friedrich Engels mahnte und mahnte immer wieder das neue Kämpfergeschlecht so verstiegenen, von der Wirklichkeit sich abkehrenden philosophischen Spekulationen, sie rief ihm zu: Er faßt das Leben selbst mit allen seinen evolutionären und revolutionären Tendenzen und ihr erkennt die festen Linien eures in eine helle und große Zukunft führenden Wegs. In der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ stieg die neue materialistische Geschichtsauffassung auf und es erfolgte die Befreiung von utopistisch-sozialistischer Phantasterei. An seiner in seinem Jugendwerk genial erschauten Geschichtsphilosophie hat Engels bis zu seinem Greisenalter gearbeitet, er hat die Formel der materialistischen Geschichtsauffassung zu erweitern und zu vertiefen gesucht. Ein unermüdlicher Denker, der, nie befriedigt, an den Resultaten seiner wissenschaftlichen Forscherarbeit ständig kritisierte und revidierte! Und diese Arbeit von Friedrich Engels bewegt noch die Köpfe unserer jetzt geistig ringenden Generation; und deshalb ist er noch unser Zeitgenosse.

Wir stehen jetzt mitten in großen, alle unsere Kräfte anspannenden Vorbereitungen für eine Reichstagswahl, die möglicherweise dazu berufen ist, der deutschen Geschichte eine neue Wendung zu geben. Und da steht hinter uns vorwärtsdringend Friedrich Engels. In einer seiner letzten Arbeiten, in der Vorrede zu den „Klassenkämpfen in Frankreich 1840—50“ hat er die gewaltige taktische Bedeutung der Reichstagswahlen dargelegt. Die revolutionären Arbeiter der romanischen Länder hätten das Stimmrecht als ein Instrument der Regierungsprellerei betrachtet. Die deutschen Arbeiter hätten dieses Recht von einem Mittel der Prellerei in ein Werkzeug der Befreiung verwandelt. Mit der erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts wäre eine neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten.

Friedrich Engels wurde zu einem der erfolgreichsten Propagandisten des allgemeinen Wahlrechts. In Deutschland und im Ausland verstummten nach und nach die radikalen Befürworter einer antiparlamentarischen Taktik, die revolutionären Stürmer auf den „Stimmkasten“. Und mit gutem Recht kann man sagen, daß uns Friedrich Engels im Wahlkampf heute vorausmarschiert.

Mit prophetischem Blick sah Friedrich Engels die Götterdämmerung voraus, die einmal über den Militärstaat hereinbrechen würde. Die Militärstaaten Preußen-Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Rußland sind aus den Fugen gegangen, und wenn die Militärstaaten des europäischen Westens und Südens auch über keine „Fürstenheere“ kommandieren, so droht auch ihrem Militarismus Tod und Untergang. In seiner berühmten Streitschrift: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ hat Engels die Selbstzerstörung des Militarismus mit festen Strichen so gezeichnet:

„Die Armee ist .... Selbstzweck geworden; die Völker sind nur noch dazu da, die Soldaten zu liefern und zu ernähren. Der Militarismus beherrscht und verschlingt Europa. Aber dieser Militarismus trägt auch den Keim seines eigenen Untergangs in sich. Die Konkurrenz der einzelnen Staaten untereinander zwingt sie einerseits, jedes Jahr mehr Gelder auf Armee, Flotte, Geschütze etc. zu verwenden, also den finanziellen Zusammenbruch mehr und mehr zu beschleunigen, andererseits mit der allgemeinen Dienstpflicht mehr und mehr Ernst und damit schließlich das ganze Volk mit dem Waffengebrauch vertraut zu machen, es also zu befähigen, in einem gewissen Moment seinen Willen gegenüber der kommandierenden Militärherrlichkeit durchzusetzen. Und dieser Moment tritt ein, sobald die Masse des Volkes — ländliche und städtische Arbeiter und Bauern — einen Willen hat. Auf diesem Punkte schlägt das Fürstenheer um in ein Volksheer; — die Maschine versagt den Dienst, der Militarismus geht unter an der Dialektiv seiner ganzen Entwicklung. Was die bürgerliche Demokratie von 1848 nicht fertig bringen konnte, eben weil sie bürgerlich und nicht proletarisch, nämlich dem arbeitenden Mann einen Willen geben, dessen Inhalt ihrer Klassenlage entspricht, das wird der Sozialismus unfehlbar erwirken. Und das bedeutet die Sprengung des Militarismus und mit ihm aller stehenden Heere von innen heraus.“

Der Prozeß der Selbstvernichtung des Militarismus kann langwierig und opferreich sein, und deshalb sucht Engels in diesem Prozeß durch die Organisation einer allmählichen militärischen Abrüstung einzugreifen. In seinen Aufsätzen: „Kann Europa abrüsten?“ setzt Engels voraus, das System der stehenden Heere sei auf die Spitze getrieben, daß es entweder die Völker durch die Militärlust ökonomisch ruiniere oder in einen allgemeinen Vernichtungskrieg ausarte, es sei denn, die bewaffnung beruhende Miliz umgewandelt. Engels schlägt eine internationale Festsetzung zwischen den Großmächten des Kontinents über das Maximum der Dienstzeit vor. Nach und nach wird diese Dienstzeit derart verkürzt, bis sich das stehende Heer in ein Milizheer verwandelt. Von einem Volksheer aber nahm Engels an, daß es nicht die Waffen zu einem den Volksrechtstand vernichtenden Massenkrieg erheben werde. In allen, auf die Ueberwindung des Militarismus gerichteten Bestrebungen ist uns Friedrich Engels heute noch ein voranstürmender Kampfgenosse.

Wenn wir jetzt der Völkerversöhnung einige bedeutende Schritte näher gerückt sind, dann erinnern wir uns dankbar unseres Vorkämpfers Engels, der 1870—71 als alle Höllengeister des Chauvinismus entfesselt waren, eine friedliche Verständigung Deutschlands und Frankreichs forderte.

Was bedarf es noch weiterer Worte, daß heute in der Sozialistischen Internationale der Geist unseres Engels pulst, der ja mit Marx die erste Internationale gründete. Und so steht denn Engels formend und gestaltend noch mitten in unse-

Ein zweckloses Experiment

Die „Unabhängigen Demokraten“

In Nürnberg ist eine Vereinigung Unabhängiger Demokraten gebildet worden. Sie tritt mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, der u. a. von Professor Dr. Quidde, Helmut von Gerlach usw. unterschrieben ist. Es haben sich da einige auf dem linken Flügel der bisherigen Demokratischen Partei stehenden Leute gesammelt, die den Sprung zur Deutschen Staatspartei nicht mitmachen wollen, weil sie von der Schwarmgeisterei des romantisch deutschtümelnden Jungdeutschen Ordens nicht Gutes erwarten. Sie haben in ihrer Kritik an dem neuen Gebilde zweifellos recht; wenn sie die wahrhaft republikanische Gesinnung des Jungdo bezweifeln und auf den erst vor wenigen Monaten wieder ausdrücklich bekundeten Antisemitismus des Herrn Mahraun ebenso wie auf seinen neuerlichen Vorstoß gegen den Pazifismus hinweisen, so lassen sich ihre Bedenken gegen die sonderbare Verbrüderung durchaus verstehen. Aber ist es nun wirklich notwendig gewesen, eine neue Organisation ins Leben zu rufen? Vor mehr als 20 Jahren entstand unter Führung von Breitscheidt und des verstorbenen Theodor Barth schon einmal eine demokratische Vereinigung. Auch sie wollte Hüterin demokratischer Ideen sein, nachdem die damalige fortschrittliche Volkspartei unter der Führung des Reichskanzlers Bülow die Ehe mit den Konservativen eingegangen war. Sie trieben lebhafte Agitation und hatten einige tausend Mitglieder bekommen. Allein nach ein paar Jahren war ihr Dasein beendet und sehr viele von denen, die ihr anhingen, traten zur Sozialdemokratie über. Der Versuch, einen lebenskräftigen Körper zu schaffen, der seinen Platz zwischen dem mehr oder weniger entschiedenen Liberalismus und der Sozialdemokratie hätte finden können, war gescheitert.

Muß dieses Experiment nun noch einmal wiederholt werden? Vor zwei Jahrzehnten war es nicht einmal so sinnlos, wie jetzt, denn zu jener Zeit war die Bildung eines neuen Partei-Splitters ohne große politische Bedeutung. Im Obrigkeitsstaat hatten Parteien ohnehin so gut wie nichts zu sagen. Heute aber kommt es darauf an, daß große und starke Organisationen als Träger des politischen Machtwillens auftreten und die Unabhängigen Demokraten werden selbst im Ernst nicht damit rechnen, daß sie mehr werden können als ein politischer Diskussionsklub, in dem gelegentlich gute Worte gesprochen, der aber keinerlei praktischen Einfluß zu gewinnen vermag. Heute ein neues Grüppchen ins Leben rufen, heißt nicht nur, ein überflüssiges Luxusbedürfnis zu befriedigen, sondern heißt, das Arbeiten des politischen und parlamentarischen Apparates noch weiter erschweren. Man sehe sich doch den Aufruf der neuen Vereinigung an. Die Forderungen, die er aufstellt, werden von der Sozialdemokratie vertreten, wie denn die Sozialdemokratie überhaupt nicht erst seit heute und gestern die Aufgaben übernommen hat, die sich vordem eine entschiedene bürgerliche Demokratie stellte. Allerdings geht die Sozialdemokratie weiter. Sie steht als Partei des arbeitenden Volkes für den Sozialismus gegen den Kapitalismus und das ist eine Hürde, vor der auch die Unabhängigen Demokraten noch scheuen. Sie begreifen oder wollen nicht begreifen, daß nur das arbeitende Volk wirklicher Träger der demokratischen Ideale sein kann und daß allein der Sozialismus den Anspruch der Massen auf persönliche Rechte gewährleistet. Ehrlichen und konsequenten Demokraten bleibt nichts anderes übrig, als der Weg zur Sozialdemokratie. Un. sie sollten ihn gehen, ohne vorher noch einmal Halt bei einer kleinen und unbeachtlichen Station zu machen.

Gudat und die Mörder

Mißglückte Gegenoffensive im Röntgentaler Prozeß

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montag trat der interessanteste Zeuge im Röntgentaler Mordprozeß auf, der bisher ausgesagt hat, der Landjäger Gudat, jener vortreffliche Schützer der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Röntgental, der Frau Meisel gegenüber erklärte, er fände die „ganze Sache lächerlich und wolle sich aufs Ohr legen“ und gegen den zur Zeit ein

Disziplinarverfahren

schwebt. Herr Gudat ist auch derselbe Mann, den man trotz eifrigster Bemühungen, ihn aufzufinden, weder in seiner Privat- noch in seiner Dienstwohnung anfand und der spurlos verschwunden blieb, bis die letzten Schüsse der nationalsozialistischen Mörder längst verhallt waren. Im Verlaufe der Vernehmungen wird Herr Gudat immer mehr zum Zeugen der Verteidigung, die sehr bald merkt, daß der Landjägermeister, wohl um sein eigenes recht wenig korrektes Verhalten zu bemänteln, in Front mit den Nazis gegen die Reichsbannerleute steht. Der Zeuge gibt eine Schilderung seines ersten Besuches bei Meisel, bei dem ihm bekanntlich die verängstigte Frau Meisel inständig gebeten hatte, aus Sicherheitsgründen doch im Lokal zu bleiben. Herr Gudat aber ging fort, eines Teils wohl weil er das alles „lächerlich“ fand, anderen Teils, weil er aus „gewissen Gründen“ nicht im Lokal bleiben wollte. Als ihn der Nebenkläger Rechtsanwalt Joachim fragte, worin denn die gewissen Gründe beständen, sagt Herr Gudat mit einem leisen ironischen Lächeln: „Es wurde in dem Lokal Bier getrunken und Skat gespielt. Ein paar Leute wollten mich sogar einladen zu einem Glas Bier. Das hielt ich mit meinen Beamtenpflichten nicht für vereinbar und ging deshalb fort.“

Eine hitzige Debatte

entspann sich, als der Landjägermeister plötzlich Aussagen machte, die im krassen Widerspruch zu den Bekundungen mehrerer Zeugen standen. So berichtet Gudat, daß nach der ersten großen Schießerei auf das Lokal Meisel und nach dem Herablassen der Jalousien noch einmal dicht vor dem Lokal Schüsse gefallen seien, worauf mehrere Personen geflüchtet wären, wahrscheinlich durch die Jalousien. Bemerkenswert ist, daß Gudat in der Voruntersuchung von dieser immerhin nicht unwichtigen Tatsache nicht das mindeste gesagt hat. Jetzt will er sogar das Mündungsfeuer haben aufblitzen sehen.

Der Zeuge Schulz, ein sehr ruhiger, zuverlässig wirkender Röntgentaler Einwohner, stand während der ganzen Zeit mit Gudat zusammen und erklärte es für völlig ausgeschlossen, daß die Schüsse vor dem Lokal Meisel abgegeben worden wären. Er habe sehr genau auf das Feuer geachtet. Es sei bestimmt von sehr weit her, und zwar aus der Richtung des Köpplingschen Hauses gekommen. Rechtsanwalt Becker, der mit triumphierenden Augen aufspringt, weil er hofft, zum Gegenschlag ausholen zu können, stellt an den Landjägermeister die merkwürdigsten Fragen, um aus gänzlichen Belanglosigkeiten eine Verdächtigung der Reichsbannerleute zu konstruieren. Aber selbst Herr Gudat, der ihm gerne zu Diensten gewesen wäre, kann nur mit den Achseln zucken und sagt: „Bestimmtes weiß ich überhaupt nicht mehr. Ich habe mich auch nicht darum gekümmert.“ Herr Gudat erzählt dann, daß er dreimal versucht habe, nach Bernau zu telephonieren, aber in eine falsche Verbindung geraten sei. Schließlich habe er es dann ganz aufgegeben. Staatsanwaltschaftsrat Stehnig: „Sagen Sie, Herr Landjägermeister, wieso decken sich Ihre heutigen Aussagen so auffallend wenig mit den Angaben während der Voruntersuchung?“ „Das muß ich wohl eben vergessen haben“, stammelt Herr Gudat mit gerötetem Kopf. „Immerhin ein wenig seltsam“, sagt Stehnig leise und setzt sich. Wie wenig der Landjägermeister seiner Aufgabe gewachsen war, beweist die groteske Tatsache, daß Gudat, als er nach der Schießerei mit dem Rad nach Meisel fuhr, in der Nähe des Bahnhofes eine verdächtige Person festnahm, sie aber dann später wieder laufen ließ, ohne auch nur den Namen festgestellt zu haben. Die ganze Fragwürdigkeit des Herrn Gudat und die seiner Aussagen wird aber erst die Vernehmung der Kriminalbeamten und der Mitglieder des Ueberfallkommandos ergeben.

Der Röntgentaler Arzt Dr. Görnecke wurde nach Meisel gerufen, um dem sterbenden Kubow die erste Hilfe zu leisten. Da er einen Rückenschuß dicht hinter der Wirbelsäule feststellte und annahm, daß die Eingeweide verletzt seien, ordnete er die sofortige Ueberführung des Verletzten in ein Krankenhaus an, worauf

Kubow starb

Dr. Becker möchte den Arzt gern für seine besonderen Zwecke verwenden und stellt die Frage, wieviel Reichsbannerleute bei Meisel gewesen seien. Herr Görnecke kann keine genauen Angaben machen. Der nationalsozialistische Rechtsanwalt hat ganz offensichtlich Pech.

Der Schupowachtmeister Thsegotska war der Führer des Ueberfallkommandos. Der Zeuge, der einen ausgesprochen offenen und überlegenen Eindruck macht, schildert sehr lebendig seine Ankunft im Meiselschen Lokal und der darauf folgenden Durchsuchung der Anwesenden nach Waffen. Dann begab sich das Ueberfallkommando in das

Faschistenlokal „Edelweiß“, wo der Zeuge den Eindruck hatte, daß in dem hinteren Vereinszimmer vorher eine Anzahl Leute getagt hätten. Der Wirt bestätigte die Vermutung und teilte dem Wachtmeister mit, daß 15 Personen zusammen gesessen hätten, die dann plötzlich in Gruppen von je drei Mann aufgebrochen wären. Bei Meisel waren die Leute in größter Aufregung, während der Arzt sich um den Sterbenden und die Verletzten bemühte.

Als der Wachtmeister zum Reichsbannerführer Uhlig, der einen Beinschuß erhalten hatte, ging und ihm mitteilte, daß er bei den Meiselschen Gästen Stichproben nach Waffenbesitz vornehmen wollte, zeigte sich Uhlig sofort bereit, ihn dabei in jeder Weise zu unterstützen und sagte zu Thsegotska: „Bitte Herr Wachtmeister, untersuchen Sie mich doch zuerst“. Der Zeuge hat dann Stichproben vorgenommen, jedoch nicht eine einzige Waffe vorgefunden. Er überließ dann die weiteren Ermittlungen der zuständigen Ortspolizei, also Herrn Gudat. Ob damit die Aufklärung der Mordangelegenheit in den besten Händen war, das erscheint allerdings sehr zweifelhaft.

Zwischen dem Zeugen Kurth und dem Rechtsanwalt Becker kommt es zu schweren Zusammenstößen, als der Verteidiger den Zeugen verdächtigt, ungenaue Aussagen zu machen. Auch der Staatsanwalt greift ein und nimmt den Zeugen gegen die Angriffe der hemmungslosen Verteidigung in Schutz.

Der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten gut. Gegenüber den aus Bielefeld ausgegangenen Gerüchten, die von einem Schlaganfall des Reichspräsidenten wissen wollten, wird von zuständiger Stelle in Berlin berichtet, daß es dem Reichspräsidenten sehr gut geht, daß er sehr frisch und bei bester Gesundheit ist.

Nr. 180 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 5. August 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Nachruf!

Nun ist's mit den Demokraten vorbei:
die schwarzweißrot-schwarzrotgoldne Partei
ist sieghaft zum Leben erstanden!
Zwölf Jahre währte die Agonie,
der Rest wird einst, fragt nur nicht, wie!
bei Treviranus landen . . .

's ist auf der Welt kein Ding zu dumm,
es findet doch sein Publikum,
geht das Prinzip auch flöten.
Man schwor auf die Verfassung zwar,
Doch sie zu halten ganz und gar,
das hielt man nicht vonnöten!

Nun ja, sie haben ihr Programm
niemals recht ernst genommen,
und so sind ihnen allzusamm'
die Felle weggeschwommen . .

O güt'ges Schicksal, lasse sie
in sel'gem Frieden sterben.
Wir Hüter sozialer Demokratie,
wir sind die lachenden Erben!

Feiger Ueberfall auf einen Reichswehrsoldaten

Der Schütze Ernst Wiegis, der sich zur Zeit in Wanne auf Urlaub befindet, wurde am Sonntagmorgen auf der Wanner Straße in Gelsenkirchen von vier unbekannten Burschen überfallen, mit Bierflaschen zu Boden geschlagen und am Kopfe schwer verletzt. Ein Oberschütze, der sich in Begleitung des Verletzten befand, veranlaßte die Ueberführung ins Evangelische Krankenhaus, wo sofort eine Operation vorgenommen werden mußte. Am Sonntag gegen 11 Uhr vormittags ist der Schwerverletzte, **der immer noch in höchster Lebensgefahr schwebt**, wieder zur Besinnung gelangt.

Einige Zeit nach der Tat befand sich ein Schutzpolizeibeamter auf Streife und betrachtete den Tatort, **an dem Reste von Bierflaschen und eine große Blutlache zu sehen waren.** Hierbei fiel ihm ein junger Bursche auf, der sich in der Nähe befand und sich verdächtig benahm. Als der Beamte ihn festnehmen wollte, flüchtete er, konnte jedoch in einer Wirtschaft in der Wanner Straße von dem Beamten gestellt und festgenommen werden. Bei seiner Vernehmung durch die Kriminalpolizei leugnete er hartnäckig, mit der Tat in Zusammenhang zu stehen. **Die Kriminalpolizei hatte aber alsbald in enger Arbeit mit der Schutzpolizei drei weitere in Frage kommende Personen ermittelt und verhaftet. Einer der Festgenommenen hat dem zuständigen Kriminalkommissar gegenüber bereits ein Geständnis abgelegt.**

Die polizeiliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Die brutalen Burschen, die nach den bisherigen Ermittlungen die beiden Reichswehrsoldaten ohne jeden Grund überfallen haben, befinden sich im Polizeigefängnis in Schalke. **Es handelt sich um vier in den zwanziger Jahren stehende Männer aus der Kesselkolonie.**

Blut auf der Straße

In der Nacht zum Sonntag, gegen 2 Uhr, wurde in der Mühlenstraße der Invalide Friedrich Biernat mit einer erheblichen Kopfwunde und einer Verletzung des Auges aufgefunden. Er mußte sofort dem Evangelischen Krankenhaus zugeführt werden, da die Verletzungen so schwer waren, daß sie auch jetzt noch zu Bedenken Anlaß geben. Es handelt sich ohne Zweifel um ein Verbrechen, und sollen als Täter die Schwiegersöhne des Verletzten in Frage kommen. Die polizeiliche Untersuchung ist selbstverständlich im Gange.

Welche Miete ist zu zahlen?

Zur Aufklärung über die in der Mieterschaft aufgetretene irrige Auslegung der Bekanntmachung betreffend Mietzinsbildung vom 29. Juli dieses Jahres sei hier darauf hingewiesen, daß die gesetzliche Miete sich aus der reinen Friedensmiete errechnet. Diese besteht aus der am 1. Juli 1914 bar gezahlten Miete und, falls bis zum genannten Tage der Mieter die Schönheitsreparaturen auf eigene Kosten ausführte, dem Werte dieser Nebenleistung, der laut § 1 der oben genannten Bekanntmachung auf 4 v. H. der Friedensmiete festgesetzt worden ist.

Die außerdem zu zahlenden Zuschläge zur staatlichen Grundvermögensteuer darf der Vermieter im Verhältnis der reinen Friedensmiete auf die Mieter umlegen. Eine Zahlung nach Hundertsätzen ist nicht zwingende Vorschrift. Lediglich zur leichteren Berechnung dient die Annahme von rund 4 v. H. der Friedensmiete für je 100 Prozent des Zuschlages zur staatlichen Grundvermögensteuer.

Eine Umlage der erhöhten Betriebskosten kommt jedoch nicht in Frage, da hierfür der Satz in Höhe von 1,3 bzw. 2,7 v. H. der Friedensmiete festgesetzt ist. Zu vergleichen § 3 der Bekanntmachung vom 29. Juli 1930.

STADTTEIL BUER

Es geht los!

Tumulte in einer nationalsozialistischen Wahlversammlung.

Die NSDAP. hatte am Sonntagvormittag in Scholven im Venemannschen Saale eine Wahlversammlung veranstaltet, die von zirka 300 Personen besucht war. Ueber 200 Versammlungsbesucher gehörten der KPD. an, die aus Alt-Gelsenkirchen, Buer-Hassel und anscheinend auch von außerhalb Verstärkungen herangezogen hatten, offensichtlich mit der Absicht, die Versammlung zu sprengen. Als der Referent, der Stadtverordnete Dr. Meyer aus Gelsenkirchen, das Wort nehmen wollte, wurde sofort von kommunistischer Seite erklärt, man werde Dr. Meyer nur reden lassen, wenn er sich verpflichte, nicht länger als eine Stunde zu sprechen. Dr. Meyer erklärte sich hierzu bereit. Als die Stunde ungefähr verstrichen war, rief ein Kommunist: „Herr Dr. Meyer! Noch fünf Minuten!", worauf der Redner erklärte, er komme jetzt zum Schluß, werde sich aber nicht terrorisieren lassen. Als die Stunde verstrichen war, riß der Kommunist Sawitzki die Leitung der Versammlung an sich und rief: „Ich entziehe dem Redner das Wort und erteile es dem Genossen Friedrich." (Friedrich ist Parteisekretär und Führer der KPD.-Fraktion in der Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung.) Diese Ankündigung war das Signal zum allgemeinen Tumult. Beide Richtungen gingen mit Stöcken, Tischbeinen, Stühlen, Biergläsern und anderen Werkzeugen aufeinanderlos, und im Augenblick war eine Massenschlägerei im Gange, bei der neben anderen Personen auch der die Versammlung überwachende Beamte der Buerschen politischen Polizei verletzt wurde. Das im Versammlungslokal anwesende verstärkte Polizeiaufgebot hieb die Kämpfenden auseinander und räumte den Saal, der ein Bild der Verwüstung bot, da die Einrichtung größtenteils zertrümmert worden war.

Sühne für die blutigen Ausschreitungen im Schievenviertel

Das Schievenviertel im Stadtbezirk Buer, eine Arbeitersiedlung, die vor Jahren zum Teil auf Resser und Erler Gebiet angelegt wurde, war schon oft der Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen. Manche wüste Szene, wobei die Polizei energisch eingreifen mußte, spielte sich in den letzten Jahren in der Wirtschaft Schlemeyer (Bes. Lausberg) ab. In der Nacht und am Spätabend des 13. zum 14. Mai war vorgenannte Kneipe wiederum der Schauplatz eines blutigen Vorfalls, wobei der Bergmann Heinrich Keck aus der Schievenstraße von einem Polizeibeamten, der sich in Notwehr befand, erschossen wurde. Der Bruder des Getöteten, sowie die Bergarbeiter Reinholds, Olschewski, Sikorra und Rasch waren nach voraufgegangener Kneiperei im Lokale Sch. mit anderen Personen und zuletzt auch mit dem Wirt in Streit geraten. Die Genannten, die sich am Samstag, teils aus der Haft vorgeführt, auf der Anklagebank des Essener Landgerichts wiedersahen, hatten sich an fraglichem Abend durch freches und lautes Benehmen in der Wirtschaft recht unangenehm bemerkbar gemacht. Der Wirt, nichts Gutes ahnend, rief die Polizei um Schutz an. Inzwischen nahmen die Stänkereien im Lokal ihren Fortgang. S. und besonders die Gebrüder K. taten sich besonders hervor. Am frechsten benahm sich jedoch der Angeklagte R., der mit Bierkrügen und Stühlen drohte. Der Wirt bot Feierabend, worauf einige Gäste nach Hause gingen, während die radaulustigen Personen gewaltsam aus dem Lokal entfernt werden mußten. Sie widersetzten sich der Entfernung und demolierten Stühle, Gläser und sonstige Einrichtungsgegenstände in wilder Zerstörungswut. Inzwischen hatten sich auf der Straße mehrere unruhige Elemente angesammelt. Als die herbeigerufenen Polizeibeamten die Ruhe wieder herstellen wollten, wurde einer der Beamten tätlich angegriffen und niedergeworfen. Dabei wurde ihm der Gummiknüppel entrissen, so daß der zweite Beamte sich genötigt sah, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, zumal die versammelte Menschenmenge eine drohende Haltung gegen die Polizei einnahm. Schließlich sahen sich die bedrängten Beamten gezwungen, Schreckschüsse abzufeuern. Als auch das nichts half, feuerten die Beamten in die Menge. Dabei wurde der Bergmann H. Keck auf der Stelle getötet. Sein Bruder Ernst wurde durch einen Schuß verletzt. Die Polizei machte die notwendigen Feststellungen und verhaftete noch in derselben Nacht die Urheber des nächtlichen Streites. Vor Gericht versuchten die Angeklagten die ganze Angelegenheit recht harmlos darzustellen. Immer wieder schützten sie Trunkenheit vor und wollten sich der Einzelheiten nicht mehr genau entsinnen können. Die Verhandlung, zu der rund 25 Zeugen geladen waren, zog sich bis in die Abendstunden hin. Die Beweisaufnahme ergab, daß Reinholds und Olschewski wegen Haus- und Landesfriedensbruch die höchsten Strafen zu erwarten hatten. Beide erhielten je 9 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten kamen mit je 7 Monaten Gefängnis, allerdings ohne Bewährungsfrist, davon. R. erhielt außerdem noch 4 Wochen Gefängnis wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Verunglückte Kundgebung

Am Freitag haben die Buerschen Kommunisten zu einer Kundgebung aufgerufen. Auf dem Marktplatz hatten sich mit reichlich einstündiger Verspätung die einzelnen Vereine aus Buer und Umgebung eingefunden. In den Reden, die sich vor allem auf die SPD. bezogen, begalte es nur so von Verrat und

Die erste Arbeitssitzung der Vestischen Arbeitsgemeinschaft

Landrat Dr. Schencking zum Vorsitzenden gewählt / Umreißung der Hauptarbeitsgebiete Keine kostspieligen neuen Aufgaben, sondern Ersparnisse durch Rationalisierung / Der vestische Gemeinschaftsgedanke lebt!

Obwohl noch nicht alle Mitglieder des Arbeitsausschusses der Vestischen Arbeitsgemeinschaft von den Mitgliedkommunen gewählt worden waren, hatte der vorläufige Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Landrat Dr. Schencking, den Arbeitsausschuß auf Ende voriger Woche in das Kreishaus zu Recklinghausen eingeladen. Diese erste Arbeitssitzung der Vestischen Arbeitsgemeinschaft war sehr gut besucht, und sie verlief recht anregend.

Einstimmig wurde Landrat Dr. Schencking zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft gewählt und zum stellvertretenden Vorsitzenden Oberbürgermeister Hamm (Recklinghausen).

Der Arbeitsausschuß beschäftigte sich eingehend mit der Frage der **Abgrenzung der Arbeitsgebiete.** Dazu machte Landrat Dr. Schencking **bemerkenswerte programmatische Ausführungen.** Nachdem er mitgeteilt hatte, der Minister habe die Satzung der Arbeitsgemeinschaft genehmigt, sagte er: „Die Formalien der Gründung der Vestischen Arbeitsgemeinschaft sind beendet. **Die praktische Arbeit kann beginnen.** Bevor wir jedoch an die Arbeit gehen, erscheint es notwendig, Klarheit darüber zu schaffen, was wir wollen. Bedauerlicherweise ist in der letzten Zeit starke Kritik an den Arbeitsgemeinschaften geübt worden, in anderen Gebieten — aber auch hier im Veste. Es ist daher doppelt notwendig, daß wir uns über **Zweck und Bedeutung der Vestischen Arbeitsgemeinschaft** gerade hier im Vest klar werden! Ueber den Zweck der Arbeitsgemeinschaft sagt die Begründung zum Umgemeindungsgesetz, daß dort, wo bei der Kompliziertheit von Wirtschaft und Verkehr eine einheitliche kommunale Organisation nicht erreicht werden kann, zwischengemeindliche Arbeit Platz greifen müsse. Das Gesetz hält zwischengemeindliche Arbeitsgemeinschaft für die beste Form zwischengemeindlicher Arbeit. Ihre praktische Aufgabe ist es, eine gemeinsame Arbeit der in ihr vereinigten Kommunen auf den Gebieten herbeizuführen, die über den Bereich einer Kommune hinausgehen, die Leistungsfähigkeit einer Kommune übersteigen und die Planung nach größeren Gesichtspunkten notwendig machen. Es wird sich augenblicklich **weniger darum handeln, neue Aufgaben in Angriff zu nehmen, als auf alten Aufgabengebieten planwirtschaftlich zusammenzuarbeiten, zu rationalisieren und lastenausgleichend zu wirken.** Die Voraussetzungen für eine derartige Gemeinschaftsarbeit sind im Vest denkbar günstig. Es ist ja nicht so, daß ein neues Gebilde in den leeren Raum hineinkonstruiert wird. Im Vest bestehen, trotzdem es verwaltungsmäßig aufgeteilt ist, **noch immer starke wirtschaftliche, kulturelle und geschichtliche Zusammenhänge. Vor allem empfindet die Bevölkerung das Vest noch als eine lebendige Einheit und bekundet immer wieder das Gefühl der Zusammengehörigkeit.** Günstig ist ferner für die Arbeit der Vestischen Arbeitsgemeinschaft, daß die heutige Notzeit der Wirtschaft und der Gemeinden gebieterisch Planwirtschaft und Rationalisierung auf allen Gebieten fordert. Die geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Vestes und die Forderungen des Tages begegnen sich und bereiten das Feld für eine fruchtbare Arbeit in der Vestischen Arbeitsgemeinschaft. Die rechtlichen Grundlagen der Arbeit sind — es wäre eine Torheit, das nicht zuzugeben — spärlich. Die Arbeitsgemeinschaft verfügt nicht über erhebliche Befugnisse, aber wenn wir ernstlich willens sind, zusammenzuarbeiten, so ist die schmale rechtliche Grundlage kein Hindernis, wie die Erfahrung lehrt. Wir haben bereits — und zwar ohne jede gesetzliche Bindung — auf den verschiedensten Gebieten vorbildliche Gemeinschaftsarbeit geleistet, rein in privatrechtlicher Form. Ich denke an die Vestische Verwaltungsschule, an die Vestischen Kinderheime, an die Vestischen Kleinbahnen, an das Chemische Untersuchungsamt usw. Es ist nicht einzusehen, warum wir nicht jetzt, wo äußerlich die Plattform für eine allgemeine Erörterung weiterer vestischer Gemeinschaftsarbeit geschaffen ist, auf diesem Wege fortschreiten sollten! So sehe ich die **Möglichkeit zu gedeihlicher Arbeitsgemeinschaft auf dem Gebiete des Theater- und Konzertwesens, der höheren Schulen, der Berufsschulen, des Sports, der Wohlfahrt usw.** Wenn der ernstliche Wille vorhanden ist, auch unter Zurückstellung des kommunalen Eigeninteresses, Gemeinschaftsarbeit für das ganze vestische Gebiet zu betreiben, so ist die Frage der Rechtsform, in der die Zusammenarbeit auf den einzelnen Aufgabengebieten in die Tat umgesetzt wird, eine Frage von untergeordneter Bedeutung. In der Vestischen Arbeitsgemeinschaft liegen — das ist meine feste Ueberzeugung — alle Möglichkeiten für die Zukunft des Vestes und, auf weitere Sicht gesehen, für die Zukunft der Kommunen beschlossen. Es hängt von unserem Willen und unserer Tatkraft ab, ob wir von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen, wo es die Entwicklung des Vestes, die Not der Zeit und das Drängen der Bevölkerung verlangt. M. E. kommt es in erster Linie darauf an, **gleichgeartete Aufgaben der vestischen Kommunen zusammenzufassen und gemeinsam durchzuführen.** Es muß überlegt werden, wie und wo zu Nutzen aller Beteiligter rationalisiert werden kann. Vielleicht ist es empfehlenswert, daß derartige Fragen zunächst im Kreise der Behördenleiter besprochen, daß entsprechende **Wünsche und Anregungen an uns herangebracht werden,** um sie nach der nötigen Vorprüfung der Arbeitsgemeinschaft vorzulegen. Ein anderer Weg wäre die Bildung von besonderen Ausschüssen für diese oder jene Sonderaufgabe. Es will mir jedoch scheinen, daß die Bildung solcher Ausschüsse zweckmäßig zurückgestellt werde, daß derartige Ausschüsse erst Sinn und Zweck haben, wenn ein festumrissener Aufgabenkreis dafür vorhanden ist."

Der Vorsitzende stellte seine Darlegungen zur Debatte. Sie fanden einmütige Zustimmung.

Oberbürgermeister Dr. Jovy (Gladbeck) wies u. a. darauf hin, im westlichen Teil des Vestes bestehe stillschweigend bereits eine Art Arbeitsgemeinschaft für das höhere Schulwesen (Verständigung über die Art der Schultypen, einheitliches Schulgeld für alle Schüler des Niedervestes). Er erinnerte an die erfolgreiche Zusammenarbeit der vestischen Kommunen auf finanzpolitischem Gebiet (Strukturausgleich). Er fuhr dann fort: „An dem Ausbau der Vestischen Arbeitsgemeinschaft sollte ein jeder mitarbeiten. Jeder, der eine Ersparnismöglichkeit durch Zusammenarbeit sieht, sollte diesen Gedanken an uns herantragen. Ich halte es aber **nicht für richtig,** wenn man mit Gewalt Arbeitsgemeinschaft auf allen möglichen Gebieten betreiben wollte. Die **Arbeitsgemeinschaft muß vielmehr aus sich selbst herauswachsen.** Deshalb erscheint mir auch die Einsetzung von Kommissionen im Augenblick verfrüht zu sein."

In der weiteren Aussprache wurde erwogen, die

großen Sportplatzanlagen der Stadt Gladbeck gemeinsam zu benutzen, die Kinderheime des Landkreises mehr als bisher auch den vestischen Städten nutzbar zu machen, das Kleinkinderheim der Stadt Gladbeck mehr als eine vestische Angelegenheit gelten zu lassen, kulturelle Veranstaltungen für das ganze Vest durchzuführen, einen Statiker für alle vestischen Kommunen anzustellen, auf finanzpolitischem Gebiet geschlossen vorzugehen, das Lippgebiet für Volkserholungszwecke gemeinsam zu erschließen usw.

Oberbürgermeister Zimmermann (Gelsenkirchen) führte u. a. aus: „Wir sind uns einig darüber, daß zur Zeit keine großen Aktionen möglich sind, daß wir keine Aufgaben übernehmen können, die Geld kosten. Dagegen sind die Vorschläge sehr beachtlich, die auf eine Rationalisierung hinzielen. Es ist daher ratsam, zunächst einmal festzustellen, welche Einrichtungen der einzelnen Kommunen zu gemeinsamer Benutzung geeignet sind. Auf der anderen Seite wäre zu ermitteln, welche Bedürfnisse einzelner Städte durch Gemeinschaftsarbeit befriedigt werden können."

Der Vorschlag des Redners, durch Rundschreiben diese beiden Fragen zu klären, um so die Unterlagen für eine Rationalisierung und Zusammenarbeit zu erhalten, fand einmütige Annahme. Deshalb wurde die Bildung von Sonderausschüssen vorläufig zurückgestellt.

Eingehend beschäftigte sich der Arbeitsausschuß dann mit der **Steuernotverordnung.** Aus taktischen Gründen wurde von einer gemeinsamen Stellungnahme bezüglich der Steuernotverordnung (Einführung der Biersteuer) Abstand genommen. Beschlossen aber wurde ein gemeinsames Vorgehen auf finanzpolitischem Gebiet. Oberbürgermeister Zimmermann erklärte sich auf Bitten des Arbeitsausschusses — wie seinerzeit bei den Verhandlungen über den Strukturausgleich — zur Uebernahme der Federführung und zu Verhandlungen mit den Berliner Zentralstellen namens der Vestischen Arbeitsgemeinschaft bereit.

So verlief diese erste Arbeitssitzung der Vestischen Arbeitsgemeinschaft äußerst anregend. **Es zeigt sich schon heute, daß die Vestische Arbeitsgemeinschaft nicht nur auf dem Papier steht,** daß sie vielmehr mit lebendigem Geist erfüllt und von reger Tatkraft beseelt ist.

Korruption der Sozialisten. An die dutzendmal wurde das Wort „Kampffonds“ erwähnt mit der selbstverständlichen Beifügung, ja nur tüchtig zu spenden. Die Zuschauer, die mehr als Demonstranten vorhanden waren, wurden von einer Anzahl Verkäufer mit Broschüren und Traktätchen angerempelt. Der ganze Rummel sah sehr nach Geldschneiden aus. Im anschließenden Demonstrationszug sah man Leutchen, die sich im Pütt rühmlichst durch Ueberschichtenkloppen und Gedingesetzen auszeichneten. Während die „Massen“ demonstrierten, spazierten hauptamtliche Funktionäre für sich allein. Ob sie sich schämten ob dieser Demonstration, oder ist das „Pflastertreten“ nur für die Geringeren?

Mieter gesucht!

Die neue Bergmannssiedlung an der Berliner Straße im Stadtteil Buer-Scholven soll Mitte September oder Anfang Oktober bezogen werden. Es sind 36 Zwei- bzw. Dreizimmerwohnungen zu vergeben. Jede Wohnung hat ein Badezimmer, zwei Kellerräume und einen Streifen Land.

Interessenten wollen sich zwecks Eintragung in die Wohnungsliste bis zum 15. August auf dem Wohnungsbüro der Schachtanlage Scholven melden.

STADTTEIL HORST

Totschlag in Horst

Sonntag abend gegen 11 Uhr kam es im Hause Heßler Straße 39 zwischen dem 28jährigen Bergmann Erich Hellwig und dem 26jährigen Bergmann Ludwig Woop, der in der Alten Kolonie 32 wohnt, zu Streitigkeiten, in deren Verlauf Hellwig dem Woop, mit dem er verschwägert ist, zehn Messerstiche versetzte, von denen sechs die linke Brustseite trafen und zwei in die Herzgegend eindrangen. Woop wurde schwerverletzt ins Horster Krankenhaus geschafft. Der Arzt stellte hier seinen Tod fest. Der vorbestrafte Mörder gibt an, er habe seine Schwester vor den Bedrohungen Woops schützen wollen. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

•

Zu der gemeldeten Bluttat wird ergänzend berichtet: Der durch neun Messerstiche von seinem Schwager getötete 26jährige Ludwig Woop lebte in unglücklicher Ehe und das Verhältnis zu den Angehörigen seiner Frau war sehr schlecht. Am Sonntag traf er mit seiner Frau in der Wirtschaft Hagemann seine Angehörigen, in deren Begleitung sich auch ein Ehepaar Lömmel aus Essen befand. Mit letzterem geriet W. in Streit, der zunächst gütlich geschlichtet wurde. Die Verwandten verließen die Wirtschaft und W., der stark angetrunken war, folgte ihnen in ihre Wohnung. Hier kam es zu neuen Auseinandersetzungen. W. drohte, seine Schwägerin, die Ehefrau Lömmel, das Fenster hinauszuwerfen. Hierüber geriet deren Bruder Erich Hellwig in Wut, ergriff ein auf dem Küchenschrank liegendes dolchartiges Messer und stach damit blindlings auf W. ein, der tödlich getroffen zu Boden sank. Der Messerheld wurde dem Amtsgericht vorgeführt.

Gefährliches Kinderspiel

Eltern und Erzieher, warnt die Kinder!

In den Abendstunden spielten auf dem Hofe eines Metzgermeisters in der Bahnhofstraße zu Herne zwei 12 Jahre alte Knaben mit einer Selterwasserflasche. Einer der Jungen füllte Karbid in die Flasche, ließ Wasser darauf und verschloß diese wieder. Während einer der Knaben die Flasche in der Hand hielt, explodierte sie. Die Glassplitter verletzten den Knaben so schwer an der Halsschlagader, daß er bei der sofort erfolgten Einlieferung ins Krankenhaus gestorben ist.

An die Eltern und Erzieher ergeht die dringende Mahnung, die Kinder eindringlich auf die Gefahren eines solchen Spieles hinzuweisen.

1000 RM Belohnung für einen flüchtigen Lehrling

Wie gemeldet, verschwand vor einigen Tagen aus Osnabrück der Lehrling Fritz Mewers unter Mitnahme von 17 000 Reichsmark, die er im Auftrage seiner Firma nach der Bank bringen sollte. Trotz der von der Kriminalpolizei mit allem Eifer aufgenommenen Nachforschungen fehlt bis jetzt von ihm noch jede Spur. Auf seine Ergreifung sind nunmehr 1000 RM ausgesetzt worden.

Ein Jagdschloß niedergebrannt

Das Jagdschloß Hohenheide, das im Kreise Hümmling zwischen Wahn und Sögel gelegen ist, brannte mit dem größten Teil des Inventars vollständig nieder. Zwei Frauen, die sich darin befanden, konnten nur mit Mühe gerettet werden.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm Bielefelds

In der letzten Stadtverordnetensitzung von Bielefeld stand das Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Verhandlung. Es sieht u. a. die Aufschließung der Nußheide als Wohngelände, die Förderung des Baumarktes durch Wohnungsbau, die Erweiterung des Krankenhauses und den Bau einiger Volksschulen vor. Die Angelegenheit wurde dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Weiter wurden Anträge auf Schulgelderhöhung angenommen und beschlossen, zum Deutschen und Preußischen Städtetag aus Gründen der Ersparnis diesmal keine Vertreter zu entsenden.

Luft- und Seepostbeförderung nach Amerika

Dem Dampfer „Europa“ wird auf seiner Amerikafahrt, ab Bremerhaven 6. August, durch einen Reichspostflug Köln—Cherbourg am 7. August Post nachgebracht. Sendungen, die mit dem Nachbringeflug befördert werden sollen, müssen den Klebezettel „Mit Luftpost“/Par avion und den auffallenden Vermerk „Mit Luftpost ab Köln zum Dampfer“ tragen. Der außer den gewöhnlichen Auslandsgebühren zu entrichtende Luftpostzuschlag beträgt 30 Reichspfennig für je 20 Gramm. Für Sendungen, die die letzte Absendungsgelegenheit des gewöhnlichen Verkehrs zu dem Dampfer nicht mehr erreichen, aber noch Anschluß an den Nachbringeflug erhalten, ergibt sich ein Zeitgewinn von etwa drei Tagen.

Alkohol und Krankheit

Von Prof. Dr. med. A. Grotjahn, Berlin*)

Daß die Einverleibung größerer Mengen alkoholhaltiger Getränke (Branntwein, Bier, Wein) zur Berauschung führt, und daß dieser Vorgang nicht schön, sondern wegen des damit verbundenen Verlustes der Selbstbeherrschung sehr gefährlich ist, braucht kaum näher auseinandergesetzt zu werden. Ebensowenig brauchten die Unzuträglichkeiten geschildert zu werden, welche die eigentliche Trunksucht im Gefolge hat, jene ausgeprägteste Erscheinungsart des Alkoholmißbrauchs, bei der den befallenen Personen das Trinken von Schnaps, Bier und Wein in bis zur sinnlosen Berauschung führenden Mengen zu einem unabweisbaren Bedürfnis wird, das in stets kürzeren Zeiträumen Befriedigung erheischt. Ein nüchterner Bericht über alle Schädigungen der Trunksucht, die in ihren ausgeprägten Formen als eine besondere Art geistiger Erkrankung aufzufassen ist, könnte ja auch kaum eine Vorstellung von der Summe des Elends, des Jammers und der Sorge geben, die weniger vom Trinker selbst als von seinen Angehörigen ertragen werden muß. Hätte es die Bekämpfung der Einverleibung geistiger Getränke nur mit dem Rausch und der eigentlichen Trunksucht zu tun, so wäre ihre Aufgabe einfach. Sie wäre dann des Einverständnisses der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung sicher, und es würden sich ihr nicht jene Vorurteile in den Weg stellen, die von im übrigen ganz vernünftigen, ehrenhaften und soliden Leuten vertreten werden und besonders bei uns in Deutschland nur allzu sehr verbreitet sind. Verhängnisvoller, weil allgemeiner verbreitet als die verabscheute Trunksucht, ist der gewohnheitsmäßige Gebrauch der alkoholischen Getränke, der sich in den Grenzen der Wohlanständigkeit hält und doch ausreicht, im Laufe der Jahre schwere krankhafte Veränderungen im menschlichen Körper hervorzurufen. Die Regelmäßigkeit und Häufigkeit des Trinkens ist hier das eigentlich schädigende Moment, hinter dem die Menge der jeweilig eingeführten alkoholhaltigen Getränke an Bedeutung zurücktritt. Diese Erkenntnis wurde erst durch das Aufblühen der medizinischen Wissenschaft seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts gewonnen. Es ist das Verdienst der Aerzte, auf fast allen Spezialgebieten ihrer Wissenschaft ursächliche Beziehung zwischen dem Alkoholgenuß und den krankhaften Veränderung im Bau der Funktion des menschlichen Körpergewebes nachgewiesen zu haben, von denen man bis dahin sich nichts hatte träumen lassen.

*) Aus der Broschüre: „Ein Feind der Gesundheit“ (Preis 20 Pf.). Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Berlin SO. 16, Engelufer 24-25.

Ferien im Hochgebirge

Wenn man Tag und Nacht im Arbeitsjoch steht und von den tausend kleinen Sorgen des Alltags gequält wird, dann sehnt man die Zeit herbei, in der man frei von aller Last heraus kann aus Häusergual und Hammerschlag; dann freut man sich auf den Tag, an dem man den Rucksack packen darf, um etwa in den Süden zu fahren, wo mächtige Bergriesen gigantisch in den Himmel hineinragen und die Schönheit der Natur sich überwältigend offenbart.

Wohl sind die Mittel des Arbeiterwanderers sehr bescheiden und es muß während des ganzen Jahres tüchtig gespart werden. Aber der naturbegeisterte Arbeiter verschließt sich gerne den zweifelhaften Genüssen der Wirtshäuser, um einmal im Jahre eine größere Ferienwanderung zu machen und hierfür übt die Bergwelt des Südens eine besondere Anziehungskraft aus.

Noch vor einigen Jahrzehnten war es nur den Angehörigen der besitzenden Klasse möglich, Bergfahrten in die Alpen zu unternehmen.

In den letzten beiden Jahrzehnten ist dies anders geworden. Alljährlich suchen Tausende von Arbeitern und Angestellten in den Bergen Erholung von der harten Jahresarbeit in Werkstatt oder Büro. Aber nicht nur Erholung finden sie dort oben, sondern sie gewinnen vor allem Vertrauen zu ihrer eigenen Kraft, um mit Entschlossenheit, die sie aus den grandiosen Eindrücken der Bergwelt gewonnen haben, ihren Mann zu stellen im Kampf ums Dasein und im Kampf für den Aufstieg des schaffenden Volkes.

Seit im Jahre 1907 der Touristenverein „Die Naturfreunde“ auf dem Padasterjoch in Tirol das erste Naturfreundehaus für die wandernden Arbeiter geschaffen und damit begonnen hatte, die wundervolle Hochgebirgswelt mit ihren überwältigend schönen Eindrücken auch den Arbeitern zu erschließen, sind in den Bergen zahlreiche Häuser entstanden, die es dem Arbeiterwanderer ermöglichen, das Hochgebirge zu erleben und auch den Bergen unter gleichgesinnten Menschen auf eigenem Grund und Besitz, Urlaub und Ferien zu verbringen.

Unter unsagbaren Mühen und größten Opfern haben die im T.-V. „Die Naturfreunde“ vereinigten Arbeiterwanderer ihre Naturfreundehäuser erstellt, die heute der gesamten werktätigen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Nachfolgend sind die wichtigsten der deutschen Naturfreundehäuser im bayerischen Hochland und im angrenzenden Tirol genannt, die sich besonders für den Ferienaufenthalt eignen.

Rohrauer Haus zwischen Schliersee und Tegernsee. Anmeldung und Auskunft bei Alois Kreipol, Hausham/Obb., Rohrauer Haus.

Kemptener Naturfreundehaus auf dem Gschwendtner Horn bei Immenstadt im Allgäu. Anmeldung und Auskunft bei Albert Högel, Kemptener Naturfreundehaus am Gschwendtner Horn, Post Immenstadt/Allgäu.

Mufauer Alm im Reintal bei Füßen. Anmeldung und Auskunft bei Franz Diepolder, Hüttenwirt, Roßschläg, Gem. Mufau/Tirol.

Marolshof auf dem Taubenberg bei Thalham an der Schliersee-Linie. Anmeldung und Auskunft bei Max Jägerhuber, München, Aeußere Wiener Straße 52.

Hochkopfhäuser auf dem Hochkopf am Walchensee. Auskunft und Anmeldung bei Rudolf Franz, Hüttenwirt, in Altlach am Walchensee.

Säulinghaus auf dem Säuling bei Füßen im Allgäu. Anmeldung und Auskunft bei Karl Burger, Hüttenwirt, Säulingshaus, bei Pflach in Tirol.

Marienberghütte auf dem Marienbergjoch im Fernpaßgebiet in Tirol. Anmeldung und Auskunft bei Franz Ostheimer in Bieberwier, Bezirk Reutte/Nordtirol.

Wimbachgrieshütte im Wimbachtal des Berchtesgadner Landes. Anmeldung und Auskunft bei Max Zenkel, Hüttenwirt, Post Ramsau bei Berchtesgaden.

Ein Verzeichnis über sämtliche Naturfreundehäuser ist von der Reichsleitung des T.-V. „Die Naturfreunde“, Nürnberg, Webersgasse 1, gegen Voreinsendung von 1 Mark in Briefmarken zu beziehen.

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Schmarotzer an einem Kolonialwarengeschäft.

Die Anstifter kommen mit Not am Zuchthaus vorbei.

Eine ganze Reihe von Angeklagten marschiert in den Verhandlungssaal. Die erste ist die ehemalige Angestellte in einem Kolonialwarenladen B. G., die sich allerlei Veruntreuungen hat zuschulden kommen lassen. Weiterhin steht da der in der Bäckerei beschäftigte W. T., der auch scheinbar ohne jede Veranlassung der Ehefrau P. K. und ihrem Mann K. K. ein paar Brote, ebenfalls dem Kaufmann B. gehörig, gegeben hat. Zu diesen gesellt sich die Frau Z., die des öfteren bei B. gewaschen hat und so, nicht ohne sich in großer Not befunden zu haben, in die Diebstahlsangelegenheit hineingeraten ist. Als letzte im Reigen vervollständigt die Ehefrau P. das Bild. Auf Veranlassung besonders der Ehefrau P. K. haben die in dem Kolonialwarengeschäft beschäftigten Mädchen monatelang Lebensmittel entwendet und sie den Frauen K. und P. zugesteckt. Die Frau Z. war ein Außenseiter. Sie hat nur einmal von der Waschküche aus gestohlen, hat aber selbst nichts von dem gestohlenen Gut erhalten. Den Haupteibach hat das Ehepaar K. gemacht. Diese beiden Leute haben es verstanden, sich die Mädchen in jeder Weise gefügig zu machen, und sie haben in Saus und Braus von diesen Dingen gelebt. Speck, Wurst, Wein, Zigaretten, Maggi und was der schönen Dinge noch mehr sind, alles wurde aus dem Laden geholt und verschwand. Nun geschah es aber, daß ein Mädchen von B. sich von der Ehefrau K. abwandte und sich weigerte, ihr noch länger die Lebensmittel zuzuschieben. Da aber deren Freundin „Minna“ P. noch weiterhin an der angenehmen Quelle bleiben durfte, ging Frau K. in ihrem Aerger zu dem Besitzer des Ladens B. und machte ihn aufmerksam, daß in seinem Geschäft etwas nicht stimme und er einmal acht geben solle. So kam der Stein ins Rollen, bis alle Einzelheiten entdeckt waren und nun die verärgerte Anzeigerin als Hauptbeschuldigte vor den Schöffen steht. Für sie und ihren Mann beantragte der Staatsanwalt ein Jahr Zuchthaus und vier Jahre Verlust der Ehrenrechte. Das Gericht blieb jedoch beträchtlich unter diesem Antrag, da es sich nicht für gewohnheits- und gewerbsmäßige Hehlerei entscheiden konnte. So lautete das Urteil denn: Frau K. vier Monate Gefängnis, Ehemann K. zwei Monate Gefängnis, für beide Gnadenbeweis vorbehalten. Die Angestellte B. G. erhielt 6 Wochen auf Bewährung gegen eine Buße von 50 RM. Der Bäcker W. T., der nicht viel mit der ganzen Geschichte zu tun hat, an Stelle einer Woche Gefängnis 15 RM, die Frau Z. an Stelle einer Woche Gefängnis 40 RM und die Frau P. einen Monat Gefängnis auf Bewährung gegen eine Buße von 25 RM.

Es gibt nichts, das nicht gebraucht werden kann.

Es waren einmal drei Freunde. Einer von ihnen entdeckte plötzlich, daß er dringend und notwendig einen Anzug brauche, und das teilte er auch wohl den andern beiden mit. Aber wie hier Rat schaffen? Geld ist nicht! Nun, einer der Bekannten besitzt irgendeine Geburtsurkunde, alt und vergilbt. Was würde ein gewöhnlicher Sterblicher damit anfangen? Vielleicht ins Museum bringen. Die drei Freunde wissen einen besseren Rat. Einer, der sich, wie gewöhnlich, der Tragweite seiner Handlung nicht bewußt ist, ändert das Geburtsdatum des 1863 geborenen Herrn, der vielleicht schon, Gott weiß wo, vermodert, rasch in das Jahr 1903. Und dieser so einfach hergestellte junge Mann, der anstatt R. nun natürlich auch Sch — wie es auf der Urkunde steht — heißen muß, geht in das Abzahlungsgeschäft M. und erhält gegen eine Anzahlung von 27 RM einen neuen Anzug, mit dem er freudestrahlend das Schlachtfeld verläßt. Die Freude ist nur nicht von langer Dauer. R., der glaubte, auf so wenig schwierige Weise in den Besitz eines Anzuges gekommen zu sein, ist schon vor einiger Zeit zu zwei Monaten Gefängnis abgeurteilt worden. Seine beiden Helfer W. B. und P. G. erhielten von den Gelsenkirchener Schöffen je einen Monat Gefängnis. Dazu haben sie die Kosten zu zahlen.

Kommissionsreisender ohne Gedächtnis.

In seiner Jugend hat der jetzige Kommissionsreisende F. H. Kaufmann gelernt. Er hat dann fremde Länder gesehen und ist dann lange Jahre in Zigarren gereist. Nach dem Kriege hat er seine sichere Stellung verloren und war froh, daß er bei anderen Firmen ein notdürftiges Unterkommen fand. Es ist ihm jetzt passiert, daß er mit seinen Jahresabschlüssen in nicht erhebliche Differenzen mit den Büchern des Arbeitgebers geriet. Auch hat er sich, um Wege zu sparen, der einfachen Urkundenfälschung in verschiedenen Fällen schuldig gemacht, dadurch, daß er mit dem Namen seiner Besteller unterschrieb, ohne hierzu den ausdrücklichen Auftrag zu haben. Wegen einfacher Urkundenfälschung in vier Fällen und Unterschlagung in zwei Fällen erhielt er eine Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis. Wenn er den Schaden sobald als möglich wiedergutmacht, wird ihm Bewährungsfrist zugebilligt.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Kameradschaftliche Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Gelsenkirchen, E. V.

Am Sonntag, dem 27. Juli dieses Jahres, veranstaltete die Vereinigung eine in allen Teilen wohlgelungene Rheindampferfahrt nach Zons, an der einschließlich einer großen Anzahl unserer Mitglieder sich auch die Gelsenkirchener Bürgerschaft stark beteiligte. Schon in den frühen Morgenstunden fuhren wir mit einem Sonderzuge, der uns in letzter Minute noch durch die freundliche Mitarbeit des hiesigen Verkehrsvereins gestellt war, nach Duisburg-Ruhrort ab. Das Wetter war zwar nicht einladend, jedoch klärte sich dieses im Laufe des Vormittags baldigst auf. Von der Schiffahrtsgesellschaft Gebr. Luwen wurden wir in Ruhrort erwartet, die uns mit einem der schönsten Rheinschiffe nach Zons bringen sollte. Bei herrlichstem Wetter und bester Stimmung hatten wir Gelegenheit, den Rhein zu bewundern. Für die nötige Stimmung und Unterhaltung an Bord sorgten die Musikkapelle Aurisch und das Doppel-Quartett, Gelsenkirchen-Bulmke. In den Frühnachmittagsstunden kamen wir in Zons an. Das alte, historische Städtchen wurde einzeln und in Gruppen besichtigt, allzu schwer wurde in den Abendstunden das Scheiden. Die Rückfahrt, auf der das Tanzbein noch rege geschwungen wurde, wurde durch die an Bord herrschende Stimmung uns allen zu einem unvergeßlichen Ereignis, und in allen Kreisen hörte man immer nur den einen Wunsch: Hoffentlich können wir im kommenden Jahre wieder eine solch schöne Dampferfahrt erleben!

Den Führern sowie Mitarbeitern, der Musikkapelle und der Gesangabteilung und allen, die zur Verschönerung der Fahrt beigetragen haben, nochmals an dieser Stelle der herzlichste Dank!

Weiße Zähne: Chlorodont

Unterhaltung und Wissen

Die „Weltspäne" aus dem Himmelsraum – Ein Teil der Rätsel gelöst

Sternschnuppenfälle im August

Weite Reisen der himmlischen Wandervögel

Wer hat nicht schon an klaren Abenden jene leuchtenden Funken gesehen, die plötzlich am Himmel auftauchen, eine kürzere oder längere feurige Bahn beschreiben und lautlos wieder im Dunkel verschwinden. „Sternschnuppen!" rufen wir dann unwillkürlich aus, und mancher, der einen Wunsch auf dem Herzen hat, wird ihn wohl in Gedanken aussprechen; soll doch solch ein Wunsch nach altem Volksglauben in Erfüllung gehen. Leider kümmern sich die Sternschnuppen herzlich wenig um die Wünsche der Menschen. Sie sind aber deshalb nicht weniger wunderbar.

Es sind Boten aus dem Weltenraum, Weltenwanderer, die vielleicht schon seit Jahrmillionen durch die Tiefen des Raumes reisten, an fernen Sonnen, Sternhaufen und Planeten vorbei, bis sie nach langer Wanderung endlich eine Ruhestatt auf unserer Erde fanden. Sie bringen, wie uns die Wissenschaft lehrt, mit der ungeheuren Geschwindigkeit bis zu 70 Kilometer in der Sekunde in die Erdatmosphäre ein und reiben sich durch diese Schnelligkeit an der Luft glühend. Während die kleinen Stücke als Sternschnuppen aufleuchten und verpuffen, fallen die größeren, die sogenannten Feuerkugeln und Meteore, unter hellen Lichterscheinungen und häufig mit heftigem Geknatter explodierend in Form eines Steinregens zur Erde.

Lange hat es gedauert, ehe der Gedanke Raum gewann, daß diese Himmelsprojektile nicht Gebilde unserer Erde sind, sondern aus dem Universum zu uns kommen. Noch vor hundert Jahren war in keinem astronomischen Buche etwas Genaues darüber zu finden. Die Gelehrten gingen vorsichtig und ängstlich um diese Frage herum. Als im Jahre 1790 ein wahrer Steinregen über den Ort Juillac in Frankreich niederging und die Stadtverwaltung einen ausführlichen Bericht mit Unterschriften von hunderten von Augenzeugen an die Pariser Akademie der Wissenschaften sandte, erklärte eines der berühmtesten Mitglieder der Akademie, es wäre traurig, daß es in diesen aufgeklärten Zeiten so viele Menschen und sogar Bürgermeister gäbe, die ernsthaft den Unsinn glauben, es könnten Steine vom Himmel fallen.

Der deutsche Physiker Chladni war der erste, der schon 1794 trotz der skeptischen gelehrten Zeitgenossen mit seiner ganzen Autorität dafür eintrat, daß diese „Weltspäne" dem Himmelsraume entstammen. Wir wissen heute, daß die Sternschnuppen und Meteore Welttrümmer sind, von denen man in der Hauptsache zwei Arten unterscheidet: die Eisenmeteore und die Steinmeteore. Die einen bestehen aus Eisen und Nickel, die anderen aus Tonerde, Magnetkies, Magnesia, Kieselerde usw., alles Stoffe, die man auch in den irdischen Gesteinen antrifft und ein Beweis dafür sind, daß auf den fernen Gestirnen die gleichen Gesetze des Aufbaus herrschen wie auf unserer Erdenwelt.

In den Monaten August und November kann man besonders viele Sternschnuppen am Himmel wahrnehmen, und wer genau aufpaßt, kann die Entdeckung machen, daß z. B. die Sternschnuppen im November alle von einem ganz bestimmten Punkte am Himmel ausstrahlen. Diese Stelle liegt im Sternbilde des Löwen, und deshalb werden diese leuchtenden Funken in der Astronomie die „Leoniden" genannt. Ebenso ist es bei den Auguststernschnuppen, deren Ausstrahlungspunkt im Sternbilde des Perseus liegt, und die darum die „Perseiden" genannt werden. Durch komplizierte Berechnungen wurde nun festgestellt, daß die Perseiden-Sternschnuppen, diese riesige Ansammlung winziger Welttrümmer, eine ungeheure Bahn um die Sonne beschreiben, die noch unendlich weit über den Neptun, den letzten Planeten, hinausreicht. Der hervorragende Astronom Schiaparelli machte zum ersten Male darauf aufmerksam, daß die Bahn der Perseiden die gleiche ist wie jene, in der der Komet, der zuletzt im Jahre 1862 erschien, wandelt. Bei beiden beträgt die Umlaufszeit um die Sonne ungefähr 110 Jahre. Aehnlich verhält es sich bei den Sternschnuppen, die in der Zeit vom 12. bis 15. November fallen. Man vermutete nun mit Recht, daß irgendein Zusammenhang zwischen Sternschnuppen und Kometen bestehen müsse. Diese Vermutung wurde insofern bestätigt, als man eine regelrechte Auflösung einiger Kometen am Himmel direkt beobachten konnte. Bei der Annäherung an die Sonne gehen gewaltige Umwälzungen im Kern des Kometen vor sich, die zuweilen zu einem vollständigen Zerfall des Kometen führen. Die unzähligen Trümmer zerstreuen sich dann über die ganze weite Kometenbahn. Kreuzt nun die Erde auf ihrem Wege um die Sonne diese Bahn, dann fährt sie in die Sternschnuppen-Ansammlung wie eine Geschützkugel in einen Mückenschwarm, und unseren Augen wird ein prächtiger Funkenregen sichtbar.

Ein Teil dieser Rätsel ist bis heute gelöst. Wir wissen, daß die vagabundierenden Kometen und die flüchtigen Meteore uns Nachrichten aus den fernsten Fernen bringen und uns die Beschaffenheit und den Aufbau anderer Weltkörper mitteilen. Und wenn wir in den Tagen um den 10. August herum wieder Gelegenheit haben werden, besonders viele Sternschnuppen am Himmel beobachten zu können, dann wollen wir an die weite Reise dieser himmlischen Wandervögel denken und den leuchtenden Boten aus den fernen Sternenräumen auf unserm Heimatstern ein herzliches „Willkommen" wünschen.

Erich Krug.

Nacht im Hafen

Lichter blinken in der Runde des Indiahafens, und ihr Widerschein zittert in marigoldenen Spiralen auf dem leichtbewegten Wasser. Am nächtlichen Himmel ziehen Wolken, zwischen denen dann und wann ein Stern sichtbar wird, und zeitweise fällt ein feiner Regen. Frachtdampfer verschiedener Größe und Nationalität und Flußfahrzeuge aller Art liegen in tiefer Ruhe an den Pfählen und längsseit der Kaimauer.

Nur an einem Motorschiff, das bereits seit Beginn der Frühschicht Ladung genommen hat und nun mit der dritten Schicht seeklar werden soll, wird fieberhaft gearbeitet. Warnungssignale der Elektrokarren, die schwere Maschinenkolli und Massengüter aus dem hell erleuchteten Schuppen unter die Krane befördern, und das Rattern und Rasseln der Winden, die außenbords aus Schuten und Oberländer Kähnen Sackgut und Juteballen übernehmen, unterbrechen die Stille der Nacht. —

Da blitzen am Eingang der Straße, die am Schuppen entlang führt zwei Feueraugen auf. Ein elegantes Luxusauto nähert sich in schnellem Tempo, um an der Herrentreppe des Schiffes zu halten. Eine ziemlich angeheiterte Gesellschaft männlichen und weiblichen Geschlechts steigt aus, balanziert scherzend die Herrentreppe hinauf und verschwindet im Salon.

Kaum abgelenkt durch dieses kleine Intermezzo, klingt der Takt der Arbeit weiter. Sackkarren werden beladen und klappern über die mit Eisenplatten belegten Bohlen des Schuppens, und Drehlaufkräne heben schwere Kisten, die sie zum Weitertransport auf flache Wagen mit vier Rädern, sogenannte „Hunde", setzen. Und während Kaileute die angefahrenen Güter, je nach Art und Gewicht, in Stroppen, Ketten oder Drahtseilen übergeben, geht der Steuervize auf dem Schiffe von Luke zu Luke, um nach dem Rechten zu sehen und hier und da mit Hand anzulegen. —

Zwei Stunden sind vergangen, und immer noch steht das Auto einsam und verlassen auf der Straße.

Plötzlich gellen angstvolle Hilferufe durch die Nacht. Einer der beiden Herren, die mit dem Auto gekommen sind, hat beim Verlassen des Schiffes in seiner Trunkenheit einen Fehltritt gemacht und ist zwischen Schiff und Kaimauer ins Wasser gestürzt.

Unwillkürlich stoppt die Arbeit. Einer wirft den für Unglücksfälle zu jedermanns Verfügung stehenden Rettungsring hinunter, an den der glücklicherweise gleich wieder Auftauchende sich krampfhaft anklammert. Und während die Damen, durch den Schreck bleich geworden, händeringend und wehklagend am Auto stehen, hat der Besitzer Hut, Mantel und Jacket abgeworfen und läuft in begreiflicher Aufregung an der Unfallstelle hin und her. Doch da er zur praktischen Hilfeleistung außerstande ist, begnügt er sich damit, seinem verunglückten Freunde wiederholt zuzurufen: „Halt Dich gut fest! Hans!" Tatsächlich scheint die Rettung sich insofern etwas schwierig zu gestalten, als der Wasserspiegel fast sieben Meter unterhalb der Straße liegt.

Aber ein Schauermann klettert beherzt an einem Tauende hinunter und befestigt eine starke Leine kunstgerecht um Brust, Schultern und Arme des Abgestürzten. Und während dieser, nun in einem provisorischen Traggurt hängend, von hilfsbereiten Händen hochgezogen wird, steigt der Retter, gewissenhaft dafür Sorge tragend, daß der gänzlich Ermattete bei dem Hochziehen nicht gegen die Schiffswand oder die Kaimauer schlägt, eine Strickleiter hinauf, die man inzwischen hinabgelassen hat.

Der Gerettete, der sich kaum auf den Füßen halten kann und keines Wortes mächtig ist, starrt fremd und verstört vor sich hin. Da er sich beharrlich weigert, seine durchnäßte Kleidung auf dem Schiffe mit trockener zu vertauschen, setzt man ihn zu den Damen ins Auto. Der Motor springt an, und wie ein nächtlicher Spuk rast der Wagen davon.

Der Nachtwächter kommt in gemessenen Schritten die Rampe entlang. Während er geräuschvoll einen Schlüsselkasten öffnet und die Kontrolluhr bedient, schwanken auf der Straße zwei englische Seeleute vorüber, die über den Durst getunken haben und singen in ihrer Muttersprache ein schwermütiges Lied. Irgendwo brummt ein Ozeanriese, der den Hafen verläßt oder hereinkommt, und von den Kokswerken leuchten die verbrennenden Gase wie eine mächtige Fackel herüber.

Ernst Riediger (Hamburg).

Gehörkranke und elektrisches Hören

In der Ohrenklinik der Universität Jena wurden kürzlich von Dr. R. Perwitzschy sehr interessante Untersuchungen darüber angestellt, in welcher Weise die elektrische Wiedergabe von Tönen und Worten auf Gehörkranke wirkt. Es wurde die überraschende Feststellung gemacht, daß zum elektrischen Hören weder ein intaktes Trommelfell noch die sogenannten Gehörknöchelchen erforderlich sind. Sogar bei Verkalkungen des Gehörorgans, einer nicht seltenen Alterserscheinung, ist die Einwirkung des elektrischen Stroms auf die Schädelknochen nicht ausgeschlossen. In vielen Fällen von Gehörkrankheiten zeigte sich sogar, daß durch das Hören mit dem Schädelknochen der Bereich der gehörten Schwingungen bedeutend erweitert wurde. Besonders der Fall eines Kranken war aufschlußreich, der auf einem Ohr völlig taub war und auf dem anderen eine Hörlücke von drei bis fünf Oktaven aufwies. Durch das elektrische Verfahren war dieser Kranke in der Lage, selbst im Bereich des Hörausfalls sehr deutlich zu hören. Nur bei absolut Tauben blieben die Versuche wirkungslos. In einem Falle freilich schien es, als ob ein Tauber zwar die Sprache nicht verstehen, jedoch die Töne vernehmen konnte.

Radioamateure haben mit ähnlichen Experimenten schon früher entsprechende Beobachtungen machen können. Wenn zwei Personen mit einer Hand je ein Ende des Kabels anfassen, das für den Kopfhörer oder Lautsprecher bestimmt ist, und die eine Person mit der freien Hand gegen das Ohr des Partners drückt, so kann dieser die Sendung hören. Eine sehr merkwürdige Form von elektrischem Hören ohne Membrane, für die man bisher noch keine sichere Erklärung gefunden hat, die aber mit dem oben erwähnten Hören mit dem Schädelknochen sicher in Verbindung zu bringen ist.



Nachdruck verboten. (7. Fortsetzung.)

Als der alte Bremm zu schimpfen anfangen wollte, wurde ihm von allen Seiten Ruhe geboten. Was, schimpfen wollte der noch? Froh sollte er sein, daß die Schommer sich nichts getan hatte bei der Rutschpartie, da hätte er schöne Kurkosten zahlen müssen. Aber freilich, er konnte das ja, er war reich, er hatte seinen Wein ja so gut verkauft! Wieder hob lautes Gelächter an.

Simon Bremm lachte nicht mit, er sah nach dem Alten hin und fühlte, etwas Grausames war in diesem Lachen. Aber der Jakob tat, als höre und sähe er nicht mehr.

Die Kinder, die mit in den Berg gekommen waren, sich da unnütz aufführten, machten's der Schommer nach, sie rutschten unter lautem Gekreisch die Steile hinab; andere haschten sich zwischen den Stöcken. Waren sie hier fortgejagt, tauchten sie dort wieder auf. Als sei der trübgraue säuerliche Traubensaft, den sie naschten, schon goldklarer süßer Wein, so gebärdeten sie sich. Sie torkelten, schrien, kreischten, fielen übereinander und lachten unbändig.

Ob gute oder schlechte Ernte, so war's bei der Lese eigentlich immer — allerlei Späße und Neckereien, verstohlene Küsse hinter schützenden Rebwänden, und Hoffnungen, die, wie die Beeren der Traube am Weinstock, am Himmel der Zukunft hängen. Wem so oft die Krankheit, die das Blatt versehrt, die Traube vertrocknen oder verschimmeln läßt, in den Weinberg gekrochen ist, wem allezeit Frost, Hagel, Bergrutsch über den Hals kommen können, der ist bescheiden. —

Als Simon Bremm in schwarzsinkender Nacht mit seinen beiden Jungen den Traubenbottich in den Kelterraum schaffte, war er für heute zufrieden. Da hörte er plötzlich vom Haus her einen lauten Aufschrei. Er erschrak: was war? Die Frau war allein, die Maria nach Munden, die Kleinen schliefen — war etwas passiert? Er rannte ins Haus. Da stand seine Frau in der Küche und hielt ein Mannsbild umschlungen.

Der Joseph! Hastig fuhr der Vater zurück. Dann tat er doch wieder ein paar Schritte nach vor. Das hatte er nicht erwartet, daß der Junge kam, aber da er nun einmal da war, sollte er auch ihm willkommen sein. Was vordem gewesen war, mochte vergessen sein heute. Er sprach: „Guten Abend!"

Der Joseph, sich von der Mutter losmachend, sagte auch: „'n Abend". Er war gar nicht verlegen, weniger verlegen als der Vater es war.

„Setz dich, setz dich doch", drängte die Mutter und drückte den Sohn auf die Bank nieder. Hier sollte er sitzen, hier, warm und gemütlich wieder an seines Vaters Herd. Sie strahlte. Also ihr Beten hatte geholfen, ihre Sehnsucht, ihr Hoffen waren nicht umsonst gewesen, er war da, er war gekommen! Und hübsch sah er aus und eigentlich besser genährt als sie alle.

Simon Bremms Blick überprüfte des Sohnes Erscheinung. Wenn der Rock, den der Joseph trug, auch wider Erwarten ganz war — er hatte im stillen gefürchtet, er würde den einmal in Lumpen sehen —, so war doch etwas an ihm, was ihm gar nicht gefiel. Es war Verbummeltes an dem Joseph. So sieht kein Mensch aus, der gearbeitet hat. Das Gesicht des Burschen war nicht voller geworden, es war nur aufgedunsen, und die Augen waren nicht so groß und blank mehr, sie waren verquollen — der hatte wohl viel gesoffen? „Wo bist du jetzt? Wat verdienste dir? Und womit?"

„Laß 'n doch erst mal sich setzen, zur Ruh kommen", warf die Mutter schnell ein. „Er is ja kaum hier. Bist sicher arg müd, gelt, Joseph?"

Der Bursche lächelte ein wenig: die Mutter glaubte wohl gar, er wäre zu Fuß gelaufen, so dumm war er doch nicht. Er war hübsch bequem mit der Bahn gefahren, nur das letzte Stück nicht, weil bis hierher ja keine Bahn ging. Er klopfte die Frau auf den schon leicht sich beugenden Rücken: „No, Mutter, wie geht et dir dann?" Für sie hatte er immer etwas übrig gehabt und hatte das auch jetzt noch. „Wie is et dann mit eurem Herbst dies Jahr?"

„Man muß zufrieden sein", sagte Bremm.

Es war Joseph Bremm im Grunde gleichgültig, ob sein Vater zufrieden war oder nicht, aber die Winzer durften nicht zufrieden sein. Es waren ihrer viele im Mosel- und Rheinland, und nur wenn die unzufrieden waren, konnten man auf sie zählen. Er sagte wichtig: „Ihr habt wohl nix gehört? Das Rheinland wird rheinische Republik. Dann wird alles hier anders. Viel besser. Wir kriegen eigene Gesetze. Ihr müßt all dafür sein, dann braucht ihr keine Steuern zu zahlen. Et is ja en Jammer, wie schlecht et euch geht. Die Weinberg fressen euch auf, ihr setzt an die euer Leben. In der ganzen Welt ist eure Arbeit die schwerste, sie is noch schwerer als die im Kohlenrevier. Die haben da auch nix zu lachen, aber die würden sich doch bedanken, mit euch zu tauschen."

„Wir lieben unsere Arbeit", sagte Bremm.

Der Joseph schwatzte weiter: „Aber wat habt ihr davon? Ihr seid ja zu dumm! Geld habt ihr doch nit. Denn was ihr an Geld verdient, dat is ja nix wert. Die Millionen, die Milliarden vom Reich, all die Papierschein sind Dreck, lauter Dreck. Nur das Geld der rheinischen Republik, der rheinische Gulden —"

„So, der is also wat wert", untrbrach Bremm den Sohn. Und nun war sein Ton rauh: „Und wer hat dich so gut eingelernt?" In den Augen des Vaters begann etwas aufzuglimmen.

Der Sohn beachtete das weiter nicht; er war ganz im Eifer. „Der Dorten, der is der richtige Mann für uns. Der steht sich auch gut mit den Franzesen, der —"

„Hängen sollten se den Lump!" Der Mann fuhr plötzlich auf. O Schande, zu denen gehörte der Bengel?! So dumm, wie der grüne Junge sich dachte, war er noch lange nicht, er hatte genug gehört von denen, von denen da! Seine Hand machte eine Bewegung, als wiese er etwas von sich in weite Ferne. „Die sind ja weit schlimmer als die Franzosen. Die sind unsere ärgsten Feind!" Als der Sohn etwas entgegnen wollte, schrie er ihn an: „Halt dein Maul!" Mit großen Schritten stapfte er durch die Küche. Nur blieb er dicht vor dem Burschen stehen, seine Augen bohrten sich dem von ganz nah ins Gesicht: „Und zu solchen Kerlen gehörst du? Du, einer von hier zu Haus, ein Winzersohn — mein Sohn?!"

Unwillkürlich fuhr der Sohn jetzt zurück, er sprang von der Bank auf und lehnte sich gegen die Wand. So hielt er sich wenigstens den Rücken gedeckt, der Alte war ihm ja gefährlich nahe auf den Hals gerückt.

„Joseph, Joseph!" Die Mutter schrie in Angst, sie sah, daß der Sohn die Faust geballt hatte: „Du wirst doch nit deine Hand gegen den Vater erheben?! Mann, Mann!" Sie umklammerte ihren Bremm.

Aber Bremm ließ die Arme schlaff herunterhängen, sie waren ihm auf einmal wie gelähmt: was nutzte es, wenn er den da züchtigte? Der wurde dadurch doch nicht wieder sein Sohn — sie waren und blieben getrennt. Mit einer Stimme, in der zugleich Schmerz wie Empörung waren, sagte er, sich zur Ruhe zwingend: „Wenn du nur dazu hergekommen bist, um mir den Unsinn zu erzählen, hättste wegbleiben sollen. Wir Winzer sind arm, et is uns noch nie sonderlich gut gegangen, aber wir fallen darum vom Reich doch nit ab. Wir werden keine Franzosenknechte."

(Fortsetzung folgt)

Wirtschaft und Gewerkschaft

Preisfragen an den Reichswirtschaftsrat

Die Reichsregierung hat jetzt den Reichswirtschaftsrat in aller Form in die Preissenkungsaktion eingeschaltet. Sie ist nach der Notverordnung nicht dazu verpflichtet; sie will aber den Reichswirtschaftsrat gutachtlich hören und zwar hat sie zu diesem Zweck folgende Fragen ausgearbeitet:

1. Ueberwiegen bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage die volkswirtschaftlichen Nachteile von Preisbindungen deren Vorteile für die Gesamtwirtschaft derart, daß es notwendig erscheint, bis zur Ueberwindung der krisenhaften Zustände auf Preisbindungen jeder Art zu verzichten oder anstelle der Preisbindungen nur unverbindliche Richtpreise zuzulassen? Welche besonderen Gesichtspunkte ergeben sich dabei auf den Gebieten a) der Produktion, einschließlich des Leistungsgewerbes, b) des Großhandels, c) des Einzelhandels? 2. Empfiehlt es sich, soweit eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder nicht möglich ist, a) die Preisbindungen auf solchen Gebieten aufzuheben, auf denen preisgebundene Unternehmungen unter dem Drucke der allgemeinen Wirtschaftslage oder ihrer besonderer Betriebsverhältnisse die festgesetzten Preise unter Umgehung der Bindungen nicht einhalten, b) in einzelnen Fällen die Bindung auf unangemessen hohe (volkswirtschaftlich nicht berechtigte) Preise und Preisspannen aufzuheben? Wie kann das Vorliegen unangemessen hoher Preise im einzelnen Falle zutreffend ermittelt werden? 3. Empfiehlt es sich, soweit eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder nicht möglich ist, die Preisbindung von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe, also z. B. von Angehörigen des Einzelhandels durch Produzenten oder Großhandel aufzuheben? Ist dies insbesondere mit Rücksicht auf die Preisbindung bei sogenannten Markenartikel angezeigt?

Aus der Fragenstellung kann man sich ein Bild über die Absichten der Reichsregierung machen. Sie gibt vor, das bestehende Preisdiktat der Kartelle usw. allgemein durch Richtpreise ersetzen zu wollen. Wir fürchten, daß damit das Kind nur einen anderen Namen bekommt und am Kartellwucher sonst nichts geändert wird. Allem Anschein nach ist es der Regierung mit der allgemeinen Aufhebung von Preisbindungen aber noch nicht einmal ernst; wenigstens kann man das aus der weiteren Fragenstellung vermuten, wonach, falls eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder möglich ist, Preisbindungen nur auf solchen Gebieten aufgehoben werden, wo sie faktisch nicht mehr bestehen. Man hat hier deutlich das Gefühl, daß die Regierung die Verantwortung auf den Reichswirtschaftsrat abwälzen will. Damit würden sich die schwärzesten Befürchtungen, daß die Interessenten im Reichswirtschaftsrat die ganze Aktion totreden, bewahrheiten. Nach dieser Richtung weist auch die andere Frage nach dem Vorliegen von Kartellwucher. Das Material dafür ist doch umfangreich genug. Die Regierung kann hier unmöglich in Verlegenheit kommen. Weshalb wird der Reichswirtschaftsrat in einer dringlichen und eiligen Angelegenheit mit überflüssigen Fragen belästigt? Weshalb verliert man kostbare Zeit? Im übrigen wird der Preiswucherer bei den Markenartikeln in den Mittelpunkt gerückt und es scheint so, als ob man dem Publikum bis zu den Wahlen Theaterdonner vormachen will, ohne die Dinge an der Wurzel des Uebels anzufassen.

Die neue Kartellverordnung - Wird die Tat folgen?

Von Fritz Naphtali

Unter den Notverordnungen Hindenburg-Brüning stellt die verschärfte Kartellverordnung eine Ueberraschung dar. Solange der Reichstag lebte, hat die Regierung sorgsam verschwiegen, daß sie sich die sozialdemokratische Forderung nach Ausgestaltung der Instrumente zur Kontrolle der monopolistischen Machtstellungen in der Wirtschaft zu eigen macht. Wir haben so oft und so eindringlich dargelegt, daß wir Maßnahmen zur Senkung überhöhter Kartell- und Monopolpreise als ein Mittel zur Linderung der Wirtschaftskrise betrachten und daß wir die Kartellverordnung von 1923, die das Schwergewicht der Entscheidung an das dafür ungeeignete Kartellgericht verlegte, für nicht ausreichend halten, um dieses wirtschaftspolische Ziel zu erreichen. Heute können wir mit Genugtuung feststellen, daß die Regierung Brüning diesen von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften seit langem vertretenen Gedanken aufgreift.

Warum aber war zur Zeit der parlamentarischen Regierung von diesem Plan keine Rede? Man hätte doch aus den Parteien, die in der Regierung Brüning vertreten sind, und der Sozialdemokratie sehr gut eine Mehrheit für eine verschärfte Kontrolle erhalten können. Aber man schwieg diskret von diesem Plan. Ob dies ausAngst vor den industriellenInteressenvertretern in den Regierungsparteien geschah oder ob der Gedanke, auf diesem Gebiet etwas zu tun, überhaupt erst ein Produkt der Wahlangst ist, also vor der Auflösung auch nicht verraten werden konnte, mag dahin gestellt bleiben. Wir freuen uns der grundsätzlichen Anerkennung einer von uns vertretenen wirtschaftspolitischen Anschauung in dieser Notverordnung, aber wir können nicht finden, daß der Zweck die Mittel heiligt, d. h. wir können nicht anerkennen, daß die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für den Erlaß einer Verordnung auf Grund des Artikels 48 vorliegen. Wenn ein Gesetzentwurf im Sinne der jetzt erlassenen Verordnungen vorgelegt worden wäre, so hätte die Sozialdemokratie um eine Verbesserung gekämpft — denn die Verordnung ist richtig im Grundgedanken, aber unzulänglich in der Ausführung (es fehlt das unseres Erachtens für die wirksame Durchführung notwendige besondere Kontrollamt, es fehlt der Registerzwang, sie ist nur auf „kann" und nicht auf „muß" gestellt, u. a.) — sie hätte seine Annahme aber sicherlich auch dann unterstützt, wenn nicht alle ihreVerbesserungsvorschläge angenommen worden wären. Denn ein Schritt vorwärts ist uns immer lieber als das fatale Nichtstun auf diesem Gebiete, zu dem sich bisher die bürgerlichen Parteien im Gegensatz zur Sozialdemokratie bekannt haben. Trotz unseres Widerspruchs gegen die Art des Erlasses dieser Verordnung wünschen wir deshalb auch jetzt, daß sie nicht als ein Produkt des Wahltheaters auf dem Papier stehen bleiben, sondern daß sie wirksam werden möge. Die Regierung Brüning muß ihren neuen Glauben auf diesem Gebiet (dessen wir uns als Frucht unserer Propaganda freuen dürfen) durch Taten beweisen. Das würde der deutschen Wirtschaft nützen, die Ueberwindung der Krise, der Massenarbeitslosigkeit erleichtern

Der Schwerpunkt der neuen Verordnung liegt darin, daß die Entscheidung über die Untersagung von Kartellverträgen und Kartellbeschlüssen und die Gewährung des Rücktrittrechts der Parteien von Verträgen, die dem Gemeinwohl abträglich sind, nun ganz in der Hand der Reichsregierung liegt und vom Kartellgericht unabhängig gemacht wird. Dazu tritt die Ermächtigung zu Zollaufhebungen, bzw. Zollherabsetzungen, was in vielen Fällen geeignet sein kann, durch frischen Luftzug der Auslandskonkurrent den Mißbrauch monopolistischer Machtstellung zu verhüten. Auf Grund der Verordnung kann auch gegen die Festsetzung der sehr zahlreichen übermäßigen Preisspannen beim Verkauf von Markenartikeln vorgegangen werden. Weiter ergibt sich die Möglichkeit, gegen lockere Preisverabredungen unter wenigen Unternehmungen oder Konzernen vorzugehen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um formale Kartelle handelt.

Ob mit diesen geschärften Waffen wirksam gegen überhöhte Monopolpreise vorgegangen wird, ist natürlich in erster Linie eine Frage des Willens und der Entschlußkraft der Reichsregierung. In zweiter Linie allerdings auch eine Frage der gründlichen Durchleuchtung und Erkenntnis der wirtschaftlichen Tatbestände. Wenn hier der § 3 der Verordnung als Sollvorschrift (also nicht bindend als Mußvorschrift) die Anhörung der beteiligten Wirtschaftskreise und die gutachtliche Stellungnahme des vorläufigen Reichswirtschaftsrats vorsieht, so kommt es entscheidend darauf an, daß aus dieser Anhörung von „Beteiligten" nicht eine Hemmung wirksamer Schritte durch Interessenten wird. Wir glauben schon, daß die Kartellstelle des Reichswirtschaftsministeriums über zahlreiche Kenntnisse verfügt, auf Grund deren eingeschritten werden könnte. Aber bisher sind diese Kenntnisse immer sehr diskret behandelt worden und deshalb unfruchtbar geblieben. Deshalb glauben wir, daß **auf die Dauer ein besonderes Monopolkontrollamt zur Durchleuchtung der Verhältnisse und zur Vorentscheidung der eingreifenden Regierungshandlungen, ein Amt, in dem neben den Beamten die Vertreter der Wirtschaft aus dem Unternehmer- und dem Arbeiterlager, aus den Produzenten- und den Konsumentenorganisationen mitwirken, unentbehrlich sein wird.**

Wen die Reichsregierung nicht nur in den Wahlwochen, sondern dauernd die scharfe Bekämpfung monopolistischer Preisstellungen als eine entscheidende Frage der deutschen Wirtschaftspolitik ansieht, dann müßte sie folgerichtig die Wahlparole ausgeben: **Wählt am 14. September Liste 1. (Sozialdemokraten).** Denn die Sozialdemokratie ist die einzige zuverlässige, vom Einfluß, von Kartellinteressenten freie Partei, die stets für die Durchführung ihrer Forderung einer scharfen Kontrolle gegen private Monopole zugunsten der Gesamtwirtschaft eintreten wird. Soviel Konsequenz erwarten wir allerdings von der Regierung Brüning nicht. Aber wir hoffen, daß sie mit der grundsätzlichen Uebernahme unserer Monopolkontrollforderung in ihr Verordnungswerk dazu beigetragen hat, den Wählern die Augen zu öffnen. Für Gemeinwirtschaftspolitik gegen Interessentenwucher, das bedeutet am Wahltag: Für die Sozialdemokratie gegen den Besitzbürgerblock!

Noch keine Syndikatsbildung der Kaltwalzwerke

Vor einigen Tagen tagte in Hohenlimburg die Mitgliederversammlung der Konvention der Kaltwalzwerke. Man berichtete über die Syndikatsbestrebungen in der Konvention der Kaltwalzwerksindustrie. Danach scheint die Außenseiterfrage, bisher die Hauptschwierigkeit, beseitigt zu sein. Nur einige Fragen stehen noch zur Erörterung, mit denen sich ein Erneuerungsausschuß befassen wird. Ein genauer Termin zur Gründung des Syndikats ist noch nicht festgesetzt. Für den Zusammenschluß kommen 70 Firmen in Frage, die in der Größe ihrer Betriebe sehr verschieden sind.

Vorläufig keine Benzinpreiserhöhung

Wie wir hören, haben die großen Benzinimport-Gesellschaften sich entschlossen, den Preis für Benzin und ihre anderen Betriebsstoffe, der durch den Spiritus-Uebernahmezwang ab 1. August eine neue Belastung um schätzungsweise 1½ Pfg. je Liter erfährt, vorläufig nicht zu erhöhen. Bei Abnahme von unverzolltem Benzin wird dem Empfänger als Abgeltung des Spiritusübernahmezwanges eine Vergütung gewährt werden.

Steigende Nachfrage auf dem Eilenexportmarkt

Die Vereinigten Stahlwerke bekamen große Rußlandaufträge.

Wie die „Bergwerksztg." erfährt, ist das Eisen-Auslandsgeschäft in den letzten Tagen lebhafter geworden Spezifikationen seien „sehr gut" eingegangen. Offenbar sei der Handel der Auffassung, daß mit einem weiteren Sinken nicht zu rechnen sei. Die Vereinigten Stahlwerke hätten große Russen-Aufträge erhalten.

Der Export der nordamerikanischen Autoindustrie

ist in den ersten 5 Monaten des Jahres 1930 um 42 Prozent zurückgegangen. Das entspricht einer Verminderung der Ausfuhr von etwa 300 Millionen Dollar in derselben Zeit des Vorjahres auf 175 Millionen. Die Belieferung der ausländischen Montagewerkstätten verminderte sich von 8,6 auf 5,6 Mill. Dollar.

Die Riesengewinne des Siemenskonzerns

Der Siemens-Konzern will die Angestellten-Gehälter um 20 Prozent kürzen. Angesichts der brutalen Schonungslosigkeit des führenden Elektrokonzerns soll daran erinnert werden, daß diese Firma zu denen gehört, die die größten Gewinne in Deutschland machten und über die größten Reserven verfügen. Vor der deutschen Oeffentlichkeit wurden diese Gewinne verheimlicht. Der Siemens-Konzern verteilte im letzten Jahr eine Dividende von „nur" 14 Prozent. Als er aber im Anfang dieses Jahres in Amerika eine 150 Millionen-Mark-Anleihe für die Erweiterung seiner Geschäfte aufnahm, war er, **um die Zeichner der Anleihe anzulocken, in Bezug auf seine Gewinne etwas mitteilsamer und gab für das letzte Geschäftsjahr einen Reingewinn an, der, wie im Prospekt steht, 44½ Prozent des Aktienkapitals ausmacht.** Die Handelspresse war einig darin, daß auch noch diese Angabe den Reingewinn stark unter seiner wirklichen Höhe zeigte, was auch schon dadurch hervorgeht, daß der im amerikanischen Prospekt ausgewiesene Reingewinn von 45 Millionen Mark nicht die Gewinne, sondern nur die Dividenden wichtiger Tochtergesellschaften, wie Osram und Siemens-Bau-Union enthielt. Allgemein wurde darauf hingewiesen, daß der Siemens-Konzern wie kaum ein anderer „Selbstfinanzierung" betrieb, d. h. gewaltige Neuanlagen aus laufenden Gewinnen errichtete. Diese Uebergewinne stammen, wie ebenfalls allgemein bekannt ist, von überhöhten Preisen, die der Siemens-Konzern der Reichspost berechnet. Gelegentlich der jüngsten Angriffe gegen den Siemens-Konzern wegen der Ausbeutung der Reichspost, verteidigte sich dieser damit, daß im Auslandsgeschäft die Herabsetzung der Preise aus Konkurrenzgründen unvermeidlich ist und daß er der Reichspost von den niedrigeren Auslandspreisen jeweils Mitteilung machte. Wohlweislich verschwieg aber die Siemensleitung, daß sie auch die inländischen Bezieher zu erheblich niedrigeren Preisen beliefert wie die Reichspost. Dieser Konzern, der sich auf Kosten des Staates bereichert, benützt nun die erste Gelegenheit, seine Angestellten abzubauen und, da sie heute keine Anstellung erhalten können, dem Elend preiszugeben.

Lohnabbau auch in der Schuhindustrie

Auch in der Schuhindustrie möchten die Unternehmer einen Lohnabbau vornehmen, obwohl die Löhne der Schuhmacher erst vor nicht langer Zeit aufgebessert werden mußten, weil eine Erhöhung dringend notwendig war. So wurde auf der Jahrestagung des Reichsverbandes der deutschen Schuhindustrie bei Erörterung der Tariffrage darauf hingewiesen, daß der Großhandelsindex für Schuhwerk von 1928 bis April 1930 um 16 Prozent zurückgegangen, der tarifliche Mindeststundenlohn für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse 1 dagegen um 9,2 Prozent gestiegen sei. Die Steigerung der Tariflöhne sei eingetreten, obwohl inzwischen der Lebenshaltungsindex um rund 3 Prozent zurückgegangen sei. Durch diesen Rückgang des Lebenshaltungsindex habe die Kaufkraft des Lohnes des Schuhfabrikarbeiters noch eine Erhöhung über die nominelle Lohnaufbesserung hinaus erfahren. Der starke Preisrückgang der Schuherzeugnisse berechtige somit zu der Forderung einer Lohnsenkung.

Ein höchst einfaches Rezept: der Preis ist zurückgegangen, also muß der Lohn herunter! Daß bei der Preisbildung noch einige andere Faktoren als der Lohn mitspielen, scheint den Schuhfabrikanten gar nicht mehr geläufig zu sein. Wie stehts mit dem Häute- und Lederpreis? Um wieviel haben die Preise durch die Zinsverbilligung nachgegeben? Um wieviel durch die Rationalisierungsmaßnahmen, die gerade in der Schuhindustrie sehr scharf durchgeführt wurden?

Im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier
(Mähren)

wollen die Grubenbesitzer die Löhne künftig nicht mehr 14tägig, sondern monatlich auszahlen. Die Arbeiter wehren sich gegen diese schädigende Maßnahme und drohen für den Fall ihrer Verwirklichung mit einem Proteststreik.

Deutsche Ingenieure und Arbeiter für Sowjetrußland.

Wie die „Prawda" mitteilt, hat die Leitung der Bundesvereinigung der Stahl- und Eisenindustrie, „Stalj", 200 deutsche Ingenieure und 1000 hochqualifizierte deutsche Arbeiter für Arbeiten in den Stahl- und Eisenwerken der Sowjetunion verpflichtet.

Die Lage des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten

wird vom Bundesarbeitsdepartement nach wie vor pessimistisch beurteilt. Es lehnt die Berechnung des Zensurs-Büros, wonach die Arbeitslosigkeit 2 Prozent der Gesamtbevölkerung betrage, mit dem Hinweis ab, daß ja die arbeitende Bevölkerung bereits 40 Proz. der Gesamtbevölkerung ausmache. Auch der Wert der von Haus zu Haus veranstalteten Rundfrage nach dem Umfang der Arbeitslosigkeit in den Familien wird als recht problematisch bezeichnet.

Das Arbeitsdepartement hat im übrigen jetzt zum ersten Mal das Sinken des Lohnniveaus zugestanden. Nach seinen Mitteilungen fielen die Industrielöhne zwischen Mai 1929 und Mai 1930 im Durchschnitt um 5 Prozent — eine Berechnung, die angesichts der Feststellungen des Arbeitskommissariats des Staates Neuyork als sehr vorsichtig anzusehen ist. Im amerikanischen Textilgewerbe fielen z. B. die Löhne um mehr als 10 Prozent, in den Stahl-, Eisen- und Automobilindustrien um mindestens 7 Prozent.

„Arbeitslose sind Faulenzer"

sagt ein kommunistischer Abgeordneter

Die Kommunisten haben die Erwerbslosen, an deren rechtlicher Sicherung ihnen nichts liegt, auf schamlose Weise verhetzt. Forderungen, deren Durchsetzung unter den gegebenen Verhältnissen von vornherein unmöglich ist, dienten ihnen dazu, die Führer der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften zu verleumden. Bis in die Reihen der organisierten Arbeiter haben sie die Zwietracht zu tragen versucht. Und indem sie die unorganisierten Arbeiter gegen die organisierten ausspielten, haben sie die

Kampfkraft der Arbeiterklasse immer wieder geschwächt.

Das alles zu einer Zeit, in der das Bürgertum alle Kraft zusammennahm, die sozialen Schutzeinrichtungen im Namen der „Wirtschaft" abzubauen.

Das einzige Argument der Kommunisten war Sowjetrußland. Ihre Berichte überboten sich in den Schilderungen der glücklichen Lage der russischen Arbeiter.

Nunmehr ist es einem der Jünger Moskaus passiert, das wahre Gesicht kommunistischer Erwerbslosen-„Fürsorge" zu enthüllen. In einer Weise zu enthüllen, die ihm sicherlich von seinen Auftraggebern allerlei Unannehmlichkeiten einbringen wird.

Im sächsischen Landtag hat am 23. Juli der kommunistische Abgeordnete Siegel auf eine sozialdemokratische Anfrage, woher denn in Rußland die amtlich zugegebenen 3 Millionen Arbeitslose kämen, gesagt: „Das sind geborene Faulenzer."

Das Argument der Scharfmacher

Mit diesem Argument haben die Scharfmacher übelster Sorte ihre Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung zu beschönigen versucht. Gegen diesen Vorwurf hat sich die Arbeiterschaft entrüstet verwahrt.

Den Kommunisten, der „einzigsten Arbeiterpartei", ist es vorbehalten geblieben, diese

Beschimpfung der Arbeitslosen

zu wiederholen. Es wird sicher nicht lange dauern und die Arbeitgeber werden sich auf das Zeugnis der Kommunisten berufen. Die Arbeiter werden nicht vergessen, wer dieses bodenlos falsche „Argument" gegen sie geliefert hat.

*

Parolen — aber keine Hilfe!

In einer, aber auch nur in dieser Hinsicht ist der Kampf der Kommunisten erfolgreich: In der Erfindung immer neuer Parolen. „Aktionsausschüsse", Hungermärsche", „Stempelstellenversammlungen", so heißen einige der neuen kommunistischen Taten „für" die Erwerbslosen. In Wirklichkeit sind das alles nur Täuschungsmanöver, die den Erwerbslosen die verfehlten politischen Spekulationen mit immer neuen Phrasen verdecken sollen.

Statt Erwerbslosenhilfe Sturm auf sozialdemokratische Zeitungen.

Wie überall im Reiche hatten auch in Leipzig die Kommunisten zu einem „Hungermarsch" aufgerufen. Einige kleinere Trupps Arbeitsloser marschierten ziellos durch die Straßen. Die Führer sahen sich dies Schauspiel von weitem mit an.

Als schließlich die sich so irregeführten Arbeitslosen betrogen sahen, wußten sie nichts Besseres zu tun, als nach dem Gebäude der „Leipziger Volkszeitung" zu ziehen und dort die Parole ihrer Führer: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft! bei den Sozialdemokraten anzuwenden. Sämtliche Fensterscheiben wurden das Opfer dieser „revolutionären" Aktion. So also wirken sich die kommunistischen Demonstrationsparolen aus.

Auf dieses Ergebnis können die verantwortlichen Führer wahrhaftig stolz sein.

Und das Ende?

Zeitungsnotiz: „Das hiesige Berufungsgericht verhandelte am Freitag nochmals gegen die Arbeiter A., B., C., D. wegen Landfriedensbruch, Beamtennötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Delikte bezogen sich auf eine kommunistische „Erwerbslosendemonstration". Die Angeklagten waren früher zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Berufungsgericht hielt das erste Urteil aufrecht."

Das ist der Leidensweg der durch die kommunistischen Phrasen irregeführten Arbeiter. Statt sich einzureihen in die

Kampffront der Sozialdemokraten,

laufen sie den verzweifelten Parolen der KPD. nach. Die Führer, unfähig und gar nicht gewillt, den Arbeitslosen wirklich zu helfen, schlagen aus den Arbeitslosen Kapital für ihre verantwortungslose Politik. Bei den Demonstrationen lassen sich die großen Maulhelden kaum sehen. Die Arbeitslosen müssen dann in den Gefängnissen für die

Wahnsinnsparolen hemmungsloser Hetzer

büßen. Das ist das Ende kommunistischer Erwerbslosen-„Hilfe".

Bolschewistische Eigenarten

Theorie zur Erwerbslosenverwertung

Es gibt scheinbar keine Partei und keine Gruppe, die mehr bereit ist, den Erwerbslosen praktisch und sofort zu helfen, als die deutsche Spielart des Bolschewismus. Im Anträge-Stellen, Aufrufe-Fabrizieren, Resolutionen-Verfassen, Versammlungen-Abhalten usw. wird der Anschein äußerster Aktivität im Interesse der Erwerbslosen erweckt.

Blüten dieser Politik.

In Creisfeld delegierten auf Veranlassung des kommunistischen Ausschusses Erwerbslose einen gewissen Rothe zu einem Erwerbslosen-Kongreß. Die kommunistische Presse selbst mußte mitteilen, daß er das Geld in Vergnügungslokalen, ohne sich um den Kongreß zu kümmern, verjubelte.

Auch die oberen Instanzen der KPD. beweisen wieder und wieder, daß ihnen das Schicksal der Erwerbslosen persönlich höchst gleichgültig ist. In Erfurt z. B. ging der kommunistische Führer und Landtagsabgeordnete Heilmann seelenruhig als „harmloser Bürger" auf dem Bürgersteig, während die Erwerbslosen, die auf seine Veranlassung gegen die Polizei demonstrierten, die Zeche bezahlen mußten.

So ist es fast kein Wunder mehr, wenn, wie es in einer sächsischen Stadt vorkam, nach Zusammenstößen zwischen Erwerbslosen und Stahlhelmern ein kommunistisches Parteimitglied zur Polizei lief, um die an dem Zusammenstoß beteiligten Erwerbslosen gegen Belohnung zu verraten.

Die Lehren für die Erwerbslosen

Diese Politik des Maulaufreißens kann unter keinen Umständen den Erwerbslosen sofort oder in Zukunft helfen. Es ist leicht, Resolutionen zu verfassen und noch leichter, Hunderte von Erwerbslosen ins Gefängnis werfen zu lassen, aber schwer, wirklich und materiell greifbar zu helfen.

Trotz aller Schwierigkeiten ist es den sozialdemokratischen Vertretern im Reich, in den Ländern und den Kommunen gelungen, teilweise recht bedeutende Hilfe zu leisten. Je mehr die Erwerbslosen einsehen, daß ihnen nur von den mit ihnen schicksalsverbundenen Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geholfen werden kann, um so mehr werden Partei und Gewerkschaften auch für die Erwerbslosen trotz aller Widerstände herausholen können.



Erwerbslosen Tribüne

Informations ORGAN für Erwerbslose

14. September: Sozialdemokraten!

Und wenn du noch so heftig redest . . .

„Und wenn du noch so heftig redest, meine Suppe wird **davon nicht fett**," — antwortete jüngst ein Arbeitsloser jenem Kommunisten, der zum hundertsten Male seine Schlagwortsammlung wiederkaute.

Gilt für die Kommunistische **Partei** nicht in erhöhtem Maße, was diesem einen Kommunisten mit Recht nachgesagt wird?

Seit mehr als zehn Jahren schwätzt die KPD., ein Ozean von Worten, hohl und blöd, ist losgelassen.

Seit mehr als zehn Jahren haben die Rotationsmaschinen der Kommunisten Berge von papiernen Resolutionen und Thesen ausgespien.

Seit mehr als zehn Jahren hat die jeweilige Leitung dieser Partei Versprechungen gegeben und gebrochen, Beschlüsse gefaßt und umgestoßen, Anträge gestellt und fallen gelassen, Führer erkoren und als Verräter entlarvt.

Sie macht Wendungen nach links und Wendungen nach rechts, nach hinten und nach vorn.

Nur **eines** hat sie bei all ihrer Geschäftigkeit vergessen:

den Arbeitenden und den Arbeitslosen auch nur ein einzigmal wirklich zu helfen!

All das Geschrei und Gedröhn, der Zank und die Verleumdung, sie haben **keinem** Arbeitslosen die Suppe fett gemacht.

Was aber nützen Komitees und Erwerbslosentage, was Hungermärsche, was Protestaktionen, was „revolutionäre" Phrasen, wenn damit in zehn Jahren die Not der Arbeitslosen eher **verschlechtert** denn verbessert, die Arbeit eher **verringert** denn vermehrt wird?

*

Die Kommunisten in Deutschland haben **nichts** für die Arbeitslosen getan. Kaum anders treiben sie's in **jenem** Staat, den sie beherrschen: in **Sowjetrußland.** Erwerbslose Sowjetbürger sind zehnmal **schlechter** daran denn deutsche, für die die deutsche **Sozialdemokratie** ihre **ganze Kraft** einsetzt.

Was in Deutschland an sozialen Einrichtungen geschaffen ist — es steht in der Welt einzig da —, ist von Sozialdemokraten veranlaßt und mit Sozialdemokraten durchgeführt. Was auch im Kampf gegen die kapitalistischen Parteien errungen wurde, es mußte **ohne,** ja **gegen** die Kommunisten geschehen.



Wahrhaftig, wir sind noch **nicht** zufrieden mit dem, was wir für die Arbeitslosen, gegen die Erwerbslosigkeit und für die Arbeitsbeschaffung bisher **tun konnten.** Gewiß ist es **mehr** als in **jedem** anderen Staat Europas, und weitaus mehr als in Sowjetrußland, aber immer noch ist es ungenügend.

Millionen Menschen leiden und hungern, werden körperlich und seelisch zermürbt. Millionen Einzelschicksale, Millionen von Einzeltragödien klagen an und fordern. Millionen, von denen jeder einzelne Elend genug erleidet, um eine **Welt** zur **Empörung** und zur **Hilfe** zu **veranlassen** . . . wenn diese Welt nicht so roh, nicht so erbarmungslos und so gleichgültig wäre, mit einem **Achselzucken** oder einer **Phrase** daran vorbeizugehen.

Wir Sozialdemokraten aber wollen, daß dieses Elend **gehört,** und daß es **beseitigt** wird. Wir führen seit Jahren einen erbitterten und verzweifelten

Kampf um jeden Pfennig Arbeitslosen-Unterstützung, um jeden Baustein, der Arbeit bedeutet.

Wir führen diesen Kampf gegen das reaktionäre Bürgertum, dem diese Notzeit geeignet scheint, mit frecher Hand die Aermsten zu plündern. Das sich nicht schämt, den Hunger und das Elend zu beschimpfen und zu verhöhnen.

Wir müssen leider auch kämpfen gegen die **Kommunisten,** denen die Erwerbslosen nicht mehr sind, denn Schachfiguren und Werkzeuge ihrer Demagogie und skrupellosen Agitation. Die sich nicht scheuen, **mit** den Reaktionären **gegen** die **wirklichen** Interessen der Arbeitslosen zu kämpfen. Die die Stirn haben, Erwerbslose „Faulenzer" zu nennen.

Es ist leicht, starke Worte zu machen, Gutgläubige zu betören und Verzweifelte zu täuschen. Aber lindert man damit Not, schafft das Arbeit?

Die 152 Sozialdemokraten haben im jetzt aufgelösten Reichstag gegen 340 Gegner, die zugleich Feinde der Erwerbslosen sind, gekämpft. Sie haben gegen diese Uebermacht die Rechte der Erwerbslosen wie die aller Werktätigen nach Kräften verteidigt. Sie werden weiter ihr Aeußerstes tun.

Aber notwendig ist, daß ihnen Hilfe wird. **Dieser nächste Reichstag, dessen Gesicht der 14. September bestimmt, muß anders aussehen. Es dürfen nicht mehr nur 152 gegen 340 stehen! Das Volk, jeder einzelne, muß sich besinnen. Diesmal muß Schluß gemacht werden mit dem reaktionären Klüngel:**

Gebt uns die Mehrheit!
Wählt Sozialdemokraten!

„Die Kommunisten stimmten heute mit den Nationalsozialisten und Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion gemeinsam gegen die Arbeitslosenversicherung!“

Zeitungsbericht, 7. 7. 1927.

Im Jahre 1927 hat der damalige Arbeitsminister Brauns dem Reichstag ein Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung überreicht.

Die Verbesserungsvorschläge der Sozialdemokraten

Die Sozialdemokratie, die zu dem Bürgerblock-Kabinett, dem Brauns angehörte, in Opposition stand, hat gleichwohl an den Beratungen im Reichstag lebhaften Anteil genommen und versucht, das Gesetz für die Arbeiterschaft erträglich zu machen. Natürlich stieß sie dabei auf den energischen Widerstand aller bürgerlichen Parteien, denen die Vorlage schon viel zu weit ging. Sie fürchteten von einer umfassenden Regelung des

Rechtes der Arbeitslosen auf Unterstützung

eine Behinderung ihres „Herrn-im-Hause“-Standpunktes. Bei allen Gelegenheiten haben die Vertreter der Sozialdemokratie betont, daß das Gesetz längst nicht allen Ansprüchen genüge, die die Arbeiterschaft angesichts der wachsenden Not der Erwerbslosen stellen müsse.

Die Haltung der Kommunisten

Eine merkwürdige Rolle haben auch in diesem Fall die Kommunisten gespielt. Diese Partei, die Arbeiterinteressen vertreten will und bei jedem Schritt auf ihrem verhängnisvollen Wege Arbeiterinteressen zertritt, ist ihrer alten Praxis treu geblieben. Während sie draußen im Lande sich so gebärdete, als sei sie die einzige Partei, die die Interessen der Erwerbslosen wahrnimmt, hat sie auf die Gelegenheit zu praktischer Mitarbeit völlig verzichtet.

Die Sozialdemokratie kämpfte unermüdlich dafür, daß aus dem Gesetz alle Vorschriften verschwanden, die für die Arbeitslosen von Nachteil werden konnten. Und sie versuchte mehrfach mit Erfolg, dafür Ergänzungen durchzubringen, die das Gesetz zu einer wirksamen Waffe im Kampf um die Existenzsicherung der unfreiwillig arbeitslos Gewordenen machen. In der gleichen Zeit vergnügten sich die kommunistischen Abgeordneten damit, Anträge zu stellen, deren Durchsetzung unter den gegebenen Umständen von vornherein völlig aussichtslos war.

Die Kommunisten ließen es in der Regel genug sein, den „Arbeiterverrat“ und den „Opportunismus“ der Sozialdemokraten anzuprangern und in „revolutionärer“ Entrüstung auf eine praktische Mitarbeit überhaupt zu verzichten. So stimmten sie schließlich auch

gegen das Gesetz,

das ihr Sprecher als „eines der reaktionärsten Gesetze, als ein Klassengesetz übelster Art“ bezeichnete, zusammen mit den Nazis und einem Teil der Deutschnationalen — eine passende Gemeinschaft.

Der Gegenstoß der Reaktion

Die ständige Zunahme der Arbeitslosigkeit hat der Arbeiterschaft bewiesen, welch wichtiges Instrument die Arbeitslosenversicherung trotz aller Mängel ist.

Die anwachsende Arbeitslosigkeit brachte jedoch die Reichsanstalt in große finanzielle Schwierigkeiten, die nur durch schnelles Eingreifen des Reiches unter der

Regierung Hermann Müller

behoben werden konnte. Das gab den Gegnern der Arbeitslosenversicherung sehr willkommene Gelegenheit, die Angriffe auf die Versicherung mit aller Macht wieder aufzunehmen.

Dadurch war die soziale Einrichtung bedroht, die angesichts der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeiterschaft vielleicht die wichtigste war.

Die Sozialdemokratie hat demgegenüber mit aller Schärfe erklärt, daß sie jeden Leistungsabbau auf das äußerste bekämpfen würde. Und sie hat diesen Worten die Tat folgen lassen. Nach wochenlangen Kämpfen ist es gelungen, die Angriffe der Bürgerlichen abzuwehren.

Sozialdemokraten schufen

Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten waren es, die nach der Revolution zum ersten Male in Deutschland eine

staatliche Unterstützung der Arbeitslosen

einführten.

Unter dem Druck der Sozialdemokratie gelang es 1927, die alte Forderung der Gewerkschaften und damit der Partei nach einer

Arbeitslosenversicherung

zu erfüllen. Jeder Arbeiter und Angestellte wurde gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die Prüfung der Bedürftigkeit fiel fort.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz von 1927 ist ein

Kernstück deutscher Sozialpolitik.

Es ist ein wichtiger Fortschritt, obwohl bei weitem nicht alle sozialdemokratischen Forderungen berücksichtigt wurden.

Den Unternehmern jedoch war selbst dieser Teilfortschritt zuviel. Sie führten eine anderthalbjährige beispiellose Kampagne gegen die Versicherung, die in den Verschlechterungsanträgen der bürgerlichen Parteien im Herbst 1929 gipfelten.

Die Sozialdemokraten haben diese Verschlechterungen in allen wesentlichen Punkten abgewehrt. Sie haben darüber hinaus trotz der bürgerlichen Mehrheit noch wesentliche Verbesserungen erreicht:

Die Sozialdemokratie hat im Herbst 1929 den Meldezwang der Unternehmer, die Erweiterung der Versicherungspflicht für die Lehrlinge und für die Anrechnung der Sozialrente eine Freigrenze durchgesetzt!

Das Bürgertum hat in diesem Jahr seinen Angriff auf die Arbeitslosenversicherung in verstärkter Form wiederholt.

Der neue Reichstag muß eine verstärkte Sozialdemokratie aufweisen, wenn nicht der Wille der Reaktionäre durchdringen soll!

Die „Tätigkeit“ der KPD.

Auch diesmal jedoch, als wahrlich jeder einsehen mußte, daß alle Kräfte zusammengenommen werden mußten, um dem Angriff der Unternehmer wirksam zu begegnen, haben die

Kommunisten auf jede positive Arbeit verzichtet.

Zwar haben sie sich die Blamage nicht ersparen können, jetzt mit ebenso lautem Geschrei und ebenso blöden Phrasen das Gesetz zu verteidigen, das gleiche Gesetz, das sie früher als eines der reaktionärsten, als ein Klassengesetz bezeichneten — wirklich gelernt haben sie aber aus dieser Blamage nichts. Sie haben sich wie im Jahre 1927 auf Agitationsreden beschränkt, lächerliche Anträge gestellt und gegen sozialdemokratische Verbesserungsanträge gestimmt.

Wieder haben sie mit den bürgerlichen, schwerkapitalistischen Parteien und den Nazis in einer Front gestanden, als es sich darum handelte, die Organisation der Versicherung zu verbessern und so zu gestalten, daß sie nicht immer den Angriffen des Unternehmertums ausgeliefert sei. So wurde die Einbeziehung der leitenden Angestellten in die Versicherungspflicht, wodurch die Leistungsfähigkeit der Versicherung natürlich gesteigert wird, gegen die Kommunisten beschlossen. Ebenso haben die sonderbaren Arbeitervertreter gegen einen Antrag gestimmt, der die Lehrlinge ein Jahr vor Beendigung der Lehrzeit in die Versicherung hineinnimmt. Durch diese Maßnahme sollen Lehrlinge, wenn sie bald nach Ablauf der Lehrzeit entlassen werden, in den Genuß der Unterstützung kommen. Die dadurch bewirkte Verminderung der Zahl der Jugendlichen, die der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen, ist den Kommunisten, die verzweifelte unreife Mitläufer brauchen, natürlich sehr unangenehm.

So sollen die Erwerbslosen mißbraucht werden

Einen deutlichen Beweis für die Schamlosigkeit, mit der Arbeiterinteressen dem kommunistischen Parteigeschäft geopfert werden, liefert eine Anweisung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, die im Herbst 1929 erging. Darin wird aufgefordert, Forderungen aufzustellen, die so formuliert sein müssen, „daß sie von den Betroffenen als möglich und durchführbar angesehen werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie ... annehmbar sind oder nicht“. Den Fabrikanten solcher Parolen ist also genau bekannt, daß ihre Forderungen unmöglich durchzusetzen sind, aber sie brauchen billigen Agitationsstoff, weil ihnen gute Argumente fehlen.

„Wir haben ein besonderes politisches Interesse daran, den Notstand,

der in diesem Jahre früher als sonst verschärft in den Vordergrund tritt,

energisch auszunutzen,“

so geht es in dem Rundschreiben weiter, und das erklärt alles.

Das Verhalten der kommunistischen Abgeordneten hat der Arbeiterschaft schon viel Schaden eingebracht. Wohl niemals war die Rolle, die sie gespielt haben, verbrecherischer als im Kampf um die Arbeitslosenversicherung. Vielleicht fühlen sie sich gerechtfertigt, wenn sie von sich mit vollem Recht sagen können, daß sie sich selbst treu geblieben sind. Sie haben auch in diesem Zusammenhang die Rolle gespielt, die ihnen das Bürgertum zugewiesen hat,

„Pfahl im Fleisch der Sozialdemokratie“

zu sein. Die Arbeiterschaft, die auf die Taten und nicht auf das Maul sieht, wird ihnen die Antwort darauf **am 14. September** nicht schuldig bleiben.



Sowjetrußland befindet sich, wenn man den Versicherungen der KPD. glauben soll, in einem mächtigen wirtschaftlichen Aufschwung. Die deutschen Kommunisten weisen immer wieder auf Rußland als „das Vaterland der Arbeiter“ hin, daß in allen sozialen Einrichtungen den übrigen Ländern ein Vorbild sein könne. Stimmt das?

Die Theorie

Im Frühjahr dieses Jahres führte die Kommunistische Internationale eine große Erwerbslosenaktion durch. Die Komintern erließ einen Aufruf, der in folgenden Forderungen gipfelte:

Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit in voller Lohnhöhe.

Das klingt verlockend. Wie wenig die Kommunisten selbst jedoch diese Forderung ernst nehmen, zeigt die Praxis des Landes, in dem sie seit über zwölf Jahren unumschränkt herrschen: Sowjetrußland. Hier, wo sie am ehesten Gelegenheit hätten, ihre Forderungen zu verwirklichen und ein Beispiel zu geben, sieht es schlimmer aus, als in manchem anderen europäischen Lande. Viel schlimmer jedenfalls als in Deutschland, obwohl die deutschen Kommunisten sich nicht genug tun können in der Herabsetzung der von der Sozialdemokratie geschaffenen Arbeitslosenversicherung.

Viel Arbeitslose, aber keine Arbeitslosenversicherung!

Trotz der wesentlich geringeren Beschäftigtenzahl der russischen Industrie

Rußland: 12 Millionen, Deutschland: 23½ Millionen Beschäftigte

weist Rußland mindestens soviel Erwerbslose auf wie Deutschland. Zwar werden sehr viel weniger Arbeitslose „registriert“, das heißt: für Arbeitsvermittlung und Unterstützung vorgesehen, die Wahrheit jedoch ist, daß in Rußland zurzeit etwa

3 Millionen Arbeitslose

vorhanden sind. Dazu kommt noch die gar nicht feststellbare, stets wechselnde Arbeitslosigkeit auf dem Lande.

Rund 3 Millionen Arbeitslose, und diese Zahl ist noch ständig im Steigen! Während in Deutschland gegenwärtig etwa 11,5 Proz. der Erwerbstätigen ohne Arbeit sind, weist Rußland reichlich 25 Proz. Arbeitslose auf.

Trotz dieser hohen Erwerbslosenzahlen kann von einer Arbeitslosenversicherung in Rußland nicht die Rede sein. In jedem einzelnen Falle wird die Bedürftigkeit des Arbeitslosen sehr streng geprüft, so daß eigentlich nur eine Arbeitslosenfürsorge übrig bleibt.

Wer erhält in Rußland Unterstützung?

Arbeitslosenunterstützung kann in Rußland nur der erhalten, der früher beschäftigt war und bei der Arbeitsbörse oder in Orten, wo diese nicht besteht, in der Gewerkschaft registriert ist. Es ist aber nicht so einfach, sich registrieren zu lassen oder der Gewerkschaft beizutreten und damit in den Genuß der Unterstützungsberechtigung zu kommen. Zahlreichen Gruppen von Arbeitslosen wird einfach die Registrierung als Arbeitsuchende verweigert. Die Gewerkschaften nehmen nur solche Leute auf, die schon in Arbeit gestanden haben. Damit wird also ganz bewußt Zehntausenden die Möglichkeit genommen, jemals Unterstützung zu bekommen.

Sozialdemokraten schufen

Es waren die sozialdemokratischen Volksbeauftragten, die in den Revolutionstagen in Deutschland eine

Unterstützung der Kurzarbeiter

neu einführten!

Die Sozialdemokraten erreichten bei der Schaffung der Arbeitslosenversicherung 1927, auch die Kurzarbeiter einzubeziehen.

Auch die

Krisenunterstützung

wurde durch die sozialdemokratischen Volksbeauftragten in Deutschland eingeführt.

Und dem sozialdemokratischen Einfluß ist zu danken, daß die Empfänger von Krisenunterstützung im Jahre 1927 ebenfalls in das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung einbezogen wurden.

Weiter waren es die Sozialdemokraten, die die Verlängerung der Unterstützungsdauer durchgesetzt haben.

Durch die Maßnahmen der ersten sozialdemokratischen Regierung wurde die öffentliche Fürsorge ihres Armencharakters entkleidet.

Das ist besonders wichtig in einer Zeit wie heute, in der die öffentliche Fürsorge durch die riesengroße Zahl der

Wohlfahrtserwerbslosen

großen Umfang angenommen hat.

Die Sozialdemokraten haben auch hier versucht, zu helfen. Sie haben beantragt, die

Krisenunterstützung auch auf die Wohlfahrtserwerbslosen auszudehnen.

Der jetzige Bürgerblock jedoch hat diese Forderung abgelehnt!

Jetzt liegt die Entscheidung bei den Wählern!

Klasseneinteilung

Aber auch bei denen, die wirklich Unterstützung bekommen, wird noch verschieden gewertet. Ungelernte Arbeiter, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, müssen mindestens ein Jahr gearbeitet haben, ehe sie Unterstützung beanspruchen können. Für nichtorganisierte Arbeiter beträgt diese Zeit 3 Jahre. Organisierte Angestellte müssen ebenfalls 3 Jahre und nichtorganisierte Angestellte sogar

5 Jahre warten,

ehe sie Unterstützung beanspruchen können.

Die Dauer der Unterstützung beträgt für qualifizierte Arbeiter nur 9 Monate im Jahre. Nach einer Unterbrechung von drei Monaten, während der sie nichts erhalten, weitere 9 Monate. Die anderen Arbeiter erhalten nur 6 Monate lang Unterstützung. Nach dem Ablauf der 9 bzw. 6 Monate kann der Arbeitslose dort verhungern.

Die Höhe der Unterstützungen

Auch in der Unterstützungshöhe ist zwischen Rußland und Deutschland ein gewaltiger Unterschied. Während bei uns die Unterstützung zwischen 75 Proz. des Lohnes in der untersten und 35 Proz. in der höchsten Lohnklasse schwankt, ist sie in

Rußland wesentlich geringer.

Die höchstqualifizierten Arbeiter erhalten etwa 30 Proz. ihres Lohnes, die ungelernten Arbeiter 20 Proz. Außerdem ist die Arbeitslosenunterstützung aus politischen Gründen noch in 6 Teuerungszonen gestaffelt. Auf dem flachen Lande wird noch weniger als in den Großstädten und Industriezentren gezahlt.

Von fünf Erwerbslosen — ein Unterstützter!

Die Unterstützungssätze schwanken in ihrer Höhe in der 1. Klasse zwischen 12 und 27 Rubel im Monat, in der 2. Klasse zwischen 7 und 20 Rubel im Monat. Dabei wird die

übergroße Mehrzahl der Arbeitslosen der schlechtbezahltesten Kategorie

zugewiesen. Die durchschnittliche Monatsunterstützung erreichte im Juni 1928 nach den Angaben der Zentralverwaltung für Sozialversicherung 13,55 Rubel. Das sind rund 20 Proz. des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes. Aber nicht einmal alle registrierten Erwerbslosen erhalten diese beschämend geringe Unterstützung. Nach dem letzten Bericht der russischen Behörden beträgt die Zahl der ausgezahlten Unterstützungen 6 843 800, d. h. rund 570 300 im Monat oder nicht einmal die Hälfte (44,2 Proz.) selbst der Zahl der registrierten Arbeitslosen. Daraus ergibt sich, daß in Rußland etwa

nur ein Fünftel aller Erwerbslosen überhaupt Unterstützung erhält.

Gewerkschaftliches

Achtung! Metallarbeiterjugend!

Mittwoch abend 8 Uhr haben wir einen Antikriegsabend. Erscheint alle zahlreich und seid pünktlich!

ARBEITER-SPORT

Freie Tennisvereinigung, Gelsenkirchen

Leider mußte am vergangenen Mittwoch wegen des schlechten Wetters das Nachmittagstraining und damit auch die für den Abend angesetzte Versammlung ausfallen. Morgen (Mittwoch) halten wir nun um 20.30 Uhr unsere Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Essener Straße, ab. Es stehen wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Wir bitten aus diesem Grunde die Mitglieder, restlos zu erscheinen.

Erfolge der Gelsenkirchener Arbeiterschwimmer beim 2. Westdeutschen

7 Meisterschaften — 1 Bundesbestleistung.

Das „2. Westdeutsche der Arbeitersportler" in Dortmund sah vor allem unsere hiesigen Arbeiterschwimmer erfolgreich. Nicht weniger als 8 Meisterschaften errangen unsere Schwimmer.

Besonders wertvoll ist die errungene Bundesbestleistung des Sportgenossen Sieckmann über 400-Meter-Freistil. Nachdem er bereits am Samstag die bisherige Leistung von 5.58.1 bis 5.54 unterbot, unternahm er Sonntag den offiziellen Versuch, der allerdings nicht den Erfolg des Vortages aufwies. Immerhin gelang es ihm, die Bundesbestleistung auf 5.57.3 zu stellen.

Nachstehend die Meisterschaften:

1. 400-Meter-Freistil: Sieckmann 5.54.
2. 4 mal 100-Meter-Jugendlagenstafette (Wenzel, Gineberg, Höffgen, Rödiger) 5.57.3.
3. 100-Meter-Freistil (Jugend): Gineberg 1.16.
4. 100-Meter-Frauen-Rückenschwimmen: Pietrick 1.39.1.
5. 3 mal 100-Meter-Frauen-Lagenstafette (Pietrick, Keibel, Fährmann): 5.23.1.
6. Jugendspringen: **Krukenbaum** 24 zwei Fünftel Punkte.
7. Jugendwasserball (Gineberg, Wenzel, Höffgen, Höckel, Rödiger, Threike, Thomas):
   Gelsenkirchen gegen Dortmund 7:0.
   Gelsenkirchen gegen Duisburg 6:2.

Außer den 1. Plätzen errangen noch 2. Plätze:
Sieckmann, 100-Meter-Freistil 1.11.
Kunert, Kunstspringen.
Kunert, 100-Meter-Brust 1.32.4.

3. Plätze:
100-Meter-Brustschwimmen für weibliche Jugend:
Kniest 1.49.2.
Kunert: 400-Meter-Brustschwimmen 7.43.
Temme: Diskuswerfen.
Temme: Kugelstoßen.

Reichsbanner-Schutzsport

Schutzsport, Horst.

Sämtliche Sportler haben am Sonntag, dem 10. dieses Monats, morgens Punkt 8 Uhr, im Vereinslokal Kröschel zu sein. Diejenigen, die Fahrräder haben, müssen mit Fahrrädern erscheinen.

Diejenigen Altkameraden, die Fahrräder besitzen, versammeln sich ebenfalls um 8 Uhr bei Kröschel, um an der Korsofahrt durch Gelsenkirchen teilzunehmen. Erscheinen ist Pflicht!

An der 3000-Meter-Staffel nehmen folgende Kameraden teil: Ewert, Fritz I, Rogall, Nabers, Kasimir, Borch, Tautenhahn, Bocke, Perkampus I und Groß.

Mittwoch, den 6. dieses Monats, bei Kröschel: Unterhaltungsabend. Der Festausschuß muß ebenfalls Mittwoch um 20 Uhr bei Kröschel sein.

Filmschau

Schauburg, Bahnhofstraße: Westfront 1918

„Vier von der Infanterie". Sprech-Tonfilm.

Ernst Johannsen, ein jetzt in Altona lebender Arbeiterdichter, hat, ohne von der großen Zahl ähnlicher Kriegsbücher zu wissen, ein ergreifendes und erschütterndes Buch geschrieben, das immer, wo vom Kriege die Rede ist, stummes Denkmal und Monument zu sein verdient: „Vier von der Infanterie". (Fackelreiter-Verlag, Hamburg.) G. W. Pabst, den wir aus anderen, sehr starken Filmen („Lulu") kennen, nahm sich dieses Werkes an, und drehte nach Motiven des Buches einen Film, dem es gelingt, das Erlebnis des Fürchterlichen und Grausamen im Kriege schrecklich wahr werden zu lassen. Grabenkampf, zerfetzte Leiber, unsägliches Leiden aller Kreatur — der ehemalige Kämpfer in den ersten Linien sieht vergangene Schatten in weher Erinnerung an sich vorüberziehen, der junge Mensch wird gepackt von der Wahrheit, die ihm unverhüllt und eindringlich vor Augen tritt. Das war der Krieg, wenn er überhaupt gestaltet werden kann. So haben die Leiber geblutet, so haben sich die Seelen verzehrt. Warum? —

Die in den Gräben wußten es nicht. Sie wurden gegeneinandergehetzt, obwohl der eine den andern nicht kannte, obwohl er nicht mehr von dem Gegner wußte als, daß auch er ein Mensch sei. Mit starker Wucht und letzter Eindringlichkeit läßt der Film vor allem die Lazarettszene aufleben. Der Film ist wirksam, weil er die Dinge reden läßt und diese Dinge können nur eine klare, eindeutige Sprache sprechen. Ja, alles sind Helden aus Not, aber nicht, weil sie sich berufen fühlen, Helden zu sein. Das Sinnlose ist offenbar, der Krieg kann nicht Schicksal sein, er ist von Interessenten dazu gemacht. Und wir alle sind schuld daran, — wie einer am Schlusse sagt —! Auch heute noch, wenn wir träge sind und nicht mit dazu beitragen, für die Zukunft eine so grausige und sinnlose Entwürdigung des Menschengeschlechtes unmöglich zu machen. Geht in diesen Film, Mütter, und ich frage euch, ob ihr dafür Kinder geboren haben wollt. Geht hin, Männer, dort könnt ihr euer Los und eure Vernichtung schauen. Dieser Film soll euch alle besinnlich machen, die ihr das Recht haben wollt, zu

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Kein Hindenburgempfang mehr!

Die Führersitzung der Ortsgruppe nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die große Führersitzung der Ortsgruppe Gelsenkirchen stellt mit Befriedigung fest, daß es unserem Bunde in Mainz gelungen ist, der Befreiungsfeier ein republikanisches Gepräge zu geben. Sie versteht auch die Gesichtspunkte, die für den Bundesvorstand maßgebend waren, um die Spalierbildung anläßlich der Vorbeifahrt des Herrn Reichspräsidenten zu organisieren. Befremdend hat jedoch die einseitige Stellungnahme des Herrn Reichspräsidenten zu dem republikfeindlichen Stahlhelm gewirkt. Diese einseitige Stellungnahme erfolgte nicht nur durch das bekannte Schreiben des Herrn Reichspräsidenten, sondern auch dadurch, daß der Herr Reichspräsident in Mainz die Front des Stahlhelms noch besonders bevorzugt hat. Unter diesen Umständen ist es für uns unmöglich, in Zukunft noch an Spalierbildungen dieser Art teilzunehmen. Wir anerkennen die Notwendigkeit, bei Veranstaltungen des Reiches oder der Länder mitzuwirken, um die republikanischen Belange wahrzunehmen. An einer Spalierbildung für den jetzt amtierenden Herrn Reichspräsidenten mitzuwirken, sind wir jedoch fernerhin außerstande, und bitten wir den Bundesvorstand unter Würdigung unserer Gründe, von Aufrufungen zu derartigen Spalierbildungen in Zukunft Abstand zu nehmen."

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Spielmannszug. Dienstag, Mittwoch und Freitag, 19.30 Uhr, in der Lessingschule: Generalprobe für die Verfassungsfeier.

Martinsabteilung. Mittwoch und Freitag, 20 Uhr, in der Lessingschule: Generalprobe.

Ortsgruppe. Freitag abend holen die Gruppenführer bei den Führern der Kameradschaften die Parole ab.

Ortsgruppe Horst-E.

Mittwoch, den 6. dieses Monats, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Kröschel: Wichtige Vorstandssitzung. Die gesamten Funktionäre der technischen Leitung sind hierzu eingeladen.

Samstag, den 9. dieses Monats, abends 6.30 Uhr: Antreten zur Teilnahme an der Verfassungsfeier der Ortsgruppe Gladbeck auf der „Waldbühne". Antreten in der Zeppelinstraße. Da die Ortsgruppe Gladbeck uns bei unserem Kreisfest gut unterstützt hat, bitten wir um gute Beteiligung. Die Fackeln werden gratis abgegeben. Unkosten entstehen nicht.

Bücher und Zeitschriften

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Juliheft 1930. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung Jena. Vierteljahrsabonnement 3,60 RM.

Aus dem Inhalt dieser anregenden Monatshefte heben wir hervor: Ex oriente lux! — Ueber die gegenwärtige Stellung und Aufgaben der Allgemeinen freien Lehrerschaft — Gefährliche Steuervereinheitlichung — Welche Faktoren bestimmen den Umfang der Frauenarbeit? — Ein neues Recht in Oesterreich — Ueber die Bildung eines fortschrittlichen Flügels in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung — Fehlinvestitionen und Selbstfinanzierung — Das Sozialprodukt und seine Verteilung. — G.-A.-Rundschau: Anmerkungen, Sozialpolitik, Bücherschau, Gewerkschaftliche Bibliographie, Anzeigen.

Den Ortsverwaltungen sei die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen. Sie gibt viel des Anregenden.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung Kurt Heinig und Dr. Hertneck, Berlin. Juniheft 1930. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung. Jena. Monatlich 1 Heft. Vierteljahrsabonnement 2,— RM.

Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Wo steht die Konjunktur? — Die Dollars für die deutschen Seereeder Neue Konzerne und neue Kartelle. — W.-I.-Dienst-Rundschau. — Der W.-I.-Dienst ist eine beachtenswerte Quelle, sich fehlende Wirtschaftskenntnisse anzueignen.

Rundfunk-Programm

Dienstag, 5. August.

7.30: Brunnenkonzert aus Bad Salzuflen.
15.00: Kinderstunde: Schmetterlingsprinzeßchen. Ein Märchen.
16.20: Die Welt im Buch: Bismarck und Eulenburg.
16.40: Dr. M. Rockenbach: Meister des Reiseberichtes.
17.10: Hans Reiser: Landstreichergeschichten.
17.30: Vesperkonzert.
18.30: Axel Eggebrecht: Das Problem der Generation von 1899.
19.15: Das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart: Bedeutung für Wirtschaft und Kultur.
19.40: Gespräche über Menschentum: Hardt—Honigsheim—Stein—Worm.
20.00: Düsseldorf: Volkstümliches Orchesterkonzert des Düsseldorfer Sinfonie-Orchesters.

Mittwoch, 6. August.

7.30: Brunnenkonzert aus Bad Pyrmont.
8.30: Mutter und Kind.
15.00: Handarbeitsstunde für junge Mädchen.
15.50: Darmstadt: Akademische Weltmeisterschaft-Schwimmkämpfe.
16.20: Doris Regel: Zur Gestaltung der Kleinstwohnung.
16.45: Franz P. Brückner: Sprung nach Algier.
17.05: Lebende Dichter: Heinrich Lersch: Glückliche Sommertage.
17.30: Vesperkonzert.
18.30: Direktor Dr. Weber: Die Bedeutung der Berufseignungsprüfungen im Handwerk.
19.15: Intendant Ernst Hardt: Stunde des Arbeiters.
19.40: Karl Obermann: Jugendbewegung und Jugendpflege in der Schweiz.
20.00: Abendmusik.
21.00: Uraufführung: „Schwert über uns". Hörspiel von P. Dié. Anschl.: Meister des Jazz (Schallplatten).

Deutsche Welle. Dienstag, 5. August.

15.45: Frieda Radel: Frauenwille zur Baugestaltung.
16.00: Paul Seelhoff: Historische Belletristik und ihre unterrichtliche Verwendung.
16.30: Leipzig: Nachmittagskonzert.
17.30: Dr. K. Rode: Geologie auf Reise und Wanderung.
18.00: Stud.-Rat Dr. Schwering: Große deutsche Parlamentarier.
18.30: Französisch für Anfänger.
18.55: Dr. Hans Bernhardt: Gesundheit: Vermeidbare Fehler. Vorurteile und Aberglauben in der Säuglingspflege.
19.25: Curt Hotzel: Karl Immermann und seine Zeit.
20.00: Rückblick auf Platten.
20.30: Breslau: Abendmusik. Schlesische Philharmonie.

Deutsche Welle. Mittwoch, 6. August.

10.35: Mitteilungen des Reichsstädtebundes.
15.00: Tanzturnen für Kinder.
15.45: Anna Drewitz: Der Aufstieg in der Hauswirtschaft.
16.00: Hamburg: Nachmittagskonzert.
17.30: Ober-Stud.-Dir. Dr. Grabert: Neue Wege im neusprachlichen Unterricht. Zugleich ein Bericht über die Tagung der Neuphilologen in Breslau.
18.00: Lieder mit Quartett. Käte Wegener-Peiser, Bruinier-Quartett.
18.30: Prof. Dr. Houben: Goethe und die Juli-Revolution.
18.55: Spanisch für Anfänger.
19.25: Oskar Rümmele: Moderne Verkehrsprobleme und die Beamtenschaft.
20.00: Alte und neue Tänze.
20.30: Wovon man spricht.
21.00: Köln: „Schwert über uns". Hörspiel von Peter Dié.
Danach: Tanzmusik. Kapelle Robert Gaden.

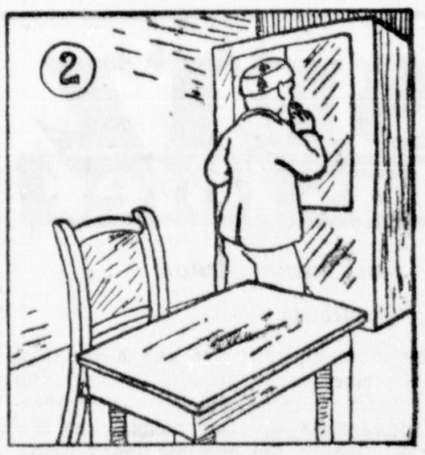
Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



**Flunsch liebt' nun die Zwerge,
tief in seinem Berge,
noch viel mehr liebt' er den Schein
von dem falschen Edelstein.**



**„Alle weltbekannten
großen Diamanten,
gegen dich ist's kleiner Dreck",
sprach er oft, dann schloß er'n weg.**



**Nachts träumt' er vom Sterben.
Wer sollt' ihn beerben?
Und der Geizhals bald schon war**



**„Sollt' ich einmal sterben",
schrieb er dort, „dann erben
all mein Geld, Gut, Höhl' und Baum**

Flugblattverbreitung

Nächsten Sonntag, den 10. August, im gesamten Bezirk Westl. Westfalen

Wir richten an unsere Mitgliedschaft die dringende Aufforderung, an dieser Flugblattverbreitung vollzählig teilzunehmen. Das Flugblatt muß am Sonntag vormittag während weniger Stunden in jede Familie getragen werden.

Die Sammelpunkte für die Flugblattverbreitung in den einzelnen Ortsgruppen bzw. Bezirken werden von den Ortsvorständen in unseren Zeitungen noch bekanntgegeben.

Die Mitglieder müssen deshalb in den nächsten Tagen die Bekanntmachungen unter Parteinachrichten ganz besonders beachten.

Ein grausamer Fürstenscherz

Der Tambourmajor als Narr, die Bratwurst und der Soldatenkönig

Bei dem Worte „Hofnarren" denken wir gewöhnlich an die Narrenfiguren des Mittelalters, etwa an den „Lustigen Rat" Kaiser Maximilians, Kunz von der Rosen, der von seinem Herrn hoch in Ehren gehalten wurde. Die Stellung der Hofnarren war jedoch meistens eine ganz andere. In Wahrheit spielten die Herren mit ihnen Schindluder — und am schlimmsten erging es wohl den Hofnarren der späteren Zeit: Sie waren nichts als bedauernswerte Zielscheiben sadistischer Späße für ihre Herren. Das Privileg der Narrenfreiheit war ihnen genommen; irgendein armer Teufel wurde zum Prügelknochen der ganzen Hofgesellschaft, und oft genug bezahlten diese Narren ihre Späße mit ihrem Leben.

Einer der letzten Fürsten, die es sich nicht nehmen ließen, ihre brutalen Launen an den wehrlosen „Spaßmachern" auszutoben, war Friedrich Wilhelm I., der preußische „Soldatenkönig". Er hielt sich über ein halbes Dutzend „Spaßmacher", denen er zum Teil recht hohe Staatsstellungen gab, ohne sie von ihren Verpflichtungen zur Erheiterung der Hofgesellschaft zu entbinden, Menschen verschiedenster Stände, vom Gelehrten bis zum „Jagdnarren", und alle wurden gleicherweise geprügelt und mißhandelt.

Einer seiner Narren war ein ehemaliger Tambourmajor, Jäckel, der besonders oft zu den Sitzungen des berühmten Tabakskollegiums befohlen wurde. Einmal behauptete dieser vorwitzige Narr, daß er den König, wenn der sich seiner Kurmethode anvertrauen wollte, von der Gicht heilen könnte. Friedrich Wilhelm ging darauf ein, und der Narr warf ihn nun unversehens bei einem Spaziergang von einem Steg ins Wasser: Ein grobianischer Spaß, der sonst durchaus im Geschmack der Zeit und besonders Friedrich Wilhelms I. war. Diesmal jedoch stellte der König sich äußerst zornig, ließ sofort vom Tabakskollegium ein außerordentliches Kriegsgericht bilden — und Jäckel wurde von diesem Gerichte zur sofortigen Hinrichtung durch das Schwert verurteilt. Man führte ihn vors Schloß; dann wurden ihm die Augen verbunden; er mußte niederknieen, und man entblößte ihm den Nacken. Darauf kommandierte der König: „Scharfrichter vor!" Ein Mitglied des Tabakskollegiums trat vor und schlug Jäckel mit einer langen, frischgefüllten Bratwurst ins Genick. Unter dem brüllenden Gelächter der übermütigen angesäuselten Zuschauer stürzte Jäckel zusammen. Aber als man den Mann aufhob, war das Opfer der Neckerei wirklich tot — vor Schreck gestorben.

Um diese Todesangst dieses armen Teufels zu verstehen, muß man wissen, daß derartige Todesurteile „aus königlicher Machtvollkommenheit" ohne weiteres Gerichtsverfahren damals nichts Seltenes waren: Ließ doch sogar Friedrich II., der „Weise auf dem Thron", einen Jesuitenpater Faulhaber hinrichten, durch einfachen Befehl — „ohne ihm einen Beichtiger zu gewähren", weil Faulhaber einem Soldaten in der Beichte die Desertion nur als große, jedoch verzeihliche Sünde hingestellt hatte.

Wildwest in Berlin

Zweimal an einem Tag überfallen

Berlin, 4. 8. (Eig. Meldung). Der Baumeister Waldemar Dietrich aus Adlershof, der am Samstag vormittag, wie gemeldet, in der Nähe des Schlesischen Bahnhofs von vier Männern überfallen und um 2 000 Mark beraubt worden war, ist, wie die „B. Z." berichtet in der Nacht zum Sonntag zum „zweiten Mal" überfallen worden, und zwar offenbar von denselben Leuten, die ihn zuvor ausgeplündert hatten. Dietrich hatte nach 23 Uhr das Berliner Polizeipräsidium, wo er den hatte verbringen müssen, verlassen und wurde auf dem Wege ganzen Abend mit Vernehmungen und Gegenüberstellungen zum Bahnhof Jannowitz-Brücke angesprochen, an ein haltendes Auto herangelockt und plötzlich in den Wagen gezogen. Vier Mann hielten ihn mit vorgehaltenem Revolver in Schach und entführten ihn nach Köpenick. In einer kleinen Waldung zwischen Köpenick und Adlershof setzten sie den 55jährigen Baumeister ab und forderten von ihm unter Todesdrohung, daß er das Polizeiprotokoll, das er heute auf dem Polizeipräsidium unterschreiben soll „nicht" unterzeichne. Dann ließen sie Dietrich allein und fuhren mit abgeblendeten Lichtern nach Berlin zurück. Der Baumeister, ein kränklicher Mann, war durch diesen zweiten Ueberfall so eingeschüchtert, daß er sich heute weigerte, das Polizeipräsidium aufzusuchen. Man mußte ihm ein Auto mit Kriminalbeamten nach Adlershof schicken, um ihn zur Vernehmung auf das Polizeipräsidium zu bringen. Wie erst jetzt bekannt wird, hatten bereits am Samstag mittag drei Frauen, die inzwischen festgenommen werden konnten, Dietrich beim Verlassen des Polizeireviers in der Fruchtstraße angesprochen und von ihm verlangt, den ganzen Raubüberfall zu widerrufen. Für diesen Dienst boten sie ihm die Rückerstattung der Hälfte der geraubten Summe an. Dietrich ging auf den Handel nicht ein.

Hirth gibt den Weiterflug auf

Reykjavik, 4. August. (Drahtmeldung.) Der deutsche Flieger Hirth ist mit seinem Flugzeug auf dem Luftwege aus Kalladarnes kommend gestern hier gelandet. Er hat den Weiterflug aufgegeben, da der Bezirksvorsteher in Julianehaab auf Grönland telegraphisch mitgeteilt hat, daß sich dort keine Stelle befindet, die als Landeplatz in Frage käme. Das Flugzeug wird nunmehr verpackt und heute mit dem Dampfer Minnesota nach Montreal abgehen.

Eine Folge des Buirener Eisenbahnunglücks

Köln, 4. 8. (Drahtmeldung.) Das erweiterte Schöffengericht verurteilte heute auf Grund der im Buirener Eisenbahnunglücks-Prozeß zur Sprache gekommenen Vorgänge bei dem Betriebsamt Hamm wegen fahrlässiger Mitschuld den Angeklagten Betriebsassistent Mennenkamp aus Hamm zu vier Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte fünf Monate Gefängnis beantragt.

Neue Katakomben entdeckt

Durch den zufälligen Einsturz eines Schachtes bei San Lorenzo wurde eine neue Gruppe christlicher Katakomben entdeckt. Die päpstliche archäologische Kommission hat sofort Nachforschungen anstellen lassen, die interessante Ergebnisse gezeitigt haben. Die unterirdischen Gänge stammen aus zwei Epochen. Die ältesten reichen bis in die Mitte des dritten Jahrhunderts zurück. In den Grabnischen fand man allerlei Gegenstände aus Elfenbein und Kupfer, auch schwarze Perlen. Die meisten Gaben befanden sich in den Kindergräbern. Hier lagen kleine, zierliche kupferne Glocken, Armbänder, Ringe, Münzen und Vasen. Außerordentlich interessant sind auch die Inschriften auf den Marmortafeln. In den Katakomben wurden sechs gut erhaltene Sarkophage entdeckt.

Start des „Graf Zeppelin" nach Darmstadt

Friedrichshafen, 4. August. (Drahtmeldung.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute früh um 7,30 Uhr mit 26 Passagieren an Bord unter Führung von Kapitän Lehmann zu seiner Landungsfahrt nach Darmstadt, die gestern infolge der ungünstigen Wetterlage nicht ausgeführt werden konnte, gestartet.

Familientragödie

Glauchau, 4. August. (Drahtmeldung.) Im benachbarten St. Egidien wurden heute der 40 Jahre alte Chemiker und Hausbesitzer Hartig und seine beiden Kinder, ein 10jähriger Knabe und ein 7jähriges Mädchen, tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß Hartig den Knaben und das Mädchen vergiftet und diese außerdem erdrosselt hatte. Hartig hat dann Gift genommen und sich am Fensterkreuz erhängt. Die Frau war seit einigen Tagen verreist. Der Grund zur Tat wird in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gesehen.

Raubmord an zwei Frauen

Budapest, 4. August. (Drahtmeldung.) In Szolnok wurden eine 66 Jahre alte Witwe und eine Aufwärterin in einer großen Blutlache tot aufgefunden. Beide Leichen wiesen große Schnittwunden am Halse auf. Es handelt sich offenbar um Raubmord. Der Tat wird ein unbekannter Mann beschuldigt, der nach Aussage der Nachbarin gestern abend die Frauen um Nachtquartier bat und die Nacht in der Küche des Hauses verbrachte. Dieser Mann konnte bisher nicht ermittelt werden.

Das Neuyorker Velodrom eingeäschert

Neuyork, 4. August. (Drahtmeldung.) Das berühmte Velodrom im Stadtteil Bronx, ein Riesenholzbau, der 18 000 Zuschauer faßte, ist heute in früher Morgenstunde durch Feuer zerstört worden. Der Brand brach mehrere Stunden nach Abschluß der gestern abend abgehaltenen Radrennen aus. Personen sind bei dem Brande nicht verletzt worden. Durch die im weiten Umkreis sichtbaren Flammen wurden große Zuschauermengen angelockt.

Pilzvergiftungen – Vier Tote

Villau, 4. August. (Drahtmeldung.) Hier sind an Vergiftung durch Knollenblätterpilze 10 Personen schwer erkrankt. Der Vergiftung sind bisher vier weibliche Personen erlegen. Von den übrigen Erkrankten schweben einige noch in Lebensgefahr.

Siegfried Wagner gestorben.

Bayreuth, 4. August. (Drahtmeldung.) Heute nachmittag 5,30 Uhr ist im städtischen Krankenhaus Bayreuth Siegfried Wagner gestorben.



Roman von Frank Arnau

57) (Fortsetzung.)

„Dann schalten Sie die Vergangenheit aus und denken nur noch an die Zukunft. An eine frohe Zukunft, Juscha! Ich sage das ja nicht nur um Ihret-, sondern auch um meinetwillen. Der Mensch ist ein egoistisches Geschöpf. Ich möchte, daß Sie wieder froh werden, wie Sie waren, um mich an Ihnen freuen zu können. Sie wissen es: — ich liebe Sie!"

Juscha Lehner sah die goldbraunen Augen voller Innigkeit auf sich gerichtet. Das Wort tat ihr wohl; eine Welle von Wärme flutete über sie. Aber gleich darauf schauerte sie wieder zusammen — das war ja alles nicht mehr möglich!

„Was haben Sie, Juscha — glauben Sie mir nicht?"

„Ich glaube an Ihr Mitleid", sagte sie leise. „Ich danke Ihnen dafür — Sie haben viel für mich getan!"

„Sprechen Sie nicht davon. Auch nicht von Mitleid! Mein Gefühl für Sie ist heute das gleiche wie an dem Tage, an dem ich Sie bat, meine Frau zu werden."

Juscha Lehner sah ihn mit einem langen, traurigen Blick an: „Ich danke Ihnen, Leo! Aber Sie täuschen sich! Ich glaube, daß Sie mich geliebt haben, aber es ist nun alles ganz anders geworden. Sie liebten ein Mädchen — das ich nicht bin, — lieber Gott, — das wissen Sie doch mehr als jeder andere Mensch! Sie haben sich nicht von mir gewendet, als ich Ihnen damals die schreckliche Eröffnung machen mußte — weil Sie ein guter Mensch sind. Und jetzt glauben Sie vielleicht selber noch, daß Ihr Gefühl für mich sich nicht geändert hat. Aber glauben Sie mir, ich fühle das, — es ist nicht so! Es ist nicht Liebe, was Sie zu mir drängt, sondern Mitleid! Aus Mitleid wären Sie bereit, Ihr Leben an mich zu ketten. Aber ich darf dieses Opfer nicht annehmen, und ich werde es nicht annehmen. Es soll ganz klar sein zwischen uns, Leo! Als Sie mich baten, Ihre Frau zu werden, sagte ich nein, sagte ich Ihnen, daß ich Sie nicht liebe. Das war eine Lüge, ich liebte Sie, ich liebe Sie noch, — aber eben weil ich Sie liebe, kann ich nicht annehmen, was Sie mir bieten. Ich darf es nicht — ich werde es nicht."

Leo Jakobsohn sah das Mädchen, dessen Gesicht jetzt fieberhaft gerötet war, mit entsetzten Augen an. Er empfand all ihrer Qualen.

„Das ist furchtbar, Juscha! Das ist entsetzlich! Wie kommen Sie auf solche wahnsinnigen Gedanken? Sie sind nicht mehr unberührt — was weiter? Vor fünfzig Jahren hat man vielleicht darin noch eine Verworfenheit gesehen — heute ist man doch darüber hinaus! Es ist vielleicht ein Unglück, aber keins, das in den Augen eines vernünftigen Menschen zählen kann. Sie haben sich einem Manne hingegeben, den Sie nicht liebten. Ihr Menschentum ist dadurch doch gar nicht berührt worden. Hätten Sie den Mann geliebt, so wäre es — vielleicht — anders. Aber ich wäre ein jämmerlicher Mensch, wenn ich mich über ein rein physisches Ereignis nicht hinwegsetzen könnte. Wir stecken doch heute nicht mehr in dem Vorurteil von einst, daß ‚darüber' kein Mann hinweg kann. Und ich glaube, soweit sollten Sie mich kennen, Juscha, daß ich kein Mensch mit den Vorurteilen früherer Jahrhunderte bin! Nein, Juscha — Sie machen sich ein ganz falsches Bild von den Dingen. Sie bilden sich ein, Wunder was Sie verbrochen haben. Das ist ja Unsinn. Das Unglück hat Sie an einen Mann geraten lassen, der Ihrer in keiner Beziehung wert war. Das ist vielleicht traurig für Sie, aber daß dadurch Ihr ganzes Leben ruiniert sein soll, das ist gegen alle Vernunft. Ich glaube, Sie haben genug gebüßt in diesen letzten Wochen — mehr als genug! Und es ist auch nur die körperliche Erschöpfung, in der Sie sich befinden, die Ihnen solche finsteren Gedanken eingibt, und die Sie um Dinge martert, die gar nicht wesentlich sind. Glauben Sie mir: gar nicht wesentlich! Ich will aus allem, was Sie mir gesagt haben, nur das Eine in mich aufnehmen und in mir bewahren — daß Sie mich lieben! Sie machen mich durch dieses Geständnis glücklich, Juscha, sehr glücklich!"

Juscha Lehner sah verloren vor sich hin. Sie hörte wohl, was er sagte; es tat ihr wohl, diese weiche, tiefe Stimme zu vernehmen; aber sie vermochte nicht an das zu glauben, was diese Stimme sagte. Der Mann hier meinte es gut mit ihr, wollte sie trösten, — aber etwas in ihr wehrte sich gegen jeden Trost und jeden Glauben an eine glückliche Zukunft.

„Ich werde Sie jetzt nach Hause bringen, Juscha. Ich begreife schon, daß Sie sich erst mit sich selber auseinandersetzen müssen, und daß das nicht ganz leicht ist. Sie sind auch körperlich noch viel zu elend dazu. Aber das fordere ich von Ihnen, daß Sie sich nicht Gedanken hingeben, wie Sie vorhin einen geäußert haben. Ich warne Sie davor, sich selber unrecht zu tun, und ich bitte Sie auch, nicht zu vergessen, daß Sie mir sehr weh tun, wenn Sie kein Vertrauen in sich selber und zu mir haben. Ich will jetzt weiter nicht in Sie dringen — Sie werden diese Dinge überwinden, Juscha — vor uns beiden liegt das Leben und das Glück!"

Als Juscha Lehner aus dem überheizten Zimmer der kleinen Konditorei wieder ins Freie trat, überlief sie ein kalter Schauer, der sie vor Frost beben ließ. Durch die Straße fegte ein kalter, feuchter Wind.

Während der Fahrt, die nur wenige Minuten dauerte, hielt Leo Jakobsohn ihre kalten Hände in den seinen. Als sie aus dem Wagen stieß, sagte er ihr noch:

„Kommen Sie morgen nicht ins Büro, Juscha! Sie sind noch viel zu krank. Es hat ja keinen Sinn, daß Sie sich so quälen. Uebermorgen werde ich mich nach Ihrem Befinden erkundigen. Das darf ich doch, nicht wahr?"

Sie nickte.

„Auf Wiedersehen also!"

„Auf Wiedersehen, Leo! Ich danke Ihnen!"

Leo Jakobsohn sah noch, wie das Mädchen die Gartentür aufschloß und über den Kiesweg dem Hause zuschritt.

Er war in Sorge und Unruhe und fuhr zu Dr. Berolsheimer.

Der Arzt war in einer keineswegs fröhlichen Stimmung. Daß Juscha Lehner sich noch nicht völlig erholt hatte, fand er nicht besonders überraschend, er war auch der Meinung, daß das Mädchen noch einige Tage hätte zu Hause bleiben müssen. Was ihn bewegte, war die Tatsache, daß er wieder einmal den Besuch der Polizei erhalten hatte. Es war, wie schon öfters, eine anonyme Beschuldigung gegen ihn beim Präsidium eingelaufen, in der man ihm zum Vorwurf machte, daß er professionsmäßig Kindesabtreibungen bei seinen Kassenpatienten vornahm. Da die Polizei ihn schon lange verdächtigte, war er sehr eingehend vernommen worden, stellte aber selbstverständlich jede Schuld in Abrede.

„Es ist das natürlich wieder eins von den verfluchten Wettbewerbern, die sich vor der Konkurrenz fürchten," sagte er, „eine von ihnen ist ja glücklich wieder aufgeflogen, nachdem sie so ein armes Mädel beinahe umgebracht hat. Es ist schon ein Vergnügen, Arzt zu sein!"

„Ich habe neulich vergessen — es versteht sich von selbst, daß ich für die Behandlung von Fräulein Lehner aufkomme", bemerkte Leo Jakobsohn.

Der Arzt sah ihn etwas verwundert an:

„Fräulein Lehner hat mir heute mit der Post fünfzig Mark zukommen lassen. Das genügt." (Fortsetzung folgt.)

Die Machtprobe

der Berliner Metallindustriellen

Berlin, 4. 8. 30 (Eig. Drahtbericht.)

Im Berliner Metallkonflikt haben sämtliche am Tarif beteiligten Angestellten-Verbände am Montag einstimmig beschlossen, beim Arbeitsgericht gegen den Verband Berliner Metallindustrieller durch eine Feststellungsklage gegen den Tarifbruch gerichtlich vorzugehen. Sie wünschen eine arbeitsgerichtliche Entscheidung darüber, daß der Tarifvertrag für die Berliner Metallindustrie durch Einzelvereinbarungen in den Betrieben nicht gewaltsam verschlechtert werden darf. Der Berliner Rechtsstreit hat mit der Ende der vorigen Woche in Düsseldorf vor dem Arbeitsgericht zur Verhandlung gekommenen Feststellungsklage des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes nichts gemein. Es dreht sich in Berlin um andere Dinge. Von einer Rückwirkung des Düsseldorfer Urteils auf den Berliner Metallkonflikt kann daher keine Rede sein.

Auf den Ausgang des Berliner Rechtsstreites darf man gespannt sein. Trotzdem ist jedoch nicht zu verkennen, daß sich der Konflikt bereits zu einer Machtprobe zugespitzt hat.

Stegerwald oder Siemens?

Wer ist der Stärkere? Wird sich der Reichsarbeitsminister vor den versteckten Drohungen, daß die Berliner Metallindustriellen, wenn sie keine Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm bekommen, in noch fürchterlicherem Ausmaß Entlassungen vornehmen, einschüchtern lassen? Die Rechtspresse eilt den Berliner Metallgewaltigen zur Hilfe. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung", es sei unverantwortlich, wenn jetzt die Reichsbehörden dem Drängen der Gewerkschaften und einem Teile der Oeffentlichkeit Folge leisten und ihre Boykottandrohungen gegen die Berliner Metallindustrie wahr machen oder unter dem Druck solcher Drohungen eine unzulässige Einmischung in die Betriebspolitik der Werke erzwingen wollten. Um diese Drohung gegen die Reichsbehörden verständlich zu machen, behauptet das Agrarier-Organ dreist, nicht die Berliner Metallindustriellen, sondern „das mangelnde soziale Verständnis und die Verantwortungslosigkeit der Gewerkschaften" hätten zum Abbau von etwa 10 Prozent der Angestellten geführt. Sie hätten die Gehaltskürzungen verweigert. Dem gegenüber betonen sogar die bürgerlichen Blätter, daß im Gegenteil die Gewerkschaften ein Gehaltssenkung in Kauf genommen hätten, wenn ihre berechtigte und verständliche Forderung, während der Periode der Gehaltskürzungen keine Kündigungen vorzunehmen, angenommen worden wären.

Wieder ein Demokrat zur Sozialdemokratie übergetreten

Berlin, 5. August. (Drahtmeldung.) Wie der dem Verband preußischer Polizeibeamten angehörige bisher demokratische Landtagsabgeordnete Rav der „Beamtenkorrespondenz" mitteilt, ist er zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten.

Stadtrat Benecke wegen fahrlässiger Tötung verurteilt

Berlin, 4. August. (Eigene Meldung.) Vor dem Verkehrsgericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Markgraf hat sich heute Stadtrat Wilhelm Benecke, der auch Angeschuldigter in der Sklarekaffäre ist, wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Stadtrat Benecke war mit seinem Kraftwagen an einer Straßenkreuzung mit einer Kraftdroschke zusammengestoßen. Dabei wurden die Fahrgäste der Droschke, zwei Frauen, schwer verletzt. Eine von ihnen starb an den Folgen der Verletzung. Zunächst war Stadtrat Benecke allein angeklagt worden. Auf Grund eines Gutachtens hat aber Staatsanwaltschaftsrat Lettner nachträglich auch den Droschkenfahrer Mitzfeld als mitschuldig unter Anklage gestellt. Beide Angeklagten schieben sich gegenseitig die Schuld an dem verhängnisvollen Verkehrsunglück zu.

Stadtrat Bennecke wurde wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt unter Auflage einer Buße von 2000 Mk. Der Mitangeklagte, Droschkenfahrer Mitzfeld, wurde zu 100 Mk. Geldstrafe oder hilfsweise 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hielt beide Angeklagte für schuldig, jedoch Stadtrat Benecke für den Hauptschuldigen, denn er hatte, nach den Beobachtungen aller Zeugen, die Straßenecke in sehr scharfer Weise geschnitten.

Der holländische Boykott

Die Regierung will nicht eingreifen

Das Organ des Niederländischen Gewerkschaftsbundes beschäftigt sich mit der holländischen Boykottbewegung gegen deutsche Fabrikate, die im Zusammenhang mit den deutsch-finnischen Abmachungen eingesetzt hat. Die Holländer, insbesondere die Molkereien, sehen in diesen Abmachungen eine Beeinträchtigung der holländischen Export-Interessen. Sie haben auch versucht, die dänischen Interessenten zu einem gleichen Vorgehen zu bewegen. Soweit der holländische Boykott in Frage kommt, stellt das Organ fest, „daß die Boykottbewegung weiter um sich greife und daß die Kosten einer kurzsichtigen Politik, wie sie den deutsch-finnischen Handelsabmachungen zugrunde liege, von den deutschen Arbeitern getragen werden müßten."

Am Montag hat nun auch der Reichsverband der deutschen Industrie dazu Stellung genommen und folgendes veröffentlicht:

„Die nach dem Scheitern der privatwirtschaftlichen Verhandlungen mit Finnland laut gewordene Forderung auf Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages hat soeben den Reichsverband der deutschen Industriellen zu dringenden Vorstellungen bei der Reichsregierung veranlaßt. Die einzelnen deutschen Handelsverträge sind unter sich eng verbunden. Die Kündigung eines Vertrages wäre deshalb der erste Schritt zur Erschütterung aller deutscher Handelsverträge. Die deutsche Ausfuhr gibt mehr als 3 Millionen deutscher Arbeiter Beschäftigung. Diese Beschäftigung kann nur durch Aufrechterhaltung der Handelsverträge gesichert werden. Der Reichsverband hat deshalb gegen die Bestrebungen auf Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages bei dem Reichskanzler und den Reichsministern in aller Form Einspruch erhoben. In diesem Zusammenhang weist der Reichsverband auf die bedrohlichen Anzeichen einer Boykottbewegung in Holland hin und stellt hierzu fest, daß nach dem Scheitern der von Holland scharf kritisierten privatwirtschaftlichen Abmachungen mit Finnland jeder Anlaß für einen wirtschaftlichen Kampf und eine Boykottbewegung gegen Deutschland weggefallen ist. Es muß daher von der Loyalität der holländischen Wirtschaftskreise, mit denen die deutsche Industrie in dem Grundsatz genauester Erfüllung aller sich aus den Handelsverträgen ergebenden Pflichten durchaus übereinstimmt, die sofortige Einstellung der gegen Deutschland gerichteten Bewegung erwartet werden."

In seiner Erklärung spricht der Reichsverband der Deutschen Industrien von einem Scheitern der deutsch-finnischen Abmachungen. Die Holländer wenden dem gegenüber ein, daß das Scheitern der Verhandlungen neue Abmachungen nicht ausschließe und daß neue Verhandlungen schwebten, die zu weitergehenden Ergebnissen führen könnten. Die Holländer sehen also in dem vorläufigen Scheitern der Abmachungen keinen Grund, ihren Boykott abzustellen und die deutsche Regierung will wahrscheinlich zu dem Fall nichts erklären, soweit es sich um privatwirtschaftliche Angelegenheiten handelt. So sehr wir der Auffassung sind, daß die holländische Boykott-Agitation die Folgen der deutsch-finnischen Abmachungen für den holländischen Butter-Export übertreibt, so sehr müssen wir uns gegen den unhaltbaren Standpunkt der Regierung wenden. Wenn Abmachungen zwischen Privat-Interessenten die Aussichten des deutschen Exports ganz allgemein wesentlich beeinträchtigen, wie im Falle eines holländischen und möglicherweise auch eines deutschen Boykotts gegen Einfuhr und Verbrauch deutscher Fabrikate, dann rechtfertigt das Erfordernis der Gesamtwirtschaft ein Eingreifen der Regierung. Die Regierung will sich aber nicht gegen eine Politik stellen, die sie ja selbst eingeleitet hat, denn die holländische Bewegung gegen deutsche Fabrikate ist nur eine Folge der Schieleschen Agrarpolitik.

Kongreß der religiösen Sozialisten

Von H. Vorreuter

Bei Ankunft in Stuttgart melde ich mich bei der Geschäftsstelle der „Tagwacht", wo schon ein reges Leben und Treiben herrscht, die Genossen aus allen Gegenden Deutschlands mit Quartierscheinen zu versorgen. Bald bin ich mit vielen süddeutschen Genossen bekannt, die in großer Zahl vertreten sind. Doch auch Sachsen, Schlesien und Berlin ist stark engagiert. Das Tagungslokal Schönblick in der Weißenhof-Siedlung ist schon vor 9 Uhr vormittags überfüllt von Delegierten und Gästen, worunter ein „Novum", auch ein Jesuitenpater aus München zu finden ist. Schwarzrotgoldene und rote Fahnen sind als Schmuck und Symbole angebracht und selbst das Podium ist ganz in rot mit schwarzem Kreuz geschmückt. Interessant für den Beobachter, daß all die evangelischen Pfarrergenossen sich in ihren Ansprachen scharf gegen den Kapitalismus und das kapitalistische zellentötende System wenden. Genosse Dr. Eckert eröffnet den Kongreß und begrüßt Delegierte und Gäste, bedauert mit allen Anwesenden, daß Genosse Bauer und Fuchs, Eisenach, schwer erkrankt sind und das Referat der Faschismus eine Gefahr für das Christentum von einem anderen Thüringer Gesinnungsfreund am 2. August gehalten wird. Begrüßungstelegramme vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und vom Vorstand der Freien Gewerkschaften wurden verlesen. Herzliche und brüderliche Grüße und Wünsche sandten Radbruch, Nagaz, Zürich, Banning, Holland, die belgischen, englischen und französischen Genossen. Nachdem Genosse Dr. Eckert, Mannheim, aus seiner tiefsten Verbundenheit mit dem Evangelium heraus ein glühendes Bekenntnis zum Sozialismus abgelegt hatte und der Landtagspräsident Genosse Flüger, der Bürgermeister Stuttgarts und Dr. Schenkel, Zuffenhausen, letzterer als Landesverbandsvorsitzender uns in Stuttgarts Mauern begrüßten, konnte endlich der Anfang gemacht werden. Nicht vergessen will ich, daß die Universität Heidelberg einen Vertreter gesandt hatte. Prof. Odenwald, der Dozent und Prof. der evangelischen Theologie begrüßte in überaus herzlichen Worten die Sozialisten und besonders die religiösen Sozialisten als Kämpferherzen und sagte, daß wir unsere Botschaft hineinrufen müssen in eine halt- und seelenlos gewordene Welt.

Darauf ergriff

Professor G. Wünsch, Marburg

das Wort zu seinem Referat:

„Das Recht und die Aufgaben der relig. Sozialisten in Kirche und Arbeiterschaft."

Es bedürfte eines großen Raumes, um dieses stilistisch wie logisch gut durchdachte Referat, welches die Schäden und die Schuld der Kirche auf der einen Seite sah und zur Umkehr aller aufforderte, im Sinne dessen, der gesagt hat: „Einer trage des andern Last" in etwa wiederzugeben. Man kann Gott nur dienen, wenn man der Gerechtigkeit der Welt dient, heute also ruft uns das Gewissen in erster Linie zu den armen Entrechteten, zu Arbeitslosen und seelisch Verkümmerten, nicht mit Worten, sondern mit der Tat. Unsere Aufgabe muß sein, mit Hilfe des Proletariats die Kirche zur Gegenwartsarbeit zu erziehen. Die Vergangenheit hängt an der Kirche wie eine lähmende konservative Macht. Der Marxismus muß bildlich gesprochen. Der Kirche von außen die Fenster einschlagen, damit frische Luft hineinzieht. Deswegen zwingt uns unser Bekenntnis zum Sozialismus uns auch an die Seite der Atheisten zu stellen, um mit ihnen gemeinsam zu kämpfen

Nachmittags 3 Uhr hatte Genosse Mertens, Köln, das Korreferat. Er sprach vom Standpunkt des katholischen Sozialisten, der durch Kirche und Klerus Verfolgungen und Hemmungen außerordentlicher Art zu erdulden habe mit dem Bekenntnis zur Sozialdemokratie. Päpste und Bischöfe betrachten noch heute das Bekenntnis zum Sozialismus als Abfall vom Christentum. Er erklärte den Katholizismus als die mittelalterliche Erscheinungsform der Kirche. Auch die katholische Soziallehre sei von der mittelalterlichen Ständetradition beeinflußt. Karl Marx habe den Eigentumsbegriff richtig gesehen und gewertet und die kathol. Soziallehrer selbst ein Bischof Kettler und die heutigen Sozialpfarrer und katholischen Wissenschaftler sehen alles durch die konservativ-romantische Brille. — Mertens brachte auch genau wie Lic. Prof. Wünsch die „Klassenschichtung innerhalb des Proletariats" zur Sprache. Selbst sage zu dieser Tatsache, daß wir nicht vorbeisehen dürfen, daß eine sogen. Oberschicht im Proletariat vorhanden ist, die bald nicht mehr gewillt ist, wirklich Opfer für die sozialistische Gesinnung zu bringen, die nicht mehr für ein Ideal kämpft, sondern ein fattes Spießertum verkörpert. — In der Diskussion wurde dieses besonders von Jugendlichen aus Sachsen, Berlin und Heidelberg unterstrichen.

Der Kongreß brachte eine warme Sympathieerklärung für die Kinderfreundebewegung zum Ausdruck und sprachen zwei Vertreter der Kinderfreunde über diese neue Erziehungsart. — Dramatisch wurde die Diskussion, als der Jesuitenpater Mayr aus München als Gast ums Wort bat. Das hätte ich auch den Freidenkergenossen gewünscht. Er erklärte nur für seine Person, nicht für die katholische Kirche zu sprechen. Daß er Mertens vollständig absprach, noch im katholischen Glauben zu stehen, nur nebenbei, daß er aber die katholische Kirche nicht nur als allein seligmachend, sondern auch als Vertreterin der Wahrheit des einzigen Christentums und Erfüllung aller Wahrheit hinstellte, rief die Geister auf den Kampfplatz. Erst kam ein Altkatholik Zeller auch Geistlicher der neben seiner Verwerfung des Papsttums und Roms eine Bejahung und Bekennertum zur Sozialdemokratischen Partei abgab. Den schneidigsten Waffengang mit dem Jesuitenpater focht aber Genosse Dr. Eckert aus: Aus Bibel und Evangelium bewies er ihm, daß es Pflicht aller ernsten wahrhaftigen religiösen Menschen sei an der Seite des Proletariats zu kämpfen.

Da die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung jedenGlauben des Arbeiters an einen Gott der Liebe und Gerechtigkeit zu nichte macht. Er mit seinem Gesinnungsfreunden fühle sich aus innerster Verbundenheit mit dem Ewigen an und aufgerufen für das Proletariat zu kämpfen.

2. August, 9 Uhr: Referat Jüchen an Stelle O. Bauer, Wien.

Der Faschismus eine Gefahr für das Christentum

Knapp, kurz umrissen, gab Genosse Jüchen, ein Führer der jungen Sozialisten, dieIdeologie des alten römischen Staates, dessen oberstes Gesetz die Gewalt und Macht war, aber die Macht aus Selbstliebe. Die Verherrlichung der Macht ging soweit, daß Rom die ganze Welt beherrschen wollte. Diese Liebe zur Macht, diese Selbstvergötterung holte Mussolini sich bei den alten Römern und auch die Verehrung der Symbole dazu. Nicht aus göttlicher Vollmacht, sondern aus eigener Vollmacht ist facio Gewalt. Viel außeritalienische Elemente steckten in dem Italiener Mussolini und sein System lehre teils die Verachtung im Nietzschen Sinne.

Nicht den Rechtsstaat, sondern den Gewaltstaat lehrt der Faschismus. Genosse Jüchen setzte dem Machtstaatsgedanken den Rechtsstaatsgedanken gegenüber. Dieser Rechtsstaatsgedanke sei in der Antike schon verwirklicht worden. Durch den mosaischen Staat. Der mosaische Staat besaß schon alles im Sinne eines modernen Rechtsstaates, weswegen jahrhundertelang in Europa gekämpft worden sei. Das Christentum müsse im Sinne seines Stifters und der Apostel sich radikal vom Faschismus abwenden, der die Grundlagen wahren Christentums untergrabe.

Gen. Jüchen zeigte wie in Deutschland von den herrschenden Schichten im Bürgertum eine Kulissenpolitik getrieben würde, die Worte Volk, Nation, Volksgemeinschaft seien nicht nur Heuchelei, sondern Lüge des Bürgertums. Wenn das Bürgertum wolle, dann hätte es den „Volksstaat", doch das Gros des Bürgertums denke nicht daran seine Stellung als Herrenmenschen aufzugeben. Daher das Liebäugeln mit den Nazis, mit der „Romantik" mit der Zeit vor 100 Jthren. Das Proletariat und die ganze Arbeitnehmerschaft solle wieder Objekt der Gesetzgebung werden, hier müssen wir alle scharf sehen und uns nicht durch Verschwommenheiten einlullen lassen. Die Wirklichkeit sehen wie sie ist, auch darin sollten Karl Marx und Christus unsere Führer sein. Die sittliche Zersetzung, die der Kapitalismus im Volksleben schafft, wird den am stärksten davon betroffenen Kreisen in die Schuhe gehoben. Das unmögliche Schlagwort „Kulturbolschewismus" zeigt, wie hier politische Instinkte ausgenutzt werden, um gegen alle Versuche, die Dinge sachlich zu behandeln, den Terror der im Bestehenden Befangenen aufzurufen. Gerechtigkeit könne nur erwartet werden, wenn das Unrecht und Gewalt aus Deutschland geschafft sind.

In der Diskussion sprach wieder ein junger Genosse Kleinschmidt"-Thüringen, der den allerschärfsten Kampf „gegen die Nazis" forderte und uns so einen „italienischen Salat" aus Fricks Reich, darbot. — Die Diskussion, in der auch Gegner, aber keine „Nazis" sprachen, stand auf vorbildlicher Höhe.

Den Abend war öffentliche Kundgebung im Siegle-Haus

Der Daseinskampf des arbeitenden Volkes und die Kirche!!

Redner: Gen. Dr. Dietrich, Mannheim
Gewerkschaftler Göring, Berlin,
Gen. Pfarrer Eckert, Mannheim.

Treviranus bleibt

Reichsminister für die Osthilfe

Berlin, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Wie der sozialdemokratische Pressedienst meldet, wird Minister Treviranus nach Auflösung der Reichsverwaltung für die besetzten Gebiete noch im Amte bleiben um in Gemeinschaft mit dem preußischen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer als Reichskommissar das Osthilfe-Programm durchzuführen.

Schlaginstrumente

im Wahlkampf

Lübeck, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) In der Ortschaft Herrnkrug kam es zwischen Nationalsozialisten, die sich auf einer Agitationstour befanden, und Reichsbannerleuten zu Zusammenstößen. Die Reichsbannerleute standen im Begriff, in einer Gastwirtschaft eine Versammlung abzuhalten, als dort plötzlich etwa 100 Nationalsozialisten abstiegen. Es kam zu Reibereien, in deren Verlauf die nationalsozialistischen Rowdys mit Gummiknüppeln und anderen Schlaginstrumenten auf die Reichsbannerleute einschlugen. Mehrere Reichsbannerkameraden wurden verletzt. Ein Nationalsozialist trug einen Revolver und bedrohte die Reichsbannerleute damit. Erst nachdem ein Ueberfallkommando aus Lübeck eintraf, konnte die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden.

GELSENKIRCHEN-BUER

SPD., Westliches Westfalen.

Die Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Augustnummer des „Rechten Wegs" erschienen und zum Versand gekommen ist. Sie enthält ausschließlich Wahlmaterial und muß deshalb erhöhte Beachtung finden. Den Ortsgruppen ist eine größere Anzahl von Exemplaren zugeteilt worden, welche an Personen, die für uns gewonnen werden können, auszugeben sind. Die Ortsvorstände müssen dafür Sorge tragen, daß die Austragung des „Rechten Wegs" an die Mitglieder in den nächsten Tagen durchgeführt wird, damit das Material, das ganz besonders die Sozialgesetzgebung behandelt, in der Agitation genügend ausgewertet werden kann.

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Samstag, den 9. dieses Monats, abends 7 Uhr, im kleinen Saale der Ausstellungshalle, Gelsenkirchen:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: Stellungnahme zur Reichstagswahl und Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag. Es werden die alten Delegierten entsandt.

Der Vorstand. J. A.: J. Brüntink.

Ortsgruppe Neustadt.

Donnerstag, um 20 Uhr: Versammlung bei Repp, Martinstraße. Funktionäre und Agitationsleiter müssen unbedingt erscheinen.

Ortsgruppe Altstadt.

Die Agitationsleiter der Ortsgruppe Altstadt werden ersucht, heute (Dienstag), nachmittags ab 4 Uhr, im „Volkswillen" zu erscheinen, um das angekündigte Agitationsmaterial in Empfang zu nehmen.

Horst-Emscher, Ortsgruppe 2.

Am Donnerstag, dem 7. dieses Monats, abends 7 Uhr, findet im Lokale Gebb eine wichtige Funktionärsitzung statt. Tagesordnung: Reichstagswahl. Ferner sind besonders die Agitationsleiter und alle Mitglieder zu dieser Sitzung eingeladen, die sich für die Wahlarbeit zur Verfügung stellen.

Der Vorstand.

Ortsgruppe Hassel.

Während der nächsten Feierschicht in der Woche vom 3. bis 10. August findet im Zechengasthaus Hassel, abends 6 Uhr, eine wichtige Funktionärsitzung statt. Zu der Sitzung sind alle Genossinnen und Genossen, die irgendeine Funktion in der Partei haben, eingeladen. Vor allen Dingen müssen die Stimmbezirkslistenführer da sein. Auch die Funktionäre der Gewerkschaften, Arbeitersportler, Arbeitergesangverein und Kulturorganisationen sind hiermit eingeladen zur Mitarbeit in dem gegenwärtigen Wahlkampfe.

Frauengruppe Hüllen.

Heute, Dienstag, den 5. dieses Monats, 17 Uhr: Zusammenkunft bei Nachbarschulte, Wanner Straße. Das Erscheinen sämtlicher Genossinnen ist erforderlich.

Frauengruppe Buer Mitte.

Morgen, Mittwoch, den 6. d. M., morgens um 8.30 Uhr, treffen wir uns am Volkshaus, Gladbecker Straße, zum Ausflug nach Haltern.

KINDERFREUNDE

Achtung! Rote Falken!

Unsere Singestunde findet heute (Dienstag), von 17 bis 19 Uhr, im Metallarbeiterheim statt. Erscheint alle recht pünktlich!

Aus der Arbeitersängerbewegung

Volkschor Buer, E. V.

Heute (Dienstag), um 19.45 Uhr: Gemischte Chorprobe. Vollständiges Erscheinen dringend erforderlich.

ORTSAUSSCHUSS FÜR ARBEITERWOHLFAHRT GELSENKIRCHEN-BUER

Ferienveranstaltungen

Für alle Kinder, die mit in die Jugendherberge Stausee gehen, ist das Geld umgehend abzuliefern; für Gelsenkirchen im Büro der Arbeiterwohlfahrt, im August-Bebel-Haus. Die Kinder müssen mitnehmen: Wechselwäsche, Taschentücher, Handtuch, Badeanzug, Seife, Zahnbürste, Hausschuhe, Proviant nur für die Fahrt, Geld nur für Postkarten.

*

In der Freiluftschule finden sich die Kinder jeden Montag, Mittwoch und Freitag zusammen. Kinder und Helfer treffen sich in den verschiedenen Stadtbezirken morgens um 8.30 Uhr. Sie werden von 9 bis 18 Uhr in der Freiluftschule sein, zum erstenmal am Mittwoch, dem 6. dieses Monats. Jeder muß zu Beginn der Woche 30 Pfennig einzahlen. Dafür werden Getränke ausgegeben. Butterbrote müssen mitgebracht werden.

Es sammeln sich:

Bulmke, Bismarck, Altstadt und Hüllen im August-Bebel-Haus;

Neustadt und Ueckendorf am Moltkeplatz;

Feldmark, Schalke und Heßler am Schillerplatz und

Rotthausen am Volkshaus.

Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Buer.

Die Obleute werden gebeten, heute, Dienstag, 5. dieses Monats, in der Zeit von 5 bis 7 Uhr nachmittags, zu erscheinen zwecks Angabe der Kinder, die zum Stausee gehen. Auch muß unbedingt abgerechnet werden. Um Pünktlichkeit wird gebeten.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: J. V.: J. Hau; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille", Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Nachruf!

Am 1. ds. Mts. verschied nach längerer, schwerer Krankheit im Alter von 75 Jahren der

Rektor i. R.

Herr Simon Klamer

Der Verstorbene, bei Eltern und Schülern allgemein beliebt, hat der Schule während seiner 43jährigen Amtstätigkeit im hiesigen Schulverbande außerordentliche Dienste geleistet. Der Stadtschuldeputation war er mit seinen reichen Erfahrungen ein bedeutungsvolles Mitglied.

Wir bedauern aufrichtig den Heimgang dieses verdienten Schulmannes.

Sein Andenken wird uns stets in Ehren bleiben.

Gelsenkirchen, den 4. August 1930.

Der Vorsitzende der Stadtschuldeputation

Weingroßhandlung

Probierstuben

Forster's Weinstuben

Zur Bowle:

Weißweine von 70 Pfg. an. Obst- u. Traubensekte. — Krankenweine — Spirituosen

Verlangen Sie gefl. Preisliste

Glasweiser Ausschank

Luitpoldstraße 24

Garantie-Mittel

gegen

Wanzen - Bett-Flöhe

Kakerlaken - Motten

Tod durch Vergasung

Mordio-Lucifer-Vertrieb:

Hennes & Witkop

Gelsenkirchen, nur Bahnhofstraße 77



Ein erschütternder Tatsachenbericht über den Nationalsozialismus und Faschismus!

Preis des Buches **Mk. 2.75**

In modernem, farbigem Photomontage-Umschlag.

Schwer lastet das Schicksal über Italien. Durch faschistische Willkür gefesselt, wehrlos, seiner geistigen Freiheit beraubt, erträgt es Mussolini als Diktator. Zerstörte Arbeiterorganisationen, zertrümmerte Zeitungsdruckereien, in Brand gesteckte Volkshäuser kennzeichnen den Weg, Mißhandlung und Mord brachten den Renegaten zur Macht. Aber die Geschichte zeigt, daß noch jede Tyrannei gestürzt ist. Nichts wird vergessen. Für alles kommt der Zahltag. — Die Erinnerungen des früheren Chefredakteurs des sozialistischen „Avanti" brachten als Vorabdruck in der Abendausgabe des „Vorwärts" bereits einen vollen Erfolg. Sie sind ein wertvolles Geschichtsdokument und bringen viel Material für den Kampf gegen den Faschismus. Jeder Republikaner, jeder Sozialdemokrat muß dieses Buch gelesen haben, wenn er voll und ganz seinen Mann im Abwehrkampfe gegen die Seuche des National-Sozialismus stellen will. Das Buch kann in zwei Raten bezahlt werden. Bestellungen durch den Zeitungsboten

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen

Ringstraße 33.

Bestellung:

Ich bestelle hiermit das Buch **„Nenni, Todeskampf der Freiheit"** zum Preise von 2.75 Mk. Ich wünsche Zustellung durch Zeitungsboten und Kassierung in 2 Raten.

Name .....

Adresse .....

Gelsenkirchen.

Ausschreibung.

Die Lieferung von Zeichenmaterialen für die städtische Verwaltung für das Rechnungsjahr 1930 soll in 3 Losen vergeben werden.

Die Angebotsunterlagen sind

im Rathaus Gelsenkirchen, Zimmer 32,
im Rathaus Buer, Zimmer 41,
im Rathaus Horst, Zimmer 9,

zum Preise von 1.— RM. je Stück erhältlich.

Einreichungs- und Eröffnungstermin der Angebote: Sonnabend, den 16. August 1930, vorm. 11 Uhr im Rathaus Gelsenkirchen, Zimmer 35.

Gelsenkirchen, den 29. Juli 1930.

Der Oberbürgermeister.

WERBE DRUCKE

werden wirkungsvoll und modern bei uns hergestellt

BUCHDRUCKEREI VOLKS WILLE

GEWERKSCHAFTLICH-GENOSSENSCHAFTLICHE VERSICHERUNGSAKTIENGESELLSCHAFT

Zahlen beweisen!

Die Versicherungsgesellschaft der werktätigen Bevölkerung, die

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

gewährt ihren Versicherten auf die gewinnberechtigte Jahresprämie für 1929

30% Gewinnanteile in der Volksabteilung,
35% Gewinnanteile in der Lebensabteilung.

Bei der Volksfürsorge sind

2 Millionen Versicherungen

in Kraft; sie hat ein

Vermögen von rund 100 Millionen Mark.

Nähere Auskunft erteilt die Rechnungsstelle:

Essen, Schillerstr. 1-5 IV, (Hansa-Haus) Am Hauptbahnhof Zimmer 88—90.

oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57-61; B. Lachmann, Gelsenkirchen, Kaiserstraße 24 u. in Gladbeck-Zweckel: J. Sailer, Händelstr. 37.